



ZGF

Zentralstelle
Landesfrauenbeauftragte

2020/2021

23. Tätigkeitsbericht

ZGF – Bremische Zentralstelle
für die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau

Inhalt

| | |
|---|-----|
| Vorwort | 04 |
| Die ZGF auf einen Blick | 05 |
| Gleichstellung in Zahlen – wo wir in Bremen stehen | 06 |
| Auswirkungen der Corona-Krise benennen und abfedern | 09 |
| ZGF-Schwerpunkthemen 2020/2021 | 12 |
| Arbeitsbereiche | 14 |
| Gewalt gegen Frauen | 15 |
| Arbeit & Wirtschaft | 27 |
| Berufsorientierung | 39 |
| Digitalisierung | 49 |
| Mädchenarbeit | 55 |
| Rechtsangelegenheiten | 61 |
| Öffentlicher Dienst | 67 |
| Sexistische Werbung | 75 |
| Gesundheit | 79 |
| Wissenschaft | 89 |
| Kultur & Gesellschaft | 95 |
| Öffentlichkeitsarbeit | 101 |
| Anlauf- und Beschwerdestelle | 110 |
| Bremerhaven | 111 |
| Impressum | 118 |

Vorwort



Foto: ©Elisa Meyer

Liebe Leser*innen,

seit Beginn des Jahres 2020 ist die Welt mit der Corona-Pandemie konfrontiert. Betroffen vom Anstieg der häuslichen Gewalt, schlecht bezahlt in systemrelevanten Berufen wie der Alten- und Krankenpflege oder gefordert beim Home-schooling – Frauen trafen die Auswirkungen der Pandemie besonders hart. Zufall war das nicht. Vielmehr wurden während Corona bestehende strukturelle Schwachstellen offengelegt, die zeigen, wo es bei der Gleichstellung Defizite gibt.

Damit es pandemiebedingt nicht zu Rückschritten in Sachen Geschlechtergerechtigkeit kommt, müssen wir politisch und gesellschaftlich gegensteuern. Eine Gelegenheit dazu bot der Bremen-Fonds, der die Auswirkungen der Corona-Pandemie in unserem Bundesland abfedern soll. Die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) forderte eine geschlechtergerechte Vergabe der Mittel und setzte gemeinsam mit der Senatskanzlei und dem Senator für Finanzen einen gendersensiblen Verteilungsprozess auf. Doch trotz des vorbildlichen Prozesses fließt nun nur ein geringer Teil der Gelder in Maßnahmen, die eine positive Gleichstellungswirkung haben.

Die ZGF arbeitet daher weiterhin daran, dass im Land Bremen Instrumente und Strukturen etabliert werden, die verhindern, dass die Gleichstellung den Rückwärtsgang einlegt. Denn es gibt einen immensen Handlungsbedarf. So erleben wir unter anderem aus dem rechten Milieu ein Erstarken des Antifeminismus und den Versuch, sexistische und frauenverachtende Positionen salonfähig zu machen. Das geschieht insbesondere über die Sozialen Medien. Im Netz sind Frauen generell die größte von digitaler Gewalt

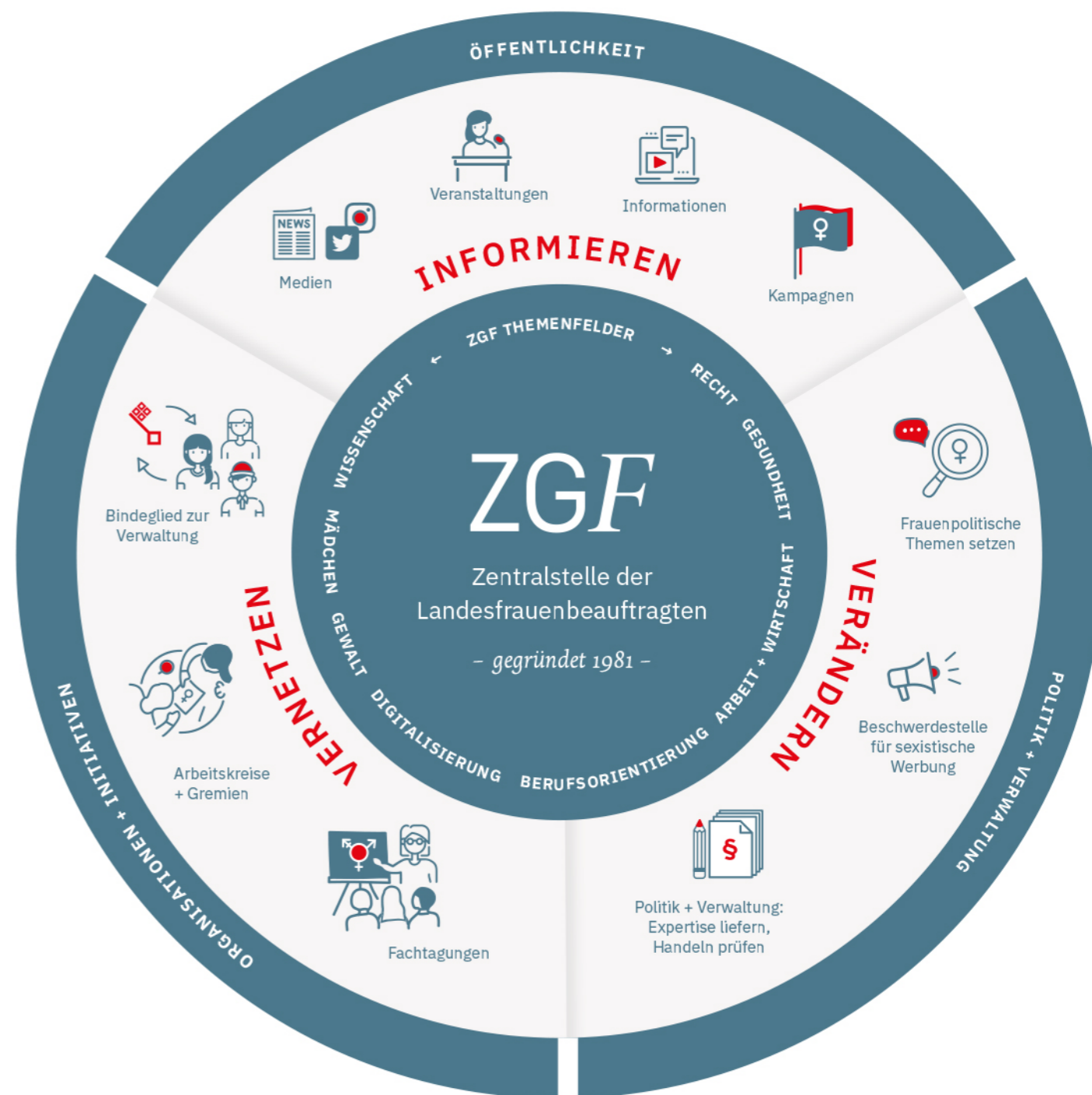
und Belästigung betroffene Gruppe. Um hier Verbesserungen zu bewirken, ist der geschlechtergerechte digitale Wandel daher einer der Arbeitsschwerpunkte der ZGF in den kommenden Jahren.

Inzwischen ist mit dem Ukraine-Krieg eine neue Krise hinzugekommen. Die meisten Geflüchteten sind Frauen, viele von ihnen kommen mit ihren Kindern. Sie benötigen gesundheitliche Versorgung, Schul- und Kindergartenplätze sowie Wohnraum. Zudem müssen die Frauen auf dem regionalen Arbeitsmarkt integriert werden. Und: als besonders vulnerable Gruppe vor Gewalt geschützt werden. Die ZGF setzt sich dafür ein, dass Frauen mit Fluchthintergrund, egal aus welchem Herkunftsland, den nötigen Schutz und die nötige Unterstützung erhalten.

Neben den Krisen und Schattenseiten gibt es auch Erfreuliches zu berichten: Im Jahr 2021 feierte die ZGF ihr 40-jähriges Bestehen. Pandemiebedingt ohne große Feierlichkeiten, dafür mit einer Kampagne. Hierfür ließen wir 40 Bremer*innen zum Thema Gleichberechtigung zu Wort kommen. Ihre Statements zeigen, wie facettenreich Geschlechtergerechtigkeit in unserem Bundesland ist. Sie unterstreichen zudem eindrücklich unsere Inhalte. Deshalb haben wir einige von ihnen den Kapiteln dieses Berichts vorangestellt. Seien Sie gespannt!

Bettina Wilhelm
Landesfrauenbeauftragte Bremen

Die ZGF auf einen Blick



GESETZLICHER AUFTRAG

»Im Lande Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung erfüllt wird.«

STANDORTE

BREMEN
16 Mitarbeitende

BREMERHAVEN
4 Mitarbeitende



Gleichstellung in Zahlen – wo wir in Bremen stehen

ANTEIL GESAMTBEVÖLKERUNG



Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, Sept. 2021

POLITIK

Frauen in der Bremischen Bürgerschaft:

40%



34 Frauen 50 Männer

Landtag, 20. Wahlperiode, 2019

Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung Bremerhaven:

40%

Frauen

19 Frauen 29 Männer

Ortsbeiräte Bremen

38%

Frauen

127 Frauen 211 Männer

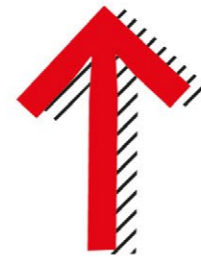
Quelle: Statistisches Landesamt, 2019

GEWALT

Vergewaltigung und sexuelle Nötigung / Übergriffe im Land Bremen

2021:

23%



2020:

9%



Stadt Bremen:

2021: 128 Fälle / ↑ 16,4%

2020: 110 Fälle / ↑ 7,8%

2019: 102 Fälle



Bremerhaven:

2021: 36 Fälle / ↑ 56,5%

2020: 23 Fälle / ↑ 15%

2019: 20 Fälle

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik, 2021

ARBEIT

Gender-Pay-Gap

Land Bremen im Jahr 2021:

22%

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, 2022

Führungspositionen

20%

Knapp 20 Prozent der Unternehmen in Bremen haben ihre Führungspositionen mit Frauen besetzt.

Quelle: CRIF GmbH, 03/2022

DIGITALISIERUNG

30%

der Beschäftigten in der Bremer IT-Branche sind Frauen

Quelle: Friemer & Warsawa, Struktur und Entwicklungsperspektiven der IT-Branche im Land Bremen 2020, Hrsg: Institut für Arbeit und Wirtschaft (iaw)

WISSENSCHAFT

Anteil Frauen bei Professor*innen an der Universität Bremen:

30%



30%

frauen

70%

Männer

Quelle: Rechenschaftsbericht des Rektors »Uni in Zahlen« 2020, Universität Bremen, April 2021

40 40 Jahre
40 Stimmen



Foto: Christina Kuhaupt

*Gülcan Yoksulabakan-Üstüay, 43 Jahre,
Referentin für Diversity, AFZ Bremen*

» Häufig ist die männliche Perspektive entscheidend. So wurden in der Corona-Pandemie Frauen und Kinder nicht mitgedacht. Entsprechend stärker bekamen sie die Auswirkungen zu spüren.«

Auswirkungen der Corona-Krise benennen und abfedern

Nach dem ersten Lockdown im Frühjahr 2020 fragte die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) gezielt bei Frauen- und Mädcheneinrichtungen im Land Bremen deren konkrete Problemlagen und Bedarfe ab und gab die daraus erlangten Erkenntnisse und Handlungsbedarfe an die zuständigen Ressorts.

Wichtige Themen waren beispielsweise die Schaffung von Online-Angeboten bei Beratungs- und Hilfeeinrichtungen, um ihre Angebote während des Lockdowns aufrecht erhalten zu können. Die ZGF setzte den Anstieg an häuslicher Gewalt zudem auf die politische Agenda und regte frühzeitig die Schaffung zusätzlicher Frauenhausplätze in Bremen und Bremerhaven an. Außerdem informierte die ZGF gemeinsam mit Wohnungsunternehmen und der Evangelischen Kirche mit zielgruppenspezifischen Aktionen zu den bestehenden Hilfsangeboten.

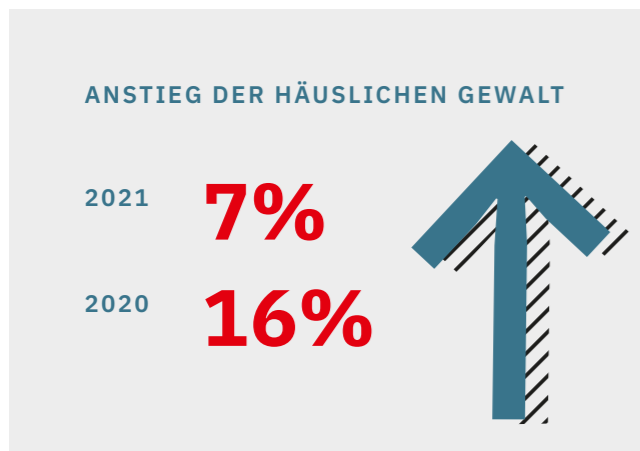
Neben dem Thema Gewalt an Frauen waren für Bremerinnen während der Pandemie besonders arbeitsmarktpolitische Aspekte relevant. So wies die ZGF während der Corona-Pandemie aufgrund von Rückmeldungen aus ihren arbeitsmarktpolitischen Netzwerken auf die speziellen, pandemiebedingten Belastungen von Alleinerziehenden in Bremen hin und setzte sich in ihrer Gremienarbeit für Verbesserungen ein.

Um der durch die Pandemie entstandenen Geschlechter-Schiefelage entgegenzuwirken, arbeitete die ZGF daran, die Vergabe der Gelder aus dem Bremen-Fonds geschlechtergerecht zu gestalten. Gemeinsam mit der Senatskanzlei sowie dem Senator für Finanzen steuerte die ZGF einen Prozess, an dessen Ende die Bewertung der beantragten Maßnahmen mittels einer Gender-Prüfung stand. Im Bundesvergleich nahm Bremen mit diesem Vorgehen eine Vorreiterrolle ein. Außerdem setzte sich die ZGF dafür ein, dass aus dem Bremen-Fonds frauenspezifische Maßnahmen gefördert werden wie beispielsweise Projekte, die Frauen und Mädchen den Zugang zu digitalen Ressourcen ermöglichen, damit sie in der Krise nicht abgehängt werden.

Auch mit ihrer Öffentlichkeitsarbeit richtete die ZGF immer wieder den Blick auf die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Detailliert berichten wir in den jeweiligen Kapiteln des Tätigkeitsberichts hierzu.

Zahlen & Fakten zur Corona-Pandemie

Anstieg der Gewalt an Frauen



Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik Bremen

Bei häuslicher Gewalt zeigen die Statistiken nur einen Teil der Wahrheit. Es wird von einem großen Dunkelfeld, also nicht bekannten Fällen, ausgegangen, da viele Betroffene die Taten nicht anzeigen.

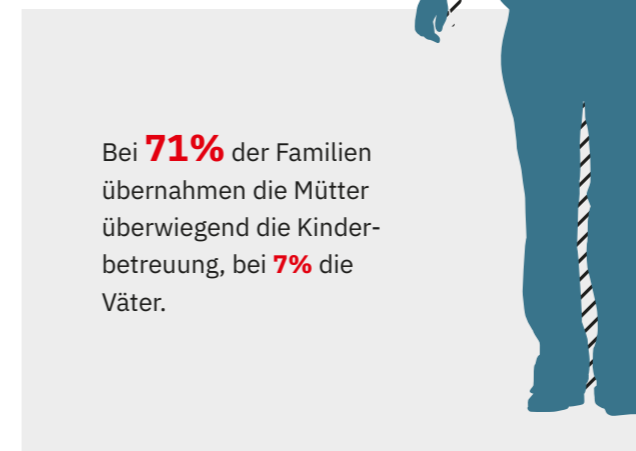
Frauen in systemrelevanten Berufen überrepräsentiert und unterbezahlt



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Mai 2022

In vielen systemrelevanten Berufen wie dem Gesundheitssektor, der Pflege oder dem Lebensmitteleinzelhandel arbeiten überwiegend Frauen. Gerade zu Anfang der Pandemie, als es noch keine Impfstoffe gab, setzten sie sich einem erhöhten Risiko aus. Und das für kleines Geld. Denn: Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, sind oft schlecht bezahlt.

Haushalt, Homeoffice, Homeschooling



Quelle: Befragung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI)

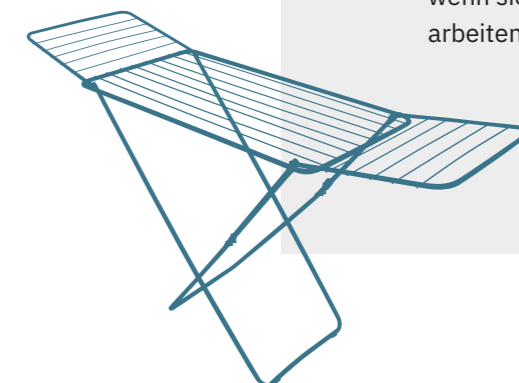
Während der Pandemie mussten viele Kinder immer wieder über längere Zeit zu Hause betreut werden. Bei 71 Prozent der Familien übernahmen die Mütter überwiegend die Kinderbetreuung, bei 7 Prozent die Väter.

Damit stieg der Wert auf ein höheres Niveau als noch vor der Krise und gibt Anlass zur Besorgnis, dass Frauen durch die Pandemie verstärkt in traditionelle Rollenbilder gedrängt wurden. Die Möglichkeit im Homeoffice zu arbeiten, kann diese Entwicklung weiter fördern.

Frauen investieren durchschnittlich

3 Stunden pro Woche

mehr für Sorgearbeit, wenn sie von zu Hause arbeiten.



Quelle: Atlas der digitalen Arbeit, DGB und Hans-Böckler-Stiftung, 2022

ZGF-Schwerpunktt Themen 2020/2021

Gewalt gegen Frauen – Erstellung eines Landesaktionsplans



Titelbild des Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen, Gestaltung: Tizian Bauer

Nach Dunkelfeldstudien ist jede dritte Frau in Deutschland mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen: häusliche Gewalt, sexuelle Übergriffe, Vergewaltigung, Zwangsprostitution, digitale Gewalt oder Genitalverstümmelung sind nur einige Beispiele. Die Istanbul-Konvention, ein völkerrechtliches Übereinkommen, bietet den Rahmen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt. Zur Umsetzung der Konvention im Land Bremen waren die Senatorin für Frauen sowie die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) federführend mit der Erstellung eines Landesaktionsplans betraut. Insgesamt beteiligten sich an der Entwicklung des Aktionsplans viele unterschiedliche Akteur*innen. So gelang es in den Jahren 2020 und 2021 eine umfassende und wirkungsvolle Gesamtstrategie gegen Gewalt an Frauen zu entwickeln. Im März 2022 wurde der Landesaktionsplan vom Senat verabschiedet. Mehr Informationen finden Sie ab Seite 19 und im Internet unter www.bremen-sagt-nein.de.

Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees« in der Metropolregion Nordwest



Logo be-ok.de
Gestaltung: vege.net GmbH

Jungs machen was mit Technik, Mädchen was mit Menschen. Rollenklischees bestimmen immer noch die Berufs- und Studienwahl von jungen Menschen. Die ZGF möchte Berufsorientierung klischeefrei gestalten und hat deshalb mit Kooperationspartner*innen das Projekt »Be oK« entwickelt. Es bietet Schüler*innen in Bremen, Bremerhaven und dem Landkreis Osterholz die Möglichkeit, ihre Interessen und Fähigkeiten in Bezug auf Berufsfelder und die eigene Lebensgestaltung spielerisch und interaktiv zu erkunden sowie Klischees kritisch zu hinterfragen. Eingebunden werden dabei auch die Lehrkräfte und Eltern. Ziel ist der Transfer des pädagogischen und praxisnahen Ansatzes in die gesamte Metropolregion Nordwest. Langfristig soll das Thema klischeefreie Berufsorientierung zudem in festen Strukturen verankert werden. Mehr Informationen finden Sie ab Seite 42 des Berichts oder auf der Projekt-Website unter www.be-ok.de.

Schüler*innen
im Projekt-
Erlebnisparkours
Foto: @Cosima
Hanebeck



Geschlechtergerechte Digitalisierung



Einladung zum Fachtag Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel, 7. Oktober 2021,
Foto: @istock/metamorworks, Gestaltung: Katrin Adler

Der digitale Wandel betrifft alle unsere Lebensbereiche und muss deshalb politisch und gesellschaftlich gestaltet werden. Bereits jetzt öffnet sich die Schere zwischen Männern und Frauen, was die Aspekte Zugang, Kenntnisse, Kompetenz, Nutzungsverhalten und Offenheit im digitalen Bereich betrifft. Es entstehen die sogenannten Digital-Gender-Gaps. Um darauf hinzuwirken, dass Digitalisierungsprozesse im Land Bremen geschlechtergerecht gestaltet werden, gibt es in der ZGF seit März 2021 den Fachbereich Digitalisierung. Auftakt der ZGF-Arbeit zu dem Thema war eine Fachtagung im Oktober 2021 gemeinsam mit dem Landesfrauenrat Bremen. Im Mittelpunkt standen dort die Handlungsempfehlungen für eine geschlechtergerechte Digitalisierung aus dem Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, die auch in Bezug zu Bremen gesetzt wurden. Lesen Sie weiter ab Seite 53.

Arbeitsbereiche

Gewalt gegen Frauen
Arbeit & Wirtschaft
Berufsorientierung
Digitalisierung
Mädchenarbeit
Rechtsangelegenheiten
Öffentlicher Dienst
Sexistische Werbung
Gesundheit
Wissenschaft
Kultur & Gesellschaft

The graphic features a large, abstract shape composed of several overlapping geometric forms. At the top left is a solid blue triangle. Below it is a large area filled with fine, parallel white lines on a light gray background, forming a shape that resembles a stylized arrow or a large 'V'. At the bottom right, there is a solid red triangle pointing upwards. The text 'Gewalt gegen Frauen' is positioned within the white-lined area.

**Gewalt
gegen
Frauen**

40 40 Jahre
40 Stimmen

»Wenn wir nachts zu zweit von einer Party nach Hause gehen, weil wir uns sonst nicht sicher fühlen, kommen komische Sprüche wie: »Hä, warum? Stellt euch doch nicht so an!«

*Elisa und Janne, 20 Jahre,
Abiturientinnen Bremerhaven*



Motiv aus der ZGF-Jubiläumskampagne »40 Jahre, 40 Stimmen«, 2021

Gewalt gegen Frauen

Jede dritte Frau in Deutschland ist mindestens einmal in ihrem Leben von Gewalt betroffen. Gewalt an Frauen ist dabei ein gesellschaftliches Problem und keine Privatsache. Nicht die falsche Kleidung, ein falscher Zeitpunkt oder ein falscher Ort sind ursächlich. Vielmehr sind es strukturelle Probleme, die alle Schichten, Kulturen und Altersstufen betreffen.

Die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) setzt sich daher dafür ein, im Land Bremen Strukturen zu schaffen, die Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen können. Die Istanbul-Konvention, ein völkerrechtliches Übereinkommen des Europarates, schafft hierfür den politischen und rechtlichen Rahmen. Ihre Umsetzung auf Landesebene ist seit 2020 ein Arbeitsschwerpunkt der ZGF.

Im Berichtszeitraum beeinflussten zudem die Folgen der Corona-Pandemie die Arbeit der ZGF. Bereits zu Beginn des ersten Lockdowns im Frühjahr 2020 berichteten die Bundesländer von einem Anstieg der häuslichen Gewalt, darunter auch Bremen.

JEDE

dritte

FRAU IN DEUTSCHLAND IST
MINDESTENS EINMAL IN IHREM
LEBEN VON GEWALT BETROFFEN.



Quelle: Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Häusliche Gewalt und Corona



Gemeinsam mit Wohnungsunternehmen gegen häusliche Gewalt, Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm (links) und Thomas Tietje, Geschäftsführer Brebau, Juni 2020

Aufgrund des Anstiegs der häuslichen Gewalt kamen im Land Bremen auch die Frauenhäuser an ihre Kapazitätsgrenzen. Die ZGF brachte das Thema auf die politische Agenda und setzte sich für die Schaffung weiterer Plätze ein. Bereits im April 2020 wurde die Senatorin für Frauen vom Senat mit der kurzfristigen Schaffung von zusätzlich 30 Plätzen beauftragt.

Gleich zu Beginn der Corona-Pandemie informierte die ZGF zudem gezielt die Öffentlichkeit über Hilfsangebote in Bremen zum Schutz von Frauen und Mädchen vor Gewalt. Im Juni 2020 initiierte sie in Zusammenarbeit mit zwölf Wohnungsunternehmen eine Plakataktion in Mietshäusern in Bremen und Bremerhaven. Rund 4.000 Plakate wurden in Infokästen in Treppenhäusern und Eingangsbereichen aufgehängt, um Frauen und Kinder in ihrem häuslichen Umfeld über die Hilfs- und Beratungsangebote im Land Bremen zu informieren. Die zentrale Botschaft in sechs Sprachen lautete: Keine Frau muss Gewalt akzeptieren.



ZGF-Plakataktion »Hilfe bei Gewalt« zu Beginn der Corona-Pandemie in Zusammenarbeit mit Wohnungsunternehmen

In der Stadt Bremen ging die ZGF zudem eine Kooperation mit der Evangelischen Kirche ein, um Visitenkarten mit Telefonnummern von Hilfe- und Beratungsstellen an Supermarktkassen und anderen häufig frequentierten Orten auszulegen und um Plakate aufzuhängen. Insgesamt verteilten Freiwillige der Evangelischen Kirche Bremen 5.000 der Hilfe-Visitenkarten, die an Kassen beim Einpacken diskret eingesteckt werden konnten.

Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

Die Istanbul-Konvention trat in Deutschland am 1. Februar 2018 in Kraft. Durch ihre Ratifikation ist sie für Gesetzgeber*innen, Gerichte sowie für Behörden im Bund, in den Ländern und Kommunen rechtlich bindend. Sie verpflichtet dazu, jegliche Formen von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt im Sinne der Konvention effektiv zu bekämpfen, die Strafverfolgung zu gewährleisten und von Gewalt Betroffene umfassend zu schützen. Dabei benennt sie Gewalt gegen Frauen als eine Menschenrechtsverletzung, die die Gleichstellung der Geschlechter unterläuft.

Die Federführung zur Erstellung eines Landesaktionsplans zur Umsetzung der Konvention für das Land Bremen lag bei der Senatorin für Frauen sowie bei der ZGF. Zudem stimmte eine ressortübergreifende Arbeitsgruppe den Arbeitsprozess kontinuierlich inhaltlich ab. Insgesamt waren an der Entwicklung des Aktionsplans viele unterschiedliche Akteur*innen aus dem Land Bremen im Rahmen von Arbeitsgruppen, Runden Tischen, einer ressortübergreifenden Steuerungsgruppe und des Betroffenenbeirates aktiv beteiligt.



Titelbild des Landesaktionsplans gegen Gewalt an Frauen



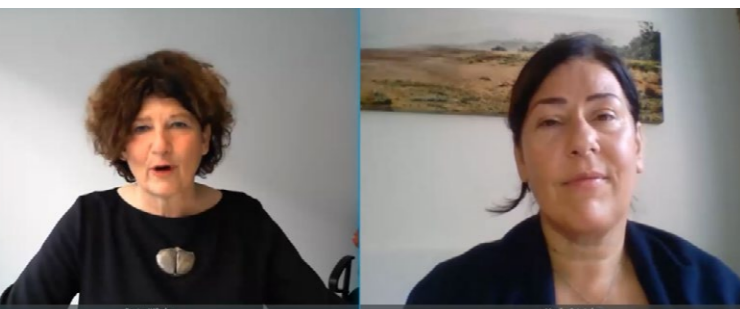
»MIT DEM LANDESAKTIONSPLAN HAT DAS LAND BREMEN EINE WIRKUNGSVOLLE GESAMTSTRATEGIE ZUM SCHUTZ VON FRAUEN UND MÄDCHEN VOR GEWALT ENTWICKELT. DABEI WURDEN VIELE AKTEUR*INNEN UND DIE ZIVILGESELLSCHAFT IN DEN PROZESS EINGEBUNDEN.«

Bettina Wilhelm,
Landesfrauenbeauftragte



Logo »Bremen sagt nein«, Kampagne und Internetseite zur Umsetzung der Istanbul Konvention im Land Bremen

AUFTAKTVERANSTALTUNG



Online-Auftaktveranstaltung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, 23. November 2020.

Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm (links) und Dr. Monika Schröttle, Hochschule Ravensburg-Weingarten, Forschungs- und Beobachtungsstelle zur Umsetzung der Istanbul Konvention in Deutschland und international.

Am 23. November 2020 fand eine Auftaktveranstaltung zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Bremen coronabedingt per Videokonferenz statt. Neben den Grußworten der Senatorin für Frauen Claudia Bernhard und der Landesfrauenbeauftragten Bettina Wilhelm hielt die renommierte Gender- und Gewalt-Expertin Prof. Dr. Monika Schröttle einen Fachvortrag. Sie berichtete über die Entwicklungsschritte der Konvention, über die europäischen Erfahrungen mit der Umsetzung und gab Orientierung über die notwendigen Schritte bei der Erarbeitung eines Landesaktionsplans. Über 150 interessierte Bremer*innen und Bremerhavener*innen beteiligten sich an der Veranstaltung mit Fragen und Diskussionsbeiträgen, aber auch mit Forderungen an die Bremer Politik.

BEGINN DER ARBEITSGRUPPEN

Neun interdisziplinär besetzte Arbeitsgruppen mit Fachleuten aus Verwaltung, Wissenschaft und Zivilgesellschaft nahmen Anfang 2021 zu spezifischen Gewaltformen ihre Arbeit auf. Sie befassten sich mit den Themenbereichen häusliche Gewalt, Zwangsprostitution, Stalking, weibliche Genitalverstümmelung (Female Genital Mutilation, FGM), Zwangsverheiratung & Kinderehen, digitale Ge-

walt, sexualisierte Gewalt sowie Gewalt an Frauen mit Migrationsbiografie, geflüchteten Frauen & BIPOC (Black, Indigenous, People of Color) sowie Frauen & Kinder mit besonderem Schutzbedarf. Die Federführung für sieben der neun Arbeitsgruppen lag bei der ZGF.

Im Verlauf des Jahres analysierten die Arbeitsgruppen den Ist-Zustand im Land Bremen, identifizierten Ziele und Maßnahmen zur Verbesserung des Hilfe- sowie des Strafverfolgungs- und Rechtssystems, bewerteten diese nach ihrer Wirksamkeit und sprachen konkrete Empfehlungen für den Bremer Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen aus.

Die Federführung der sieben Arbeitsgruppen beinhaltet für die ZGF die Koordinierung von mehr als 300 Fachpersonen sowie die Moderation und Leitung der interdisziplinär besetzten Arbeitssitzungen zu den verschiedenen Gewaltformen. Die ZGF war zudem für die jeweilige Vor- und Nachbereitung der Arbeitsgruppen-Sitzungen zuständig.

RUNDER TISCH

Im Mai 2021 kamen am erstmalig einberufenen Runden Tisch Istanbul-Konvention Vertreter*innen der Fraueninfrastruktur, der Spitzen- und Berufsverbände, der Fraktionen in der Bremischen Bürgerschaft und der Ressorts der Landesregierung sowie des Magistrats Bremerhaven zusammen und diskutierten die Ergebnisse der Arbeitsgruppen. Ihre Bewertung floss in den Prozess zur Erarbeitung des Landesaktionsplans ein.

BETROFFENENBEIRAT

MIT DEM BETROFFENENBEIRAT BEZOG BREMEN ALS ERSTES BUNDESLAND SYSTEMATISCH UND STRUKTURIERT DIE PERSPEKTIVE BETROFFENER BEI DER UMSETZUNG DER ISTANBUL-KONVENTION MIT EIN.

Nach erfolgreichem Antrag auf Förderung des Pilotprojekts »Umsetzung der Istanbul-Konvention: Optimierung des Hilfesystems von Gewalt betroffener Frauen und Mädchen durch die systematische Einbeziehung der Betroffenenperspektive: Implementierung eines Betroffenenbeirates »Expertinnen aus Erfahrung« im Land Bremen« beim Bundesministerium für Familie, Senioren Frauen und Jugend berief im Oktober 2021 die Senatorin für Frauen einen Betroffenenbeirat Istanbul-Konvention ein.

Er setzt sich aus zehn Mitgliedern zusammen, die aus verschiedenen Altersgruppen, Kulturen sowie sozialen Zusammenhängen kommen und unterschiedliche Gewaltformen erlebt haben, wie beispielsweise sexuelle und häusliche Gewalt, digitale Gewalt oder Zwangsprostitution. Der Betroffenenbeirat bewertet die im Landesaktionsplan festgeschriebenen Ziele und Maßnahmen aus der Betroffenenperspektive. Die ZGF begleitete die Zusammensetzung des Beirates und dessen Sitzungen fachlich.

FERTIGSTELLUNG

Im März 2022 wurde der Landesaktionsplan dem Bremer Senat zur Verabschiedung vorgelegt. Der Aktionsplan definiert als Gesamtstrategie Handlungsschritte zur Umsetzung der Istanbul-Konvention im Land Bremen sowie in den Stadtgemeinden Bremen und Bremerhaven für einen Zeitraum von vier Jahren, von 2022 bis 2025. Dabei macht er detaillierte Angaben über die umzusetzenden Ziele und legt dazu 75 spezifische Maßnahmen fest. Er benennt die verantwortlichen politischen Ressorts und definiert die benötigten personellen und finanziellen Mittel sowie die Zeitfenster für die Umsetzung der einzelnen Maßnahmen. Damit ist der Prozess zur Umsetzung der Istanbul-Konvention erfolgreich eingeleitet.

Die ZGF ist in den kommenden Jahren an der Umsetzung von 31 der 75 Maßnahmen beteiligt, teilweise federführend. Insbesondere übernimmt sie die Koordination bei der Vernetzung der Hilfesysteme, so dass die Arbeit von beispielsweise Polizei, Justiz, Behörden, Krankenhäusern, Fraueneinrichtungen und Frauenhäusern besser abgestimmt und ineinandergreifen kann. Ein weiteres wichtiges Thema, das die ZGF koordiniert, ist die Unterstützung und Hilfe von Frauen und Mädchen mit besonderem Schutzbedarf.

Bundesratsinitiative zum Schutz von gewaltbetroffenen Frauen ohne Aufenthaltstitel

Die Bremer Senatorin für Frauen und der Senator für Inneres haben in Zusammenarbeit mit der ZGF im Juni 2021 einen Entschließungsantrag in den Bundesrat eingebracht, der die Rechte und Schutzmöglichkeiten von gewaltbetroffenen Frauen ohne gesicherten Aufenthalt stärken soll. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf zu prüfen, wie ein eigenständiger Aufenthaltstitel für gewaltbetroffene Frauen im deutschen Recht im Sinne der Istanbul-Konvention verankert werden kann. So soll sichergestellt werden, dass in Fällen von geschlechtsspezifischer Gewalt Ausweisungsverfahren der betroffenen Frauen ausgesetzt werden können. Außerdem sollen von Gewalt betroffene Frauen einen verlängerbaren Aufenthaltstitel erhalten, wenn ihr Aufenthalt aufgrund ihrer persönlichen Lage notwendig oder zur Mitwirkung in einem Ermittlungs- oder Strafverfahren erforderlich ist. So wäre beispielsweise eine Ausreise unzumutbar, wenn therapeutische und beratende Maßnahmen in Anspruch genommen werden. Auch dürfen Frauen nicht zur Ausreise gezwungen werden, wenn zum Beispiel die erfahrene sexualisierte Gewalt zu erheblichen Nachteilen im Herkunftsland führen könnte.

Dem Bremer Antrag schlossen sich die Bundesländer Berlin, Thüringen und Hamburg an. Er wurde mehreren Fachausschüssen des Bundesrats zugewiesen, in denen die Beratungen dazu fortgesetzt werden müssen.

Studie zur Verbesserung der Hilfsangebote

Gemeinsam mit dem Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS) setzte die ZGF das Bundesmodellprojekt »Bedarfsanalyse und -planung zur Weiterentwicklung des Hilfesystems zum Schutz von Frauen vor Gewalt und häuslicher Gewalt« im Land Bremen um. Das Projekt hat in fünf Bundesländern neue und innovative Ansätze zur bedarfsgerechten Ausgestaltung des Hilfsangebots erprobt. Neben Bremen wurden Modellprojekte in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Sachsen-Anhalt durchgeführt. Im Bundesland Bremen lag der Schwerpunkt auf Kindern und Jugendlichen als Betroffene von häuslicher Gewalt. Im Jahr 2021 veröffentlichte das Projekt seinen Gesamtbericht.

Modellprojekt in Osterholz-Tenever

Eine 27-jährige Frau wurde im Januar 2020 im Bremer Stadtteil Osterholz-Tenever von ihrem Ehemann auf offener Straße getötet. Vorausgegangen war eine lange Zeit der häuslichen Gewalt, von der Nachbarn und Arbeitskolleginnen wussten. Was sie aber nicht wussten: wie sie hätten helfen und an wen sie sich hätten wenden können. Hier Hilfsangebote, Handlungsmöglichkeiten und wirkungsvolle Strategien aufzuzeigen und zu entwickeln, haben sich der Stadtteil-Arbeitskreis Tenever, an dem auch die ZGF teilnimmt, sowie die Unterarbeitsgruppe »Kinder und Frauen in Tenever« zur Aufgabe gemacht. Nach einem 2020 stattfindenden Fachtag konstituierte sich das Präventionsprojekt Osterholz-Tenever, in dem sieben Arbeitsgruppen zur Prävention häuslicher Gewalt arbeiten. Die ZGF beteiligte sich an der Gründung des Präventionsprojekts. Ein großer Teil der Mitglieder des Projekts engagierten sich zudem an der Erstellung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention.

Kooperation mit dem notruf e.V. / Mika



Präventionsprojekt »Kennst Du Mika?«

»Kennst du Mika?« ist ein Präventionsprojekt des notruf Bremen. Es macht zum einen auf sexuelle Übergriffe und diskriminierendes Verhalten im öffentlichen Raum aufmerksam, zum anderen unterstützt es betroffene Menschen dabei, in solchen Situationen diskret und direkt Hilfe zu bekommen. Mika ist ein Code, mit dem sich Menschen in Bremer Kneipen, Bars, Diskotheken, aber auch im Weserstadion und bei öffentlichen Veranstaltungen an das Personal wenden können, wenn sie sich bedroht, bedrängt oder belästigt fühlen. Von dem Code erfahren Personen durch Plakate und Aufkleber, die im Bereich der Toiletten und an anderen sichtbaren Orten angebracht werden. Die ZGF ist Kooperationspartnerin des Projekts.

UN-Behindertenrechtskonvention

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) schreibt vor, Menschen mit Behinderung vor Gewalt und dabei im Besonderen Frauen und Mädchen vor mehrfacher Diskriminierung und geschlechtsspezifischer Gewalt zu schützen. Die daraus abgeleiteten Forderungen sind im Bremer Aktionsplan zur Umsetzung der UN-BRK verankert und mit Maßnahmen hinterlegt.

Seit 2021 wird der im Jahr 2014 vom Bremer Senat verabschiedete Aktionsplan zur UN-BRK fortgeschrieben. Die ZGF war in der Arbeitsgruppe Persönlichkeitsrechte in gemeinsamer Federführung mit der Senatorin für Soziales verantwortlich für die Sichtung der durch die Zivilgesellschaft eingebrachten Vorschläge in Bezug auf Gewaltschutz sowie für die Entwicklung eigener Maßnahmen und der Vorstellung dieser in unterschiedlichen Gremien.

Antragstellung Umstiegsprogramm für Prostituierte

Die Senatorin für Frauen hat im Jahr 2021 einen erfolgreichen Antrag für das Bundesmodellprojekt »Unterstützung des Umstiegs aus der Prostitution« gestellt, das im Jahr 2022 startet. Je eine Beratungsstelle in Bremen sowie in Bremerhaven haben bereits ihre Arbeit aufgenommen, mit dem Ziel, interessierte Prostituierte für das Umstiegsprogramm zu gewinnen.

Die ZGF hat die Antragstellung fachlich unterstützt und das Konzept der traumatherapeutischen Begleitung entwickelt. Die ZGF wird während der Umsetzung auch für die fachliche Begleitung des Projekts zur Verfügung stehen.

Gremien und Arbeitskreise

In der täglichen Arbeit kooperiert die ZGF mit anderen staatlichen wie nichtstaatlichen Einrichtungen, Initiativen und Verbänden. Arbeitskreise und Gremien bringen auf Landesebene ebenso wie kommunal in Bremen und Bremerhaven diejenigen Einrichtungen an einen Tisch, die auf unterschiedlichen Ebenen gegen Gewalt an Frauen und Mädchen arbeiten.

Neben den Arbeitsgruppen zum Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention wurde der Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen und Mädchen durch die ZGF geleitet. In dem Arbeitskreis engagieren sich seit dem Jahr 2011 Fachleute, die in Bremen und Bremerhaven mit von Gewalt betroffenen Frauen und Mädchen arbeiten. Der Arbeitskreis befasst sich damit, wie eine angemessene Frauen-, Sozial- und Gesundheitspolitik im Bundesland Bremen im Bereich Gewalt gegen Frauen und Mädchen aussehen sollte. Neben dem fachlichen Austausch und der Vernetzung untereinander ermöglichen die regelmäßigen Treffen des Arbeitskreises, trägerübergreifend Konzepte für eine frauen- und mädchengerechte Arbeit im Gewaltbereich zu entwickeln.

In Bremerhaven rekonstituierte die ZGF Anfang 2021 den Runden Tisch »Gewalt gegen Frauen und Mädchen«. Dieser bringt Akteur*innen unter anderem aus Verwaltung, Hilfe- und Beratungsstrukturen, Polizei und Justiz zusammen, um auf kommunaler Ebene die Unterstützung von Gewalt betroffener Frauen und Mädchen zu koordinieren. Der Runde Tisch unter Leitung der ZGF soll die Zusammenarbeit an Schnittstellen des Hilfesystems verbessern sowie auch die Umsetzung des Landesaktionsplans in Bremerhaven begleiten.

Ausblick

Mit dem vorliegenden Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen und Mädchen wird das Land Bremen als eines der ersten Bundesländer die Istanbul-Konvention systematisch und strukturiert umsetzen. Dabei ist es gelungen, eine wirkungsvolle Gesamtstrategie zur Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt zu entwickeln. Bereits durch die Erstellung des Landesaktionsplans wurde die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Ressorts, Hilfesystemen und der Zivilgesellschaft verstärkt und verbessert. Die ZGF wird in den kommenden Jahren an der Umsetzung von 31 der 75 Maßnahmen beteiligt sein und kommt so ihrer Aufgabe nach, darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung von Frauen umgesetzt wird.

Handlungsbedarfe

LANDESAKTIONSPLAN GEGEN GEWALT AN FRAUEN: BESCHLOSSENE MASSNAHMEN MÜSSEN AUSFINANZIERT WERDEN

Die vom Senat beschlossenen je 550.000 Euro für die Jahre 2022 und 2023 bilden eine Grundlage, um die im Aktionsplan festgehaltenen Maßnahmen anzugehen. Aus Sicht der ZGF sind für ihre vollständige Umsetzung weitere Mittel nötig. Dies gilt auch für darüber hinaus gehende Maßnahmen wie die dauerhafte Finanzierung der Gewaltschutzambulanz oder von Stadtteilprojekten.

GEWELTSCHUTZ IN BREMERHAVEN AUSBAUEN

Die Anzahl der Schutzplätze in Bremerhaven entspricht nicht den Empfehlungen der Istanbul-Konvention. Die ZGF empfiehlt daher eine Aufstockung auf zwölf Familienplätze (30 Betten) in der Seestadt sowie die Schaffung eines barrierefreien Zugangs. Damit zu den verschiedenen Formen geschlechtsspezifischer Gewalt angemessen beraten werden kann, spricht sich die ZGF für einen Ausbau des Beratungsangebots aus.

WARTEZEITEN BEI DER BERATUNGSSTELLE »NEUE WEGE« REDUZIEREN

Durch die Einführung der Datenübermittlung von Betroffenen von Gewalt durch die Polizei an die Beratungsstelle »Neue Wege« hat sich deren Klient*innen-Anzahl signifikant erhöht. Um Wartezeiten von mehreren Monaten zu verhindern, hält die ZGF eine Stellenaufstockung (eine Vollzeitstelle) bei der Beratungsstelle für notwendig. Frauen und Männer, die Gewalt erfahren beziehungsweise ausüben, benötigen zeitnah fachlich kompetente Hilfestellungen, um ein Ende der Gewalt herbeizuführen.

AUSBAU DES ZUGANGS ZU VIDEODOLMETSCHERDIENSTEN

Aktuell haben Beratungsstellen sowie die Polizei im Land Bremen keinen Zugang zu Videodolmetscher*innen. Bei entsprechender Wirtschaftlichkeit, die aktuell von der ZGF geprüft wird, empfiehlt die ZGF die Nutzung einer »Flatrate«, also eine Inanspruchnahme von Dolmetscherdiensten zu einem Festpreis. Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren haben oder von Gewalt bedroht sind, müssen sich auf eine vertrauliche, anonyme und qualifizierte Sprachmittlung verlassen können.

FINANZIERUNG EINER SCHUTZ-UNTERKUNFT FÜR OBDACHLOSE, SICH PROSTITUIERENDE UND/ODER SUCHTMITTEL KONSUMIERENDE FRAUEN IN BREMEN

Frauen und Mädchen, die sich in der Obdachlosigkeit befinden, die Suchtmittel konsumieren und/oder sich prostituieren, erleben in dieser Lebenslage verstärkt Gewalt. Aktuell wird für sie ein Konzept für ein Hilfeangebot erstellt. Die ZGF weist darauf hin, dass die Finanzierung für die Umsetzung des Konzeptes ebenfalls bereitgestellt werden sollte.



Gremienarbeit

BREMEN

Arbeitskreis Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Leitung

Runder Tisch zu Female Genital Mutilation (FGM), Leitung

Arbeitskreis Fortschreibung der UN-BRK, gemeinsame Federführung, temporärer Arbeitskreis

Ressortübergreifende Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, Leitung 2020, ab 2021 Teilnehmerin

Arbeitsgruppe »Zwangsprostitution« im Rahmen des Landesaktionsplans, Leitung, temporärer Arbeitskreis

Arbeitsgruppe »Zwangsverheiratung« im Rahmen des Landesaktionsplans, Leitung, temporärer Arbeitskreis

Arbeitsgruppe »Frauen und Mädchen mit besonderem Schutzbedarf« im Rahmen des Landesaktionsplans, Leitung

Arbeitsgruppe »Frauen mit Migrationsbiografie, geflüchtete Frauen und BIPOC« im Rahmen des Landesaktionsplans, Leitung, temporärer Arbeitskreis

Arbeitsgruppe »Digitale Gewalt« im Rahmen des Landesaktionsplans

Arbeitsgruppe »Sexualisierte Gewalt« im Rahmen des Landesaktionsplans, temporärer Arbeitskreis

Arbeitsgruppe »Häusliche Gewalt« im Rahmen des Landesaktionsplans, temporärer Arbeitskreis

Landesarbeitsgruppe von häuslicher Gewalt betroffene Kinder/Jugendliche

Präventionsprojekt Osterholz-Tenever

Betroffenenbeirat zur Umsetzung der Istanbul-Konvention

Mitglied der Konferenz der Landeskoordinierungsstellen

Stakeholder Meeting des Projektes FEM-United

Arbeitskreis Traumanetzwerk

Begleitgruppe Unterkunft für geflohene traumatisierte Frauen

Arbeitskreis Gewaltschutzkonzept für geflüchtete Frauen

Runder Tisch Sexualität und Behinderung

Arbeitsgruppe Umsetzung der Lanzarote-Konvention, temporärer Arbeitskreis

Austauschtreffen Frauenbeauftragte in Werkstätten

Runder Tisch Menschenhandel

Arbeitskreis zur Entwicklung von Schutzangeboten für wohnungslose, psychisch kranke, suchtmittelkonsumierende sowie sich prostituierende Frauen, die Gewalt erlebt haben

BREMERHAVEN

Runder Tisch Gewalt gegen Frauen und Mädchen, Leitung

Präventionsrat der Stadt Bremerhaven

Runder Tisch Zwangsprostitution und Menschenhandel, ausgesetzt während Corona



Veranstaltungen

Auftaktveranstaltung zum Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention, 23. November 2020

»Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel«, Fachforum bei der Fachtagung zu geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt, 7. Oktober 2021



Veröffentlichungen

»Hilfe bei Gewalt«, Plakat zum Aushang über die Bremer Wohnungsbaugesellschaften

Arbeit & Wirtschaft

40 40 Jahre
40 Stimmen



Foto: Giorgia Petersen-Hoetzel

*Ela Fischer, 36 Jahre,
Performing Artist*

»Ich wünsche mir flexiblere
Betreuungszeiten für Kinder.
Eine gute Betreuungssituation
ist die Grundlage dafür, dass
ich als Frau selbstständig und
frei sein kann.«

Motiv aus der ZGF-Jubiläumskampagne »40 Jahre, 40 Stimmen«, 2021

Arbeit & Wirtschaft

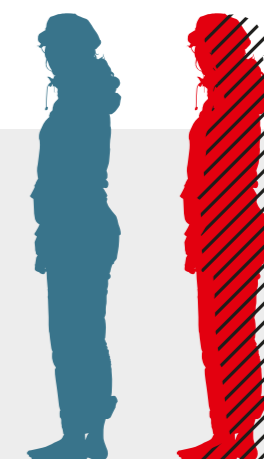
Bei der Beschäftigungsquote von Frauen ist das Land Bremen seit vielen Jahren im Bundesvergleich Schlusslicht. Trotz der aktuellen wirtschaftlichen Erholung setzt sich der Trend fort. Für Frauen mit Migrationshintergrund sowie für Alleinerziehende sind die Chancen auf dem Bremer Arbeitsmarkt besonders schlecht.

Zudem waren Frauen von den Auswirkungen der Pandemie auf den Arbeitsmarkt besonders stark betroffen. Gerade in den personenbezogenen Dienstleistungen und im kaufmännischen Bereich traf Frauen häufiger ein Arbeitsplatzverlust als Männer. Außerdem reduzierten viele Frauen ihre Arbeitszeiten, um die Kinderbetreuung zu stemmen. Frauen in Integrations- oder Sprachkursen mussten ihre Teilnahme absagen, da eine verlässliche Kinderbetreuung fehlte. Der Zentral-

stelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) gelang es während der Pandemie, die Arbeit der arbeitsmarktpolitischen Netzwerke fortzuführen und sich über die aktuelle Situation von beispielsweise Frauen mit Flucht- oder Migrationshintergrund, von Alleinerziehenden oder von Frauen aus systemrelevanten Berufen zu informieren. Ihre Arbeit konnte die ZGF entsprechend ausrichten.

51,6% DER FRAUEN
IN BREMEN SIND
SOZIALVERSICHERUNGS-
PFLICHTIG BESCHÄFTIGT

DAS IST NUR JEDE
ZWEITE!



Quelle: Die Arbeitsmarktsituation von Frauen und Männern 2020, Bundesagentur für Arbeit

Folgen der Pandemie abfedern: Bremen-Fonds

Die Arbeitskreise Berufliche Perspektiven in Bremen und Bremerhaven haben im Jahr 2020 zwei Stellungnahmen zu einer fairen Verteilung der Mittel aus dem Bremen-Fonds zur Bewältigung der Folgen der Corona-Pandemie veröffentlicht. In der ersten wurde die Senatorin für Wirtschaft aufgefordert, Mittel aus dem Bremen-Fonds zu nutzen, um Strukturen zur beruflichen Bildung und Beratung für Frauen in Bremen und Bremerhaven zu erhalten und auszubauen. Arbeitsmarkt- und Ausbildungsprogramme sollten zudem auf die spezifischen Bedarfe von Frauen zugeschnitten werden. In einer zweiten Stellungnahme forderten die Arbeitskreise die Finanzierung eines Programms, das vor allem Frauen den Zugang zu digitalen Ressourcen ermöglicht.

Die Anregungen der arbeitsmarktpolitischen Netzwerke wurden aufgegriffen. So fördert der Bremen-Fonds drei sich direkt an Frauen richtende Projekte. Dazu zählt das Projekt »Perspektive Arbeit für Frauen« (PAF). Projektziel ist es, infolge der Corona-Krise arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen in Qualifizierung und Beschäftigung zu bringen. Dafür sollen öffentlich geförderte Jobs insbesondere in Kitas, Schulen und Familienzentren entstehen. Ein ähnliches Programm für Migrant*innen, mit einer festen Anzahl an Plätzen für Frauen, wurde ebenfalls über den Bremen-Fonds ermöglicht. Ein weiteres Projekt unterstützt die Digitalisierung von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen im Land Bremen. Damit soll verhindert werden, dass erwerbslose Frauen, Empfänger*innen von SGBII-Leistungen sowie Geflüchtete und Migrant*innen digital abgehängt werden.

EFRE- und ESF-Förderung für Programme zur Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft

Zwar ist im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) das Querschnittsziel Chancengleichheit verankert, doch fand es in den Bremer Programmen bisher aus Sicht der ZGF nur unzureichend Berücksichtigung. Die ZGF hat deshalb zusammen mit der Arbeitnehmerkammer die Landesinitiative »Chancengleichheit für Frauen in der Wirtschaft« vorgeschlagen und gemeinsam mit dem Wirtschaftsressort weiterentwickelt. Denn: Während die Beschäftigungsquote von Frauen im Land Bremen niedrig ist und circa 30 Prozent der beschäftigten Frauen unterhalb ihrer Qualifikation arbeiten, fehlen in vielen Branchen Fachkräfte. Mit dem Vorschlag der Landesinitiative sollen Strategien entwickelt und Maßnahmen angestoßen werden, die Frauen in gut bezahlte, vollzeitnahe Beschäftigung sowie in Führungspositionen bringen. Um diese Ziele zu erreichen, ist auch ein entsprechender Ausbau der Kinderbetreuung erforderlich. Die Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa (SWAE) hat den Vorschlag der Landesinitiative aufgegriffen und wird diesen als Fördermaßnahme »Gender Diversity in KMU« im Rahmen der EFRE-Förderperiode 2021 bis 2027 verankern. Die Fördermaßnahme ist ein Baustein der »Landesstrategie Gendergerechtigkeit und Entgeltgleichheit«, die seitens SWAE entwickelt wird. Weitere Maßnahmen werden in erheblichem Umfang mit Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) finanziert. Die ZGF ist über eine Steuerungsgruppe und eine Arbeitsgruppe engmaschig in die Umsetzung und die Entwicklung konkreter Maßnahmen eingebunden. Zudem setzt sie sich dafür ein, dass eine gendergerechte Finanzierung, also ein Gender-Budgeting, zukünftig grundsätzlich bei Wirtschaftsförderprogrammen des Landes Bremen berücksichtigt wird.

Entgeltgleichheitsstrategie: Lohnlücke im Land Bremen schließen

In Bremen lag die Lohnlücke in den Jahren 2020 und 2021 bei 22 Prozent und zementiert damit ein trauriges Dauerhoch. Die Gründe, warum Frauen weniger verdienen als Männer, sind vielfältig. Berufe, in denen überwiegend Frauen arbeiten, sind fast immer schlechter bezahlt. Hinzu kommt: In der Phase der Familiengründung unterbrechen Frauen ihre Erwerbstätigkeit häufiger und länger als Männer und steigen anschließend oft in schlechter bezahlte Teilzeittellen ein. Durchschnittlich leisten Frauen außerdem täglich eineinhalb Stunden mehr Sorgearbeit. Die Zeit fehlt ihnen in ihrem gesamten Erwerbsverlauf. Doch auch dann, wenn alle diese Faktoren herausgerechnet werden, klafft eine Lücke: Im Land Bremen bekommen Frauen für vergleichbare Arbeit rund sechs Prozent weniger Lohn.

Gender-Pay-Gap im Land Bremen

22%

Quelle: Statistisches Landesamt Bremen, 2022

Um Unternehmen zu mehr Entgeltgleichheit und -transparenz zu verpflichten, bedarf es klarer gesetzlicher Regelungen. Die Arbeitsgruppe Arbeitsmarkt für Frauen der Gleichstellungsminister*innen Konferenz (GFMK), in der die ZGF das Land Bremen vertritt, kritisiert daher das aktuell geltende Entgelttransparenzgesetz und hat im Jahr 2020 einen Antrag angeregt und mitverfasst, der unter anderem eine Ausweitung des individuellen Auskunftsanspruchs auf kleinere Betriebe vorsieht. Der Antrag wurde 2021 von der GFMK beschlossen.

Das Land Bremen wird im Jahr 2022 unter Federführung der Senatorin für Wirtschaft eine ressortübergreifende Strategie gegen die Entgeltungleichheit entwickeln. Die ZGF ist sowohl über Arbeitsgruppen als auch über die politische Steuerung des Prozesses an der Entwicklung beteiligt.

Minijobs: ZGF informiert über Armutsfalle

Im Land Bremen sind rund 40.000 Frauen in Minijobs tätig. Minijobber*innen haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen, Kurzarbeiter*innen-, Kranken- oder Arbeitslosengeld. Ehegattensplitting und die beitragsfreie Mitversicherung für Eheleute in der gesetzlichen Krankenversicherung tragen dazu bei, dass für verheiratete Frauen ein Minijob oft lukrativer erscheint als eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung. Dabei bieten Minijobs jedoch keine eigenständige Existenzsicherung und führen viele Frauen in die Altersarmut. Die von der Bundesregierung beschlossene Anhebung der Verdienstgrenzen für Mini- und Midijobs lehnt die ZGF daher ab, da sie die falschen Anreize setzt.



ZGF-Broschüre »Ihre Rechte im Minijob«, Neufassung 2021

Die ZGF hat in der GFMK einen Antrag angestoßen, der 2021 vom Land Bremen eingebracht und von der GFMK beschlossen wurde. Darin wird die Bundesregierung gebeten, Eckpunkte vorzulegen, die beschreiben, mit welchen gesetzgeberischen Schritten Minijobs dort, wo sie reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung verhindern, beseitigt oder in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung überführt werden können.

Um Beschäftigte in Minijobs zu unterstützen, veröffentlichte die ZGF im August 2021 zudem eine aktualisierte Fassung der Online-Broschüre »Ihre Rechte im Minijob«.

Geschlechtergerechtigkeit in der »Innovationsstrategie Land Bremen 2030«

Im Juni 2021 wurde die »Innovationsstrategie Land Bremen 2030« beschlossen. Erarbeitet hat sie die Senatorin für Wirtschaft in einem einjährigen Strategieprozess zusammen mit Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und Gesellschaft. Durch eine durchgehende Mitarbeit in Workshops und Arbeitsgruppen beteiligte sich die ZGF im Berichtszeitraum an der Strategieentwicklung. Dadurch gelang es, Geschlechtergerechtigkeit als zentrales Element in der Strategie zu verankern. So benennt sie vorhandene Aktivitäten von Frauen-Netzwerken und Initiativen und hat als festgeschriebenes Ziel, mehr und besser qualifizierte Arbeitsplätze für Frauen in Zukunftsbranchen zu schaffen.

Alleinerziehende

27 Prozent der Familien im Land Bremen haben ein alleinerziehendes Elternteil. Über 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen und nur 64 Prozent der Alleinerziehende im Land Bremen sind erwerbstätig.



AKTIONSPLAN ALLEINERZIEHENDE

Um dem zu begegnen, hat die Bremische Bürgerschaft gemeinsam mit dem Magistrat der Stadt Bremerhaven im September 2019 den Aktionsplan Alleinerziehende beschlossen. Er soll insbesondere Maßnahmen in den Bereichen Arbeit, Soziales, Bildung und Kinder festschreiben. Zur Integration von Alleinerziehenden in den Arbeitsmarkt soll ein spezielles Arbeitsmarktprogramm aufgelegt werden. Auch die spezifischen Belange von Alleinerziehenden mit Flucht- oder Migrationshintergrund sollen berücksichtigt werden. Dafür hatte sich die ZGF aktiv eingesetzt. Eine ressortübergreifende Steuerungsgruppe, der auch die ZGF angehört, begleitet nun die Umsetzung des Plans.

MODELLPROJEKT FÜR ALLEINERZIEHENDE IN BREMERHAVEN

In Bremerhaven arbeitet der Magistrat in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Chancen für Alleinerziehende, an dem die ZGF beteiligt ist, an einem Konzept für ein Modellprojekt. Da es in

Bremerhaven bereits ein breites Maßnahmenangebot für Alleinerziehende gibt, soll insbesondere die Zielgruppen-Ansprache verbessert werden. Um die Wohnsituation von Ein-Eltern-Familien zu verbessern, forderte das Netzwerk im Jahr 2020 zudem die grundsätzliche Übernahme von Mieten im sozialen Wohnungsbau sowie die Erhöhung des Satzes für die Kosten der Unterkunft für Leistungsbeziehende. Letzteres wurde von der Politik kurz darauf beschlossen.

VERBESSERUNG DER KINDERBETREUUNG FÜR ALLEINERZIEHENDE

Die ZGF arbeitet im Netzwerk für Alleinerziehende mit, das sich in Bremen im Berichtszeitraum unter anderem mit den Themen Kinderbetreuung und Wohnen intensiv beschäftigte und sich dazu mit Stellungnahmen an die Politik gewandt hatte.

Die ZGF hatte bereits im Jahr 2016 im Perspektivworkshop Alleinerziehende ein temporäres Kinderbetreuungsangebot für Alleinerziehende gefordert und setzt sich seither aktiv für ein solches Angebot ein. Seit September 2021 gibt es in Bremen ein entsprechendes Modellprojekt: »KibA-Flex – Flexible Kinderbetreuung für Alleinerziehende«, das von alleinerziehenden Menschen genutzt werden kann, die unterjährig ein Jobangebot bekommen oder eine Weiterbildung oder Umschulung beginnen können. Die Kinder werden maximal drei Monate betreut und sollen anschließend einen Platz in einem regulären Betreuungsangebot bekommen.

Der Faktor alleinerziehend wird seit 2021 in der Stadt Bremen bei der Vergabe von Kita-Plätzen offiziell berücksichtigt, da er als Kriterium im Aufnahmeortsgesetz verankert wurde. Die ZGF hatte dies gefordert und dabei mehrfach auf Bremerhaven als positives Beispiel verwiesen. Die Politik nahm die Forderung auf und fasste im Dezember 2020 einen entsprechenden Beschluss.

Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund

NETZWERK ARBEITSMARKTINTEGRATION VON FRAUEN MIT MIGRATIONS- UND FLUCHTHINTERGRUND

Die ZGF koordiniert das Netzwerk Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Migrations- und Fluchthintergrund. Das ständig wachsende Netzwerk entstand nach Auslaufen des ZGF-Projekts »Frauen und Flucht«, das von 2017 bis 2019 bei der ZGF angesiedelt war. Im aktuellen Berichtszeitraum hat sich das Netzwerk unter anderem mit den aktuellen Studien des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen sowie zu Geschlechterunterschieden in der Arbeitsmarktintegration von Geflüchteten befasst. Danach sind nach fünf Jahren in Deutschland 61 Prozent der männlichen, aber nur 27 Prozent der weiblichen Geflüchteten erwerbstätig. Das Ergebnis unterstreicht die Notwendigkeit, die Teilhabe von Frauen mit Migrationshintergrund am Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu verbessern. Regelmäßig analysiert das Netzwerk zudem laufende Projekte für Geflüchtete und informiert sich in anderen Bundesländern zu Best-Practice-Beispielen, um sie für die Arbeit im Land Bremen zu nutzen.

ALLEINERZIEHENDE WESTAFRIKANISCHE FRAUEN

Das Netzwerk beschäftigte sich auch intensiv mit der Situation von alleinerziehenden westafrikanischen Frauen, die in Bremen einen hohen Anteil im SGB II-Bezug haben. Damit knüpfte die ZGF an ihre Arbeit aus dem vergangenen Berichtszeitraum an. Die ZGF setzte das Thema im Beirat Jobcenter auf die Tagesordnung und konnte so eine stärkere Aufmerksamkeit für die Zielgruppe erwirken sowie einen ressortübergreifenden Austausch mit Vertreter*innen des

Jobcenters mitanstoßen. Inzwischen sind in Kooperation mit dem Jobcenter einzelne arbeitsmarktpolitische Maßnahmen speziell für Westafrikanerinnen entstanden. Im Projekt »Vermittlung und Integration in den Arbeitsmarkt« (VIA) ist insbesondere durch die verstärkte kooperative Zusammenarbeit mit westafrikanischen Frauenorganisationen die Zahl der teilnehmenden Alleinerziehenden mit westafrikanischer Migrationsbiografie deutlich gestiegen.

Forschungsprojekt zu schwerbehinderten Frauen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt

Mit Beginn der neuen ESF-Förderperiode im Jahr 2021 nimmt die ZGF weitere Zielgruppen in den Blick. Gemeinsam mit der Arbeitnehmerkammer und dem Amt für Versorgung und Integration hat die ZGF ein Forschungsprojekt initiiert, das die Situation von schwerbehinderten Frauen am Arbeits- und Ausbildungsmarkt im Land Bremen untersucht und regionale Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation schwerbehinderter Frauen im Land Bremen ermittelt. Die Ergebnisse sollen im Frühjahr 2023 im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in Bremen vorgestellt werden.

Bundesmodellprojekt: Umstieg aus der Prostitution

Prostituierte, die aussteigen wollen, sind mit vielen Herausforderungen konfrontiert: Drohende Wohnungslosigkeit, Suchtmittelabhängigkeit, traumatische Erfahrungen sowie oftmals fehlende Ausbildung erfordern eine zielgruppenspezifische Beratung und Unterstützung. Diese soll ein Bundesmodellprojekt leisten, das bei der Senatorin für Frauen angesiedelt ist (weitere Informationen auch auf Seite 23). Die ZGF begleitet das Projekt zu dem Themenfeld Arbeitsmarkt. Zunächst ist es notwendig, den Frauen Schutzräume zur Stabilisierung und Orientierung anzubieten. Anschließend sollen sie die Möglichkeit zur Qualifizierung bei einem Bildungsträger erhalten, um so schrittweise Zugänge zum Arbeitsmarkt zu bekommen. Dabei sollen möglichst Perspektiven jenseits von Minijobs und prekären Beschäftigungsverhältnissen geschaffen werden.

Professionelle Sorgearbeit stärken – unbezahlte Sorgearbeit fair verteilen



Equal Care Day, 2020

Um den eklatanten Fachkräftemangel im Erziehungs- und Pflegebereich zu beseitigen, müssen die Arbeitsbedingungen verbessert und die Löhne erhöht werden. Zudem sind bedarfsgerechte, flexible Kinderbetreuungsangebote und gute, professionelle Pflege von Angehörigen die Grundvoraussetzungen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern am Erwerbsleben. In diesem Sinne unterstützt die ZGF das Projekt »carat – caring all together«, indem sie sich bei verschiedenen Veranstaltungen einbringt, unter anderem beim jährlichen »Equal Care Day« an der Universität Bremen. Das bis Ende 2024 befristete Projekt ist an der Universität Bremen angesiedelt und wird aus dem Professorinnenprogramm des Bundes finanziert.

Um die drei Lücken – Gender Pay Gap, Gender Care Gap und Gender Pension Gap – zu verringern, setzt sich die ZGF dafür ein, Mädchen und Jungen frühzeitig eine Basis für partnerschaftliche Aushandlungsprozesse auf Augenhöhe zu vermitteln. Dazu ist es wichtig, Themen wie Arbeitsmarkt, Einkommen und Steuerrecht sowie Reflexionen über Geschlechterrollen in den Lehrplänen der Schulen zu verankern. Des Weiteren arbeitet die ZGF beispielsweise im

Strategiebeirat des RKW Kompetenzzentrums sowie in der Landesinitiative Gendergerechtigkeit mit daran, Maßnahmen durchzusetzen, die auf eine stärkere Einbeziehung von Männern in die Sorgearbeit abzielen. Dazu gehört beispielsweise eine familienfreundliche Unternehmenskultur.

Beirat- und Gremienarbeit

Die ZGF engagiert sich in über 20 Gremien, in denen arbeitsmarkt- sowie wirtschaftspolitische Belange gesteuert und initiiert werden. Dort bringt sie Forderungen, Anregungen und Initiativen ein. Sie arbeitet mit Arbeitnehmerkammer, Handwerkskammer, Handelskammer, Unternehmensverbänden, dem Jobcenter und der Agentur für Arbeit zusammen in Steuerungen, Beiräten sowie Ausschüssen und bietet dort eine geschlechterpolitische Perspektive an. Traditionelle Denkmuster aufzubrechen und eine Genderperspektive zu verankern, ist ein langfristiger Prozess, den die ZGF ausdauernd verfolgt.

Während der Corona-Pandemie hat die ZGF die Rückmeldungen aus den arbeitsmarktpolitischen Netzwerken in den Jobcenter-Beirat und in den Verwaltungsausschuss der Agentur für Arbeit eingebracht und insbesondere auf spezifische, pandemiebedingte Belastungen von Alleinerziehenden hingewiesen. Auch hat die Landesfrauenbeauftragte die langen Schließzeiten des Jobcenters während der Pandemie früh problematisiert, da so die besonders belasteten Zielgruppen nicht oder kaum erreicht werden konnten. Die ZGF begrüßt, dass das Jobcenter mit der Agentur für Arbeit und der Senatorin für Wirtschaft die Zielvereinbarung, mehr Frauen mit ihren Angeboten zu erreichen, erneuert hat. Zudem wird das Jobcenter die Verbesserung der Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben als Schwerpunkt setzen.

Ausblick

Der Ausbau einer guten, flexiblen und verlässlichen Kinderbetreuung in Bremen ist das A und O, damit Frauen gleichberechtigt am Arbeitsmarkt teilhaben können. Denn fehlende Kita-Plätze gelten für Mütter als größtes Hindernis für die Erwerbstätigkeit beziehungsweise für die Teilnahme an Aus- und Weiterbildungsangeboten. Die ZGF wird sich daher weiterhin für den Ausbau und die Flexibilisierung entsprechender Kinderbetreuungsangebote im Land Bremen, auch in Randzeiten, einsetzen. Zudem stehen die Ausweitung der praxisintegrierten Erzieher*innenausbildung (PIA) und eine Vergütung der schulischen Ausbildung weiter im Fokus der ZGF, denn ein Ausbau der Kita-Plätze darf nicht am Fachkräftemangel scheitern.

Ein wichtiges weiteres Thema ist die Arbeitsmarktintegration von Frauen mit Flucht- und Migrationshintergrund in Bremen. Um Angebote und Bedarfe besser einschätzen und abgleichen zu können, die Netzwerkarbeit weiter auszubauen und die Zielgruppenansprache zu verbessern, wird es ab Sommer 2022 hierfür eine auf drei Jahre befristete Stelle bei der ZGF geben, die über ESF-Mittel finanziert wird.



Handlungsbedarfe

SCHNELLERER AUSBAU DER KINDERBETREUUNG, FLEXIBLERE ÖFFNUNGSZEITEN

Um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu stärken, empfiehlt die ZGF den beiden Stadtgemeinden des Landes Bremen dringend die Schaffung flexibler Kinderbetreuungsangebote, die auf die Bedarfe der Eltern ausgerichtet sind. Dazu gehört aus Sicht der ZGF insbesondere der Ausbau einer verlässlichen Betreuung in den Randzeiten. Auch Übergangsangebote nach dem Vorbild von „MoKi“ (Hemelingen) oder „KibaFlex“ sind wünschenswert.

VERGÜTETE AUSBILDUNGSKAPAZITÄTEN FÜR ERZIEHER*INNEN AUSBAUEN

Einerseits können wegen des Fachkräftemangels im Lande Bremen nicht ausreichend Kindergartenplätze angeboten werden. Andererseits wird die praxisintegrierte Ausbildung zur/zum Erzieher*in (PIA) stärker nachgefragt als Plätze vorhanden sind. Das Angebot sollte aus Sicht der ZGF daher schnellstmöglich ausgebaut und auch in Teilzeit angeboten werden. Zudem wäre eine Vergütung der schulischen Ausbildung notwendig, um die Attraktivität dieses Ausbildungsweges zu erhöhen. Auch die Förderung von Quereinsteigern ist zu empfehlen.

BESSERE BEZAHLUNG VON BERUFEN, IN DENEN ÜBERWIEGEND FRAUEN ARBEITEN

Berufe, in denen vorwiegend Frauen arbeiten, sind in der Regel schlecht bezahlt. Die ZGF empfiehlt dem Senat daher einen konkreten Zeit- und Maßnahmenplan zur Anhebung der Vergütung in Berufen, wie beispielsweise in den Bereichen Gesundheit und Pflege.

CHANGENGLEICHHEIT FÜR FRAUEN AM ARBEITSMARKT

Spezielle Förderprogramme des Landes Bremen für Frauen, die unterhalb ihrer eigentlichen Qualifikation beschäftigt sind, für Frauen, die aufgrund von Erziehungs- und Pflegezeiten vorübergehend aus dem Beruf ausgestiegen sind sowie für Frauen, die unfreiwillig in Teilzeit arbeiten würden dazu beitragen, die Chancengleichheit von Frauen am Arbeitsmarkt zu erhöhen.

ENTGELTGLEICHHEIT IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Frauen bekommen immer noch nicht überall das gleiche Geld für vergleichbare Arbeit. Um den erfolgreich begonnenen Weg zur Entgeltgleichheit im öffentlichen Dienst des Landes Bremens und in den Mehrheitsgesellschaften des Landes weiter fortzusetzen, spricht sich die ZGF für verpflichtende Verfahren zur Offenlegung und Prüfung der Gehaltsstrukturen aus.

BEDARFE VON FRAUEN MIT FLUCHT- UND MIGRATIONS-HINTERGRUND BERÜCKSICHTIGEN

Um die Teilhabe geflüchteter und migrantischer Frauen am Erwerbsleben zu ermöglichen, sind Sprach-, Integrations- und Qualifizierungsmaßnahmen notwendig. Damit die Frauen an den Kursen teilnehmen können, benötigen sie eine gesicherte und flexible Kinderbetreuung. Diese sollte idealerweise an die Maßnahmen angebunden sein und die Möglichkeit für Übergänge in die Regelbetreuung bieten. Auch die Betreuung von Schulkindern in den Ferienzeiten ist wichtig. Für Bremen und Bremerhaven befürwortet die ZGF die Schaffung beziehungsweise den Ausbau solcher Angebote.



Gremienarbeit

BREMEN

ESF Begleitausschuss
Steuerungskreis des ESF Begleitausschusses
EFRE Begleitausschuss
Landesausschuss für Berufsbildung (LAB)
Beirat Jobcenter
GFMK-Arbeitsgruppe Frauen am Arbeitsmarkt
Ressortübergreifender Steuerungskreis Alleinerziehende
Steuerungskreis für die Agentur für Weiterbildung
Steuerungskreis »Frauen in IT-Berufe« (F.IT)
Steuerungskreis des Bundes-ESF-Projekts »Stark für Familie« (StafF)
Steuerungsgruppe »Innovationsstrategie Bremen 2030«

Netzwerk Alleinerziehende, Stadt Bremen
Arbeitskreis Frauen im STARTHAUS
Strategiebeirat der RKW-Servicestelle
Personaler*innenstammtisch (Senatorin für Wirtschaft/Wirtschaftsförderung)
Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Mädchen und Frauen, Leitung
Netzwerk Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen und Frauen mit Migrationshintergrund, Leitung
Runder Tisch Frauen in IT, Leitung

BREMERHAVEN

Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven
Beirat Jobcenter Bremerhaven
Netzwerk Chancen für Alleinerziehende



Veröffentlichungen

»Ihre Rechte im Minijob«, Broschüre, aktualisierte Fassung, 2021

»Alleinerziehend in Bremen? Finanzielle Hilfen im Überblick«, aktualisierte Fassung, 2021



Logo des Arbeitskreises berufliche Perspektiven für Frauen



Logo des Arbeitskreises berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven

Berufsorientierung

40 40 Jahre
40 Stimmen



*Monika Kotte, 66 Jahre, afz –
Arbeitsförderungs-Zentrum
im Lande Bremen*

»Bei jungen Frauen sind immer noch die gleichen Ausbildungsberufe beliebt wie vor 30 Jahren: Jungs werden KfZ-Schlosser, Mädchen gehen in den Einzelhandel. Viel mehr junge Frauen sollten in technische, naturwissenschaftliche und IT-Berufe gehen. Hier fehlt es an weiblichem Einfluss und die Verdienstmöglichkeiten sind besser.«

Berufsorientierung

Seit Jahren belegen Statistiken, dass in ausgewählten Berufen entweder Frauen oder Männer in der klaren Mehrheit sind. Das sind die sogenannten klassischen Frauen- oder Männerberufe. Geschlechtsbezogene Vorstellungen und Stereotype wirken immer noch mit bei der Ausbildungs- und Studienwahl, wenn auch eher verdeckt und impliziert.

Der Schwerpunkt der Arbeit der Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) im Fachbereich Berufsorientierung liegt daher darin, Geschlechterklischees bei Jugendlichen möglichst früh zu hinterfragen und zu entlarven, um ihre Wirkmacht zu entkräften. In den Berichtszeitjahren entwickelte und koordinierte die ZGF dafür das Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«, an dem sich zahlreiche Kooperationspartner*innen beteiligen. Das Projekt wird von der ZGF mit einer koordinierenden und organisierenden Stelle gesteuert. Ziel ist es, den pädagogischen Handlungsansatz nachhaltig, über die Projektlaufzeit hinweg, in feste Strukturen zu überführen.

**MEIST NACHGEFRAGTESTE
AUSBILDUNGSBERUFE
UND BERUFSWÜNSCHE
2020/2021**

Frauen, 1. Platz
♀ **MEDIZINISCHE
FACHANGESTELLTE**

Männer, 1. Platz
♂ **KFZ-MECHATRONIKER**

*Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Arbeitsmarkt
kompakt, Situation am Ausbildungsmarkt,
Nürnberg, 10/2021*

Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«

Die ZGF beteiligte sich am Ideenwettbewerb der Metropolregion Nordwest zum Schwerpunktthema Bildung & Fachkräfte und bekam den Zuschlag für die Projektidee »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«. Sie setzte sich als eines von vier Projekten bei 30 Bewerbungen durch und erhielt eine Förderung über 36 Monate. Die Projektlaufzeit geht von Dezember 2019 bis November 2022. Um das Projekt realisieren zu können, war die Finanzierung durch weitere Mittelgebende notwendig. Neben der Metropolregion Nordwest wird das Projekt mit dem größten Anteil durch die Arbeitsagentur Bremen – Bremerhaven sowie durch die Handelskrankenkasse Bremen, die Arbeitskammer Bremen und mit einem kleinen Betrag durch den Landkreis Osterholz sowie aus Eigenmitteln der ZGF finanziert.

BREITE NETZWERK-UNTERSTÜTZUNG FÜR DAS PROJEKT

Zusammen mit einem breiten Netzwerk aus verschiedenen regionalen Partner*innen aus Wirtschaft, Verbänden, Kammern, Bildungsbehörden, Jugendberufsagenturen, Schulen, Hochschulen sowie dem Bildungsträger Sinus – Büro

für Kommunikation hat die ZGF speziell für die Metropolregion Nordwest das Format Erlebnis-Projektstage entwickelt. Geplant sind insgesamt 20 Durchgänge an Schulen in Bremen, Bremerhaven und im Landkreis Osterholz.

Unterstützung erfährt »Be oK« zudem durch einen 18-köpfigen überregionalen Beirat aus Wissenschaft, Bildung, Kammern, Verbänden und Wirtschaft. Der Beirat begleitet die Entwicklung des pädagogischen Ansatzes des Projekts qualitativ und ist auch bei der Konzipierung der drei begleitenden Fachtage eingebunden. Der erste Fachtage des Projekts zu »Klischeefreiheit im schulischen Umfeld« fand im Online-Format Ende Juni 2021 statt. Rund 50 interessierte Personen nahmen daran teil.

MIT DER UMSETZUNG DES PROJEKTS BETRITT DIE ZGF IN VIELERLEI HINSICHT NEULAND

Innovativ an »Be oK« ist, dass die Erlebnis-Projektstage früher als bisherige Berufsorientierung ansetzen und gleichzeitig aktiv mit Jugendlichen einer Jahrgangsstufe einer Schule, den Erziehungsberechtigten und den Lehrkräften gearbeitet wird, die sich in ihrer Rolle als Vorbild erleben sollen. Neu ist auch, dass »Be oK« das Thema Berufsorientierung konsequent mit den Themen Lebensplanung, psychische Gesundheit und der Erprobung von Softskills verbindet – ein in der Berufsorientierung bislang nachgeordnetes Feld und wichtiger Faktor, warum in der Praxis Jugendliche trotz anfänglicher Motivation oft scheitern und es zu Ausbildungs- oder Studienabbrüchen kommt.



Auftaktsitzung des Projekts »Be oK« mit den Beiratsmitgliedern, Focke-Museum, 30. September 2020



Erlebnisparkours des Projekts »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees«, Fotos: ©Cosima Hanebeck

UM WAS GEHT ES BEI »BE OK«?

»Be oK« ist eine von Schulen kostenfrei buchbare Projektwoche zum Entdecken der eigenen Stärken, Zukunftswünsche, Entwicklungspotenziale und deren Verbindung mit Berufsfeldern. Inhaltlich sollen Jugendliche in der Schule der kompletten Jahrgangsstufen 6 und 7 befähigt werden, sich bewusst für einen Beruf entscheiden zu können – ohne dass ihnen gängige Geschlechterklischees dabei im Wege stehen. Die dabei von den Jugendlichen empfundenen geschlechterzuweisenden Stereotype sollen spielerisch durch vielfältige Maßnahmen bewusst gemacht werden. Das Ziel von »Be oK« ist, dass die Jugendlichen unvoreingenommen ihre Stärken erleben und an sozialen Kompetenzen wie Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Durchhaltevermögen oder Teamfähigkeit arbeiten, ohne dass dies mit einem erhobenen Zeigefinger geschieht. Gerade die spielerische und erlebnisorientierte Art ermutigt, Stärken und Interessen zu folgen und schon vorhandene, klischeebehaftete Vorfestlegungen wie »Technik ist eh nichts für Mädchen« oder »Altenpflege ist Frauensache!« kritisch zu hinterfragen oder zu verändern.

Chancengerechtigkeit und Teilhabe aller teilnehmenden Schüler*innen am Projekt werden vom durchführenden Träger sichergestellt. Die

Moderation und Gestaltung des Projekts ist so aufgebaut, dass Jugendliche mit unterschiedlichen familiären und kulturellen Sozialisationsbedingungen und Bildungsständen, mit und ohne Förderbedarfe, die Projektziele möglichst erreichen und von dem Projekt profitieren.

ERLEBNISRAUM ALS HERZSTÜCK

Ein plastisch erlebbarer Parcours mit verschiedenen Stationen, die die Lebenswelten der Jugendlichen abbilden und an denen sich auch Eltern und Lehrkräfte auf interaktive Weise erproben können, bildet das Herzstück der »Be oK«-Projektwoche. Darauf aufbauende vertiefende Module komplettieren den Stundenplan. Im Sommer 2020 wurde in enger Abstimmung mit der ZGF das pädagogische Konzept für die Durchführung der Erlebnis-Projektstage an Schulen durch den beauftragten Bildungsträger Sinus – Büro für Kommunikation fertiggestellt. Parallel dazu wurden die Erlebnisstationen und die einzelnen Module und Materialien entwickelt. Der sogenannte »Stärkenfächer« dokumentiert anschaulich für alle Schüler*innen die in Selbst- und Fremdwahrnehmung zugewiesenen Stärken über die Projektwoche hinaus und gibt Impulse für den zukünftigen Berufsorientierungsprozess.

KOOPERATIONSPARTNER*INNEN AKTIV AN DEN SCHULDURCH- GÄNGEN BETEILIGT

Allgemein beteiligten sich Personen der regionalen Wirtschaft und aus sozialen Institutionen als Role Models (berufliche Vorbilder) im Modul Speed-Dating »Be oK« Job-Date. Für die (Co-)Moderation des Gesundheitsmoduls Mein Leben »Be oK – wert.voll.gesund« konnte die Projektstelle Studentinnen des Studiengangs Public Health der Universität Bremen gewinnen. Im Vorfeld der Projektwochen wurden die beteiligten Lehr- und Fachkräfte, die Moderierenden und die Role Models im Rahmen einer digitalen Fortbildungsveranstaltung vom beauftragten Bildungsträger in das pädagogische Konzept »Be oK« eingewiesen und entsprechend geschult. Das Modul »Lernort MINT.Handwerk. SAGE – Be oK praktisch«, bei dem das Aufsuchen verschiedener Lernorte im Fokus steht, konnte im Jahr 2021 nicht stattfinden, da externe Veranstaltungen von Seiten der beteiligten Hochschulen aus coronabedingten Gründen nicht erlaubt waren.

CORONA ERSCHWERT »BE OK«-START

Die seit März 2020 geltenden Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie hatten starken Einfluss auf die geplante Projektumsetzung. Infolge einer Risikoabschätzung untersagte die Bildungsbehörde kurzfristig die Durchführung der ersten »Be oK«-Erlebnis-Projektwoche Ende Oktober 2020. Mit Blick auf die dynamische Corona-Situation und die damit einhergehenden Kontaktbeschränkungen beschloss die ZGF den »Be oK«-Praxisstart auf Mitte April 2021 zu verschieben.

Die Zeit bis zum verzögerten Projekt-Start nutzte der Bildungsträger Sinus in enger Abstimmung mit der ZGF für die Konzeption einer hybriden Variante der Projektwoche. Hierfür erfolgte eine Anpassung einzelner Modulinhalte, ohne die grundsätzlichen Ziele von »Be oK« zu verändern. Analoge Projektunterlagen wurden

bei der Hybrid-Variante im Vorfeld der Projektwoche an die teilnehmenden Schulen für die Bearbeitung im Klassenverband geschickt. Ein Moderator*innen-Team von Sinus leitete per Videozuschaltung die Bearbeitung an. Die Option der hybriden Durchführung war aus fachlicher Sicht der ZGF unverzichtbar, um dem Wegbrechen des Themenbereichs Berufsorientierung in der Zeit der Beschränkungen entgegenzuwirken.

DIE SCHULDURCHGÄNGE »BE OK«

Insgesamt fanden im Jahr 2021 acht Projektdurchgänge an unterschiedlichen Schulen statt. Insgesamt 640 Schüler*innen und 70 Lehr- und schulische Fachkräfte konnten in 2021 mit »Be oK« erreicht werden. Circa 110 Erziehungsberechtigte haben am digitalen Infoabend zum Projekt teilgenommen.

PROJEKT-AUSBLICK

Im Projektjahr 2022 finden zwölf weitere »Be oK«-Schuldurchgänge im Land Bremen und im Landkreis Osterholz statt. Zusätzlich gibt es im April 2022 einen zweiten »Be oK«-Fachtag zum Thema Klischeefreiheit in der Unternehmenskultur und der Nachwuchsgewinnung im Kundencenter von Mercedes-Benz. Ausgehend von den Erfahrungen und Erkenntnissen soll mit einem dritten Fachtag im September 2022 der Transfer des pädagogischen und praxisnahen Ansatzes in die gesamte Metropolregion Nordwest erfolgen. Langfristig soll das Thema klischeefreie Berufsorientierung zudem in festen Strukturen verankert werden.



Projekt »mint:pink goes Bremerhaven«, Foto: @Initiative NAT, Claudia Höhne

Arbeit an Schulen während der Corona-Pandemie teils nicht möglich

Durch die Auflagen zur Eindämmung der Corona-Pandemie kamen die von der ZGF (mit)entwickelten Maßnahmen in den Arbeitsbereichen Berufsorientierung im Berichtszeitraum 2020/2021 nahezu zum Erliegen. Lockdown, Distanzunterricht und Halbgruppensysteme begrenzten die Möglichkeit der Schulen für Aktivitäten außerhalb des direkten Lehrplans. Praktika und Veranstaltungsbesuche waren zeitweise zudem untersagt. Die dazukommende Planungsunsicherheit verhinderte, dass die ZGF Maßnahmen im Format eines schulbahnbegleitenden Baustein-Systems im Berichtszeitraum anbieten konnte.

»mint:pink goes Bremer- haven« – abrupter Stopp mitten im Schuljahr

Zu Beginn des Schuljahres 2019/2020 ging das Programm »mint:pink goes Bremerhaven« mit 25 Schülerinnen der 8. und 10. Klassenstufe von fünf Schulen in den zweiten Projektdurchlauf. Neben den drei Betrieben Deutsche See, Eurogate und BLG, die bereits im Pilotdurchgang dabei waren, beteiligten sich Biozoon, Kaesler Nutrition und Green Secure mit Workshop-Angeboten an dem Projekt. An acht über das Schuljahr verteilte Programmtagen sollten die Schülerinnen vier Betriebe sowie die Hochschule Bremerhaven kennenlernen. Um eine differenzierte Sicht auf die Fächer und Berufe in den Bereichen Mathematik, Ingenieur- und Naturwissenschaften sowie Technik, kurz MINT, zu vermitteln, wurden Praxis-Workshops sowie Betriebserkundungen konzipiert.

»Mint:pink Bremerhaven« ist Teil einer Hamburger Initiative. Norderstedt und Bremerhaven sind bislang die einzigen Standorte außerhalb Hamburgs, die sich daran beteiligen. Die Organisation und inhaltliche Ausgestaltung



Projekt »mint:pink goes Bremerhaven«, Foto: @Kaesler Nutrition

der Aktivitäten in Bremerhaven liegen bei der ZGF, der MINT-Koordinierungsstelle am Lloyd Gymnasium, der Hochschule Bremerhaven und dem Netzwerk Schule, Wirtschaft und Wissenschaft für die Region Unterweser.

Kurz vor dem Beginn des ersten Lockdowns, im Februar 2020, konnten die Bremerhavener Teilnehmerinnen im Rahmen eines Ausfluges am Programmstart von »mint:pink« mit weiteren 240 Schülerinnen in der Hamburger HafenCity Universität teilnehmen. Als besonderes Event arbeiteten die Schülerinnen zusammen in kleinen Arbeitsgruppen, um eine XXL-Kettenreaktion zu erreichen.

Bundesweite Absage des »Girls'Day 2020« – digitale Umsetzung im Jahr 2021

Der »Girls'Day 2020« fiel bundesweit coronabedingt aus. Deshalb konnte auch die von der Agentur für Arbeit Bremen – Bremerhaven initiierte und von der ZGF mitgetragene berufskundliche MINT-Bustour »Girls on Tour ... auf Kurs Klima« für die Klassenstufen 5 und 6 nicht stattfinden. Aufgrund der weiteren Planungsunsicherheit und einem personellen Wechsel bei

der Agentur für Arbeit Bremen – Bremerhaven bot die ZGF mit der Hochschule Bremerhaven im Jahr 2021 eine digitale Schnitzeljagd an. Am »Girls'Day« lösten die Teilnehmerinnen alleine oder in Zweier-Teams in kreativer Art und Weise die an sie gestellten Aufgaben. Über die App Scavenger Hunt konnten ergänzend spannende Experimente durchgeführt sowie Rätsel gelöst werden.

Auch »Hochschule MINTensiv für Mädchen« musste pausieren

Das von ZGF und Hochschule Bremerhaven initiierte und begleitete Herbstferienangebot Hochschule »MINTensiv für Mädchen« mit Technik- und naturwissenschaftlichen Workshops für die Klassenstufen 6 und 7, musste 2020 ebenfalls coronabedingt abgesagt werden. Im Jahr 2021 war eine Durchführung des Projekts aufgrund einer vakanten Position bei der Kontaktstelle Schule-Hochschule nicht möglich.

Unterstützung des Projekts »Open:MINT« der Hochschule Bremerhaven

Die ZGF unterstützte in den beiden Berichtsjahren das Projekt »Open:MINT – Maßnahmen für eine Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen in strukturschwachen Regionen« mit ihrer fachlichen Expertise. In dem Verbundprojekt entwickelten die Hochschule Bremerhaven und die Hochschule Wismar gemeinsam Maßnahmen für eine Erhöhung des Frauenanteils in MINT-Berufen in strukturschwachen Regionen. Für eine passgenaue Zielgruppenansprache wurden an beiden Hochschulen Bausteine zur Studien- und Berufsorientierung konzipiert, durchgeführt und in einer ausführlichen Begleitforschung ausgewertet.

Austausch und Synergien zum Projekt »GunA« der Universität Bremen

Die ZGF arbeitet in den Bereichen Arbeit & Wirtschaft sowie Berufsorientierung eng mit dem Projekt »GunA« der Universität Bremen, Zentrum für Arbeit und Politik, zusammen. In dem ESF-geförderten Projekt »GunA« werden geschlechteruntypisch besetzte Ausbildungsverhältnisse beispielhaft in drei Berufen begleitet. Es geht dabei darum, welche Gründe die Auszubildenden dazu bewogen haben, diesen Ausbildungsweg zu beschreiten. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse sollen in die Entwicklung von Fortbildungseinheiten für Fachkräfte der Berufsorientierung und -ausbildung Eingang finden. Angestrebt wird langfristig eine Implementierung in bestehende Strukturen.

Handlungsbedarfe

PÄDAGOGISCHES KONZEPT FÜR KLISCHEEFREIE BERUFSWAHL FEST VERANKERN

Damit geschlechtsbezogene Stereotype nicht die Ausbildungs- und Studienwahl beeinflussen, spricht sich die ZGF dafür aus, das pädagogische Konzept von »Be oK« im Bremer Bildungsplan zu verankern. Jährlich sollten sich mindestens zehn Schulstandorte für »Be oK« im Land Bremen bewerben können. Um dies zu ermöglichen, sollten nach Auffassung der ZGF zusätzliche Mittel hierfür in den Haushalt eingestellt werden.



Gremienarbeit

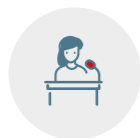
LAND BREMEN

Fach- und Wissenschaftsbeirat »Be oK«, Leitung



Veröffentlichungen

Informationsflyer Projekt »Be oK«, Januar 2021



Veranstaltungen

Workshop »Be oK« im Rahmen der Future-Week,
Inge-Katz-Schule Bremen,
28. September 2020

»Girls'Day«-Veranstaltung
Scavenger Hunt in Kooperation
mit der Hochschule Bremerhaven,
digital, 22. April 2021

1. Fachtag »Be oK« zu Klischeefreiheit im schulischen Umfeld,
online, 30. Juni 2021

Acht Durchgänge »Be oK«-Projekttag an folgenden Schulen:

IGS Lilienthal / Landkreis Osterholz (Jahrgang 6, zwei Durchgänge in hybrider Form),
13.–16. April 2021 und
26.–30. April 2021

Oberschule an der Egge / Bremen-Blumenthal (Jahrgang 6, hybride Veranstaltung),
14.–18. Juni 2021

Oberschule am Leher Markt / Bremerhaven-Lehe (Jahrgang 6, hybride Veranstaltung),
28. Juni–2. Juli 2021

Oberschule Roland zu Bremen / Bremen-Huchting (Jahrgang 7, erste Präsenzveranstaltung),
5.–9. Juli 2021

Oberschule Carl von Ossietzky / Bremerhaven-Geestemünde (Jahrgang 7, Präsenzveranstaltung),
14.–17. September 2021

Oberschule Roter Sand / Bremen-Woltmershausen (Jahrgang 7, Präsenzveranstaltung),
8.–12. November 2021

Oberschule Rockwinkel / Bremen-Oberneuland (Jahrgang 7, Präsenzveranstaltung),
22.–26. November 2021

Digitalisierung

40 40 Jahre
40 Stimmen



*Yulia, 21 Jahre, Honorarkraft
Bürgerzentrum Vahr*

»Ich möchte Systems Engineering studieren und es nervt mich, dass Leute noch immer überrascht reagieren: Als Frau? Das ist aber ganz schön schwierig, oder?«

Digitalisierung

Bremen ist ein Standort für künstliche Intelligenz (KI) und hat eine lebendige IT-Branche. Beides sind wichtige Wirtschafts- und Industrie-Faktoren für das Land. Der Frauenanteil jedoch liegt in der IT-Branche Bremens bei nur 28 Prozent. Frauen verdienen dort etwa 20 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

IT-BRANCHE BREMEN
FRAUENANTEIL

28 %

Quelle: Friemer & Warsawa, Struktur und Entwicklungsperspektiven der IT-Branche im Land Bremen 2020, Hrsg: Institut für Arbeit und Wirtschaft (iaw)

Eine geschlechtergerechte Gestaltung des digitalen Wandels kann jedoch nur gelingen, wenn Männer und Frauen gleichermaßen an der Technikgestaltung wie etwa an der Entwicklung von Soft- oder Hardware, beteiligt sind. Gelingt das nicht, verschärfen sich bereits bestehende Ungleichheiten und neue kommen hinzu. So gibt es bereits Digital Gender Gaps, also geschlechtsspezifische Unterschiede, beispielsweise beim Zugang zu Computern und zum Internet oder hinsichtlich der IT-Kompetenz. Um die Lücken zu schließen und um entsprechende Strukturen für eine geschlechtergerechte Digitalisierung im Land Bremen auf- und auszubauen, arbeitet die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) seit März 2021 mit einem eigenen Fachbereich zu dem Thema.

DIGITAL GENDER GAP

Lücken gibt es in vier Bereichen:

ZUGANG

Internetzugang und
Geräteausstattung

NUTZUNGSVERHALTEN

Nutzungsdauer und welche
Anwendungen genutzt werden

KOMPETENZ

Wissen zu digitalen Themen
und Technik-Wissen

OFFENHEIT

Einstellung der Nutzer*innen
zu Internet und digitalen Geräten

Quelle: Initiative D21 e. V. (2020) Digital Gender Gap –
Lagebild zu Gender(un)gleichheiten in der digitalisierten
Welt.

Senatsstrategie zur Künstlichen Intelligenz (KI)

Vom Senat wurde die »BREMEN.KI – Strategie Künstliche Intelligenz« erarbeitet. Die ZGF war im Berichtszeitraum an der Erstellung der Strategie durch eine durchgehende Mitarbeit in Workshops und Arbeitsgruppen beteiligt. Die Bremer KI-Strategie baut auf den vier Handlungsfeldern Wissenschaft, Wirtschaft, Gesellschaft und Qualifizierung auf. Sie basiert auf einem im Mai 2019 vorgelegten Eckpunktepapier sowie auf einem umfangreichen Beteiligungsprozess mit über 70 Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verbänden und Kammern sowie Gewerkschaften und Beschäftigten der Bremer Verwaltung. Der ZGF ist es in dem Prozess gelungen, Gender Mainstreaming in der Strategie zu verankern. Sie wird nun den Prozess der Umsetzung verfolgen, insbesondere im Hinblick auf die Auswirkungen auf Beschäftigung und Qualifizierung von Frauen.

Zudem beteiligt sich die ZGF am Projekt »KI-Transfer4KMU«, einer Maßnahme des KI-Transfer-Zentrums in Kooperation mit dem

IT-Bildungshaus sowie weiteren Kooperationspartner*innen. Das Projekt möchte Bremer und Bremerhavener Unternehmen Kenntnisse über KI-Technologien vermitteln, damit sie ein Anforderungsmanagement für KI-Anwendungen im eigenen Unternehmen aufbauen beziehungsweise KI-Technologien implementieren können. Die ZGF hat darauf hingewirkt, dass Bedarfe von Frauen in den Prozess eingebracht werden und Diskriminierungspotenziale benannt werden.

Veranstaltung »Schöne neue Arbeitswelt«



Digitale Fachkonferenz »Schöne neue Arbeitswelt«, 15. März 2021. Von links oben: Dr. Marion Salot (Arbeitnehmerkammer), Andrea Quick (ZGF), Dr. Britta Matthes (IAB, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit), Kristina Vogt (Senatorin für Wirtschaft), Elke Heyduck (Geschäftsführung Arbeitnehmerkammer), Bettina Wilhelm (Landesfrauenbeauftragte)

Die ZGF hat die mit dem digitalen Wandel einhergehenden Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt im Blick und bezieht aktuelle Trends und Forschung in ihre Arbeit ein. So hat sie beispielsweise im März 2021 in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Bremen die digitale Veranstaltung »Schöne neue Arbeitswelt« durchgeführt. Schwerpunkt waren die Substituierbarkeitspotenziale von Berufen und die möglichen Folgen für die Gleichstellung von Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Einen fachlich fundierten Input bot der Vortrag von Dr. Britta Matthes vom Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB).

Beispiele von Frauen, die in der IT-Branche tätig sind oder dort ausbilden, gaben zudem Einblicke in die Praxis.

Fachtag »Female Empowerment statt Gender Gap: Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel«

Die ZGF veranstaltete am 7. Oktober 2021 gemeinsam mit dem Landesfrauenrat Bremen – Bremer Frauenausschuss e.V. (bfa) die Fachtagung »Female Empowerment statt Gender Gap: Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel«, live übertragen aus dem Festsaal der Bremischen Bürgerschaft. Die Tagung beleuchtete aus



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm (links) und Andrea Buchelt, Landesfrauenrat Bremen, Foto: ©Cosima Hanebeck

unterschiedlichen Perspektiven, wie der digitale Wandel im Land Bremen geschlechtergerecht gestaltet werden kann.

Als Referent*innen waren Dr. Stefan Ullrich vom Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft – Das Deutsche Internet-Institut und Mitglied der Sachverständigenkommission für den dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung sowie Dr. Juliane Jarke vom Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib) und Zentrum für Medien-, Kommunikations- und



Dr. Juliane Jarke vom Institut für Informationsmanagement Bremen (ifib) und Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung (ZeMKI) an der Universität Bremen, Foto: ©Cosima Hanebeck

Informationsforschung (ZeMKI) an der Universität Bremen anwesend. Dr. Ulrich stellte, abgeleitet aus dem Dritten Gleichstellungsbericht der Bundesregierung, Handlungsempfehlungen für die Gestaltung einer geschlechtergerechten Digitalisierung vor. Dr. Jarke lieferte einen Input zu Wertvorstellungen in der Technologieentwicklung und Herausforderungen im Rahmen einer geschlechtergerechten Technikgestaltung. Anschließend vertieften vier Fachforen Aspekte des digitalen Wandels in Bezug auf die Themenschwerpunkte Arbeit, Gewalt, Gesundheit sowie Medienkompetenz.

Die Veranstaltung stieß auf große Resonanz und war mit 130 Anmeldungen bereits nach einigen Tagen ausgebucht. Interessierte ohne Anmeldung konnten dem Livestream folgen.



Dr. Stefan Ulrich vom Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft – Das Deutsche Internet-Institut, Foto: ©Cosima Hanebeck

Ausblick

In Bremen gibt es einiges zu tun. Mit der Fachtagung zur digitalen Transformation brachte die ZGF verschiedene Akteur*innen aus Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung, Politik und Gesellschaft zusammen. Es wurde deutlich, wie vielschichtig der digitale Wandel ist. Die Tagung war ein Auftakt, an den die ZGF anknüpft. Mit ihrer

künftigen Arbeit will sie dazu beitragen, in Bremen Digitalisierungsprozesse diskriminierungsfrei und geschlechtergerecht zu gestalten. So wird sie in Politik und Verwaltung in den kommenden Jahren darauf hinwirken, dass beispielsweise die Handlungsempfehlungen des Dritten Gleichstellungsberichts im Land Bremen umgesetzt werden.

Handlungsbedarfe

RESSORTÜBERGREIFENDE GESTALTUNG DES DIGITALEN WANDELS

Die ZGF spricht sich dafür aus, die Handlungsempfehlungen des Dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung in Bremen ressortübergreifend und koordiniert umzusetzen. Damit dies gelingt, empfiehlt die ZGF konkrete Ziele und Maßnahmen sowie Indikatoren zu deren Monitoring.

DIGITALE (MEDIEN)KOMPETENZ FRÜHZEITIG STÄRKEN

Kinder müssen frühzeitig und geschlechtersensibel an digitale Medien herangeführt werden und Anwendungsmöglichkeiten sowie technologische Hintergründe vermittelt bekommen, auch unter dem Aspekt der digitalen Sicherheit. Wünschenswert sind deshalb Projekte, die die Geschlechterperspektive bei der Vermittlung von fachbezogenen IT-Kompetenzen in Schulen und Berufsschulen berücksichtigen. Die Vermittlung von digitalisierungsbezogenen Gender-Kompetenzen sollte zudem fester Bestandteil der Aus- und Weiterbildung von Lehrkräften werden.

DIGITALE GEWALT: HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN DES LANDES-AKTIONSPLANS UMSETZEN

Um die im Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen abgegebenen Handlungsempfehlungen zu geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt umsetzen zu können, benötigen Beratungsstellen nach Meinung der ZGF dafür mehr Ressourcen sowie eine Fachstelle, um die Expertise zu geschlechtsspezifischer digitaler Gewalt zu bündeln. Darüber hinaus befürwortet die ZGF mehr Kapazitäten, eine bessere technische Ausstattung sowie Sensibilisierung bei den Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden.

MEHR FRAUEN IN DIE DIGITALBRANCHE

Um den Frauenanteil in der Digitalbranche im Land Bremen zu erhöhen, empfehlen sich Programme zur Gewinnung und Vermittlung von Frauen in den IT-Bereich. Frauen brauchen zudem in dem Bereich gleichermaßen Weiterbildung sowie eine Anschlussperspektive.



Mädchenarbeit



40 40 Jahre
40 Stimmen

Adina, 21 Jahre, Studentin

»Ungleichbehandlung fängt ja schon in der Schule an, wenn Lehrkräfte sagen: Wir brauchen mal drei starke Jungs zum Tragen. Ich frage mich: warum immer Jungs? Ich war damals schon größer als meine Mitschüler und mindestens genauso stark.«

Mädchenarbeit

Die Corona-Krise betraf Jugendliche in besonderem Maße. Bei den Schülerinnen beobachteten die Vertreterinnen der Mädchenarbeitskreise im Land Bremen einen enormen Druck durch hohe schulische Anforderungen. Gleichzeitig hatten die Mädchen wenig sozialen Ausgleich durch die Corona-Beschränkungen, was zu Stress und einer hohen psychischen Belastung führte.

Die Beratungsnachfragen in den Mädchentreffen waren entsprechend hoch. Mehrere Mädchen wurden an die Kinder- und Jugendpsychiatrie oder die Beratungsstelle vom Mädchenhaus e.V. vermittelt.

Jenseits der Corona-Krise begleiten Akteur*innen in diesem Bereich Mädchen und junge Frauen auf ihrem Weg ins Erwachsenwerden. Es gilt,

die eigene Identität zu finden, Stereotype wahrzunehmen und zu reflektieren. Angebote der Mädchenarbeit ermöglichen wichtige Freiräume jenseits von Familie, Schule oder Ausbildung. Die ZGF bietet hier vor allem Austausch- und Vernetzungsangebote auf der fachlichen Ebene an.

Multiplikator*innen- Fortbildung online

In Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis Mädchenpolitik, der AG Geschlechtergerechte Jugendarbeit und dem LidiceHaus bot die ZGF 2021 auf Landesebene den Fachtag »Körper & Adoleszenz – Herausforderungen einer geschlechterreflektierten Jugendarbeit« als Online-Format an. Die Bedeutungen des Körpers in der Adoleszenz im Kontext gesellschaftlicher Machtverhältnisse mit intersektionalem Blick auf verschiedene Aspekte des Körpers wie Normierungen, Inszenierungen, Optimierungen oder das Austragen von inneren und äußeren Konflikten wurden thematisiert. Dabei wurde erarbeitet, welche Chancen die Berücksichtigung des Körpers und seiner Bedeutungen in der Jugendarbeit hat und wie Jugendliche in der selbstbestimmten Aneignung ihres Körpers unterstützt werden können.

»Weltmädchen*tag« zum ersten Mal mit bundesland- weiten Aktionen

In 2021 fanden am und rund um den »Weltmädchen*tag« zum ersten Mal bundeslandweite Aktionen statt. Die ZGF beteiligte sich an der Organisation des »Weltmädchen*tages« im Land Bremen. Auf die unterschiedlichen, in unserem Bundesland angebotenen Aktivitäten wiesen Plakate sowie eine Website hin. Über die Kolleg*innen der Mädchenarbeit wurden zudem Festivalarmbänder und Postkarten mit dem Aufdruck »Jetzt ist Held*innenzeit« verteilt. Die ZGF-Bremerhaven bot ein Quiz zum »Weltmädchen*tag« an.

Ausblick

Für die Stadt Bremerhaven wird infolge eines Magistratsausschuss-Beschlusses mit Beteiligung der ZGF ein Praxisleitfaden Geschlechtersensible Kinder- und Jugendarbeit erarbeitet. Dieser wird voraussichtlich im November 2022 im Jugendhilfeausschuss Bremerhaven vorgestellt und beschlossen.

Handlungsbedarfe

BEDARFSORIENTIERTE FINANZIERUNG DER MÄDCHENEINRICHTUNGEN IM LAND BREMEN

Um eine qualitativ hohe mädchenpädagogische Arbeit leisten zu können, ist aus Sicht der ZGF die auskömmliche und bedarfsorientierte Finanzierung der Mädcheneinrichtungen abzusichern.

MÄDCHENARBEIT MUSS SICH AN QUALITÄTSSTANDARDS MESSEN LASSEN

Die Mädchenarbeit muss sich an den erarbeiteten Qualitätsstandards auf kommunal bremischer Ebene ausrichten, wie den Leitlinien der Mädchenarbeit, des Jugendkonzepts oder den Leitlinien der Jungenarbeit. In regelmäßigen Zeitabständen ist eine Überprüfung dieser Qualitätsstandards erforderlich.



Motiv des Weltmädchentages, 11. Oktober 2021



Gremienarbeit

LAND BREMEN

Arbeitskreis Mädchenpolitik
im Lande Bremen, Leitung

Arbeitsgruppe Geschlechter-
gerechte Jugendarbeit

BREMERHAVEN

Mädchenarbeitskreis der
kommunalen Freizeitein-
richtungen Bremerhaven

BUNDESEBENE

Bundesarbeitsgemeinschaft
(BAG) Mädchenpolitik



Veranstaltungen

Fachtag

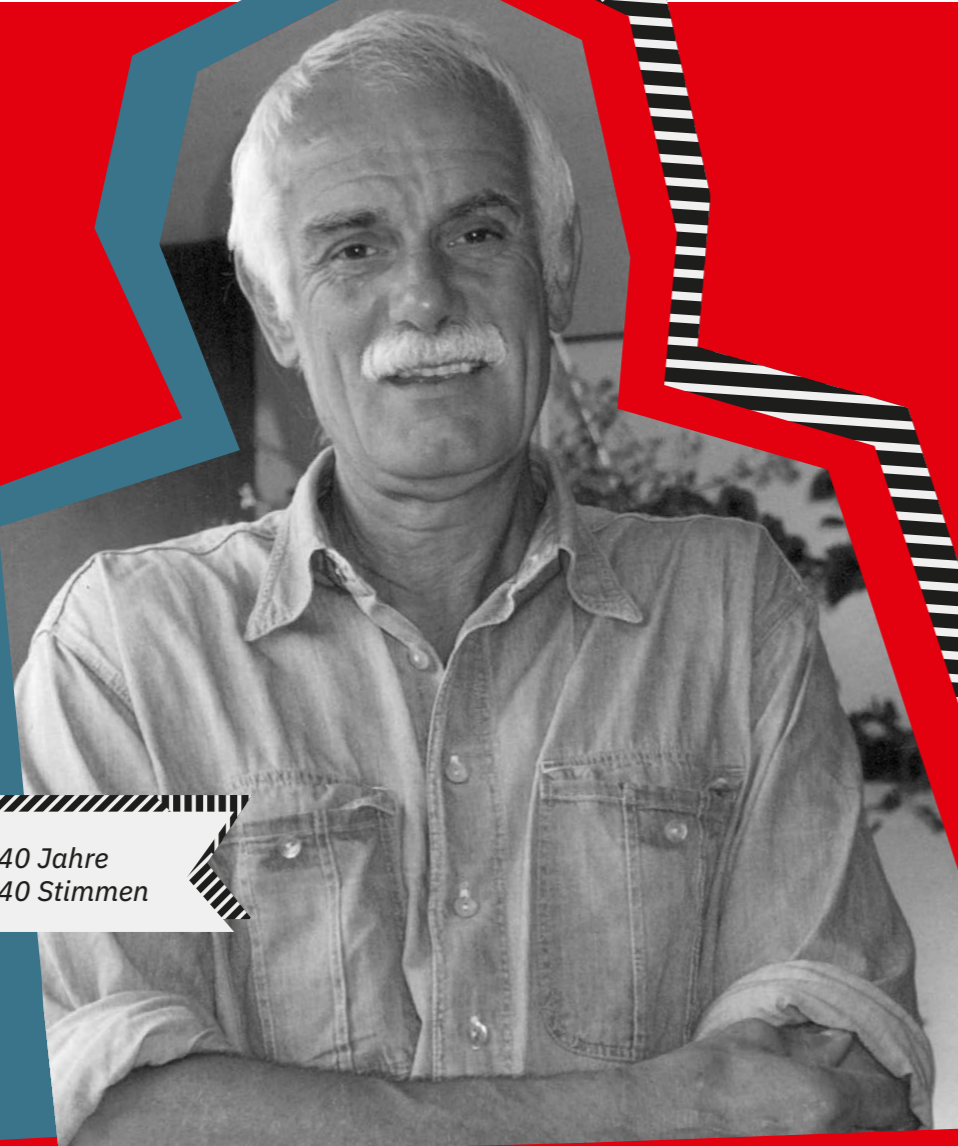
»Körper und Adoleszenz«
der AG geschlechtergerechte
Jugendarbeit, in Kooperation
mit LidiceHaus, Arbeitskreis
Mädchenpolitik und Arbeitskreis
Jungenarbeit, Bremen,
15. April 2021

Bundeslandweite Aktion

anlässlich des
»Weltmädchen*tages«
in Kooperation mit den
Mädchenarbeitskreisen im Land
Bremen, 11. Oktober 2021

Rechts-
angelegen-
heiten

40 40 Jahre
40 Stimmen



Günther Griese, 81 Jahre, Schlosser in Rente

»Im ersten Senat nach dem Krieg war nur eine einzige Frau. Heute haben wir eine ganze Reihe an Senatorinnen, das ist eine tolle Entwicklung in Bremen.«

Rechtsangelegenheiten

Die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) prüft, ob Gesetze und Vorschriften eine Benachteiligung wegen des Geschlechts ermöglichen oder begünstigen und tritt für Regelungen ein, die Geschlechterdiskriminierung verringern können. Zudem geben die Juristinnen der ZGF Stellungnahmen zu Gesetzesvorhaben ab, die frauenpolitische Belange berühren – auf Bundes- sowie auf Landesebene.

Öffentlich eingesetzt hat sich die ZGF in den Jahren 2020/2021 unter anderem für die Streichung des § 219a Strafgesetzbuch (StGB), der Gynäkolog*innen verbietet, über Schwangerschaftsabbrüche angemessen zu informieren sowie für die Streichung des § 218 StGB, um Abtreibungen nicht länger zu kriminalisieren. Außerdem forderte die ZGF eine Verbesserung des Prostituiertenschutzgesetzes und beteiligte sich an der Diskussion um

die Ablösung des in weiten Teilen verfassungswidrigen Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz bezüglich der persönlichen Geschlechtsidentität. Zudem setzt sich die ZGF für ein Paritätsgesetz im Land Bremen ein und verfolgt die Entwicklungen hierzu in anderen Bundesländern.

Das Landesgleichstellungsgesetz im Land Bremen verbessern

Das Gesetz zur Gleichstellung von Frau und Mann im öffentlichen Dienst des Landes Bremen, kurz Landesgleichstellungsgesetz (LGG), vom 29. November 1990 gibt seit über dreißig Jahren die Leitplanken für die Frauenförderung im öffentlichen Dienst vor. Zusammen mit der Arbeitnehmerkammer Bremen und der ZGF hat das Finanzressort eine Studie zur Evaluation des Gesetzes in Auftrag gegeben, die im Dezember 2019 abgeschlossen wurde. Die Studie gibt Handlungsempfehlungen, die zunächst mittels einer Verwaltungsvorschrift umgesetzt werden sollten. Aufgrund des weitreichenden Änderungsbedarfs wurde jedoch eine Gesetzesreform des LGG notwendig. Im Frühjahr 2021 begann unter der Federführung der ZGF die intensive organisatorische und inhaltliche Vorbereitung für eine Neufassung des Gesetzes. Das Gesetz soll noch in der bis 2023 laufenden Wahlperiode verabschiedet werden. Ziele der Regierung sind dabei laut Koalitionsvertrag Zielvereinbarungen zu treffen, um es Frauen zu erleichtern in Führung zu kommen sowie den Einfluss der Frauenbeauftragten zu stärken.

Paritätsgesetz für das Bundesland Bremen

Ob auf Bundes-, Landesebene oder in den Kommunen, in deutschen Parlamenten dominieren männliche Abgeordnete. Für mehr Parität vereinbarten die Bremer Regierungsparteien in ihrem Koalitionsvertrag für die 20. Wahlperiode von 2019 die Einführung eines Paritätsgesetzes zu prüfen, um zu erreichen, dass zukünftig Frauen und Männer zu gleichen Anteilen und in wechselnder Folge Platz auf Wahllisten finden. Die ZGF engagierte sich in den Jahren 2020 und 2021 für ein Paritätsgesetz auf Landesebene.

Die ersten Paritätsgesetze in den Ländern Brandenburg und Thüringen hielten einer gerichtlichen Überprüfung nicht stand. Eine Beschwerde gegen ein entsprechendes Urteil des Thüringer Landesverfassungsgerichts hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) zwischenzeitlich zurückgewiesen.

Ausblick

Ein Schwerpunkt der Arbeit der ZGF im Bereich Rechtsangelegenheiten wird im Jahr 2022 die Arbeit an einer Neufassung des Landesgleichstellungsgesetzes sein.

Ein von der Bremischen Bürgerschaft in Auftrag gegebenes Gutachten kam im Januar 2022 zu dem Ergebnis, dass ein Paritätsgesetz mit den Wahlrechtsgrundsätzen und den verfassungsrechtlichen Prinzipien des Landes Bremens nur schwer vereinbar sei. Es sieht jedoch auch Spielräume: über das in der Bremer Landesverfassung (BremLV) normierte Hinwirkungsgebot auf eine gleiche Teilhabe der Geschlechter in Landes- und in Kommunalparlamenten nach Art. 2 Absatz 4 BremLV. Das Hinwirkungsgebot schließt als Verfassungsauftrag gezielte geschlechterbezogene privilegierende Förderungen gerade für demokratische Vertretungsgremien ein. Quotenregelungen für Frauen kommen danach ausdrücklich in Betracht. Die ZGF wird sich daher weiterhin für ein Paritätsgesetz für das Land Bremen einsetzen. Parität ist kein wünschenswerter, sondern ein notwendiger Bestandteil praktizierter Teilhabe und Demokratie in Deutschland. Zudem müssen gesetzgeberisches Ermessen erkannt und Spielräume genutzt werden, um ein Paritätsgesetz auf Bremer Landesebene zu erlassen.



Handlungsbedarfe

LANDESGLEICHSTELLUNGS- GESETZ (LGG): FRAUENBEAUFTRAGTE BESSER UNTERSTÜTZEN

Das Amt der Frauenbeauftragten soll attraktiver und seine Akzeptanz gesteigert werden. Dafür ist es aus Perspektive der ZGF wichtig, die Tätigkeiten der Frauenbeauftragten des Landes Bremen besser abzusichern und zu stärken. Hierfür bedarf es laut ZGF entsprechender Änderungen im LGG. Das Gesetz sollte auch bei den Mehrheitsbeteiligungen des Landes Berücksichtigung finden.

PARITÄTSGESETZ FÜR DAS LAND BREMEN WEITER- VERFOLGEN

Über ein Paritätsgesetz ließe sich in den bremischen Parlamenten mehr Geschlechtergerechtigkeit herstellen. Die ZGF spricht sich daher dafür aus, die aktuellen Initiativen und Entwicklungen vom Bund und anderen Bundesländern zu verfolgen und zu prüfen. Auch empfiehlt sie der Bürgerschaft die Erstellung eines weiteren Gutachtens zur Bedeutung und Umsetzung des sogenannten Hinwirkungsgebots des Artikel 2 Absatz 4 der Bremer Landesverfassung, wonach darauf hinzuwirken ist, dass Frauen und Männer in Gremien des öffentlichen Rechts zu gleichen Teilen vertreten sind.



**Öffentlicher
Dienst**

40 40 Jahre
40 Stimmen

»Corona hat gezeigt: Sogar die Kriminalpolizei kann flexible Arbeitsgestaltung in Bezug auf Zeit und Ort ermöglichen. Das ist total wichtig, damit innerhalb der Behördenstrukturen künftig noch mehr Gleichberechtigung stattfinden kann.«

*Astrid Gaede, 50 Jahre,
Referatsleiterin K 32 – Sexualdelikte*



Öffentlicher Dienst

Die Bremer Verwaltung ist mit 60.000 Beschäftigten eine der größten Arbeitgeber*innen im Land Bremen und stellt mit ihrer Personalpolitik und ihrem Handeln wichtige Weichen für die Geschlechtergerechtigkeit.

Über die Vorgaben des Bremischen Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) ist beispielsweise die Förderung von Frauen im Beruf zentraler Bestandteil der Personalpolitik der Verwaltung und auch die paritätische Besetzung von Gremien ein erklärtes Ziel. Die Verwaltung wirkt mit ihrem Handeln auch nach außen. Damit Geschlechtergerechtigkeit in der öffentlichen Verwaltung immer mitgedacht und gefördert wird, liefert die ZGF Impulse sowie

Expertise, zeigt Handlungsbedarfe auf und prüft Senatsvorlagen sowie Vorhaben der Verwaltung. Ein Schwerpunkt ihrer Arbeit war dabei im Berichtszeitraum das Gender Mainstreaming beim Bremen-Fonds.

Gender Mainstreaming

Die Koordination und Steuerung des Umsetzungsprozesses erfolgt durch die ressortübergreifende Arbeitsgruppe Gender Mainstreaming, der alle Ressortverantwortlichen für Gender Mainstreaming angehören. Die ZGF ist gemeinsam mit dem Senator für Finanzen federführend für die Arbeitsgruppe und bereitet zudem die regelmäßigen Arbeitstreffen der Gruppe vor. Durch die Arbeitsgruppe und die Verankerung von Gender Mainstreaming-Beauftragten in allen Ressorts soll Geschlechtergerechtigkeit auf allen Ebenen des Verwaltungshandelns sichergestellt werden.

Gender Mainstreaming beim Bremen-Fonds

In den Jahren 2020 und 2021 waren die Aktivitäten der ZGF im Bereich Gender Mainstreaming vorwiegend durch die Vorhaben des Senats zur Bewältigung der Pandemie bestimmt. Dazu wurde der Bremen-Fonds aufgelegt, der es dem Senat erlaubte, zusätzliche Kredite für entsprechende Vorhaben aufzunehmen.

GENDER-AMPEL FÜR MASSNAHMEN DES BREMEN-FONDS

In Zusammenarbeit mit der Senatskanzlei und dem Senator für Finanzen beauftragte die ZGF ein Gutachten bei der Fachexpertin für Gleichstellungspolitik Dr. Regina Frey zum Bremen-Fonds. Das Gutachten untersuchte mögliche mittel- und langfristige Maßnahmen für die bremische Wirtschaft und Gesellschaft zur Bewältigung der Corona-Krise aus einer Geschlechterperspektive. In einer Veranstaltung im Oktober 2020 wurden die Ergebnisse mit allen Staatsrät*innen diskutiert und bewertet.

Wichtiges Vergabekriterium für Fonds-Mittel war für jede Maßnahme eine Bewertung der »Betroffenheit der Geschlechter«. Zudem wurde eine Gender-Checkliste entwickelt: Für jede mittel- oder langfristig geplante Maßnahme musste dargelegt werden, wie sie die Situation von Frauen, Männern oder anderer Geschlechter verändert beziehungsweise verbessert – oder welchen geschlechtsbezogenen Folgen der Corona-Pandemie sie entgegenwirkt. Gegebenenfalls sollten entsprechende Gender-Kennzahlen benannt werden. Aus der Checkliste wurde zur Priorisierung der Maßnahmen eine sogenannte Gender-Ampel abgeleitet. Die Ampel steht auf grün, wenn die geplante Maßnahme eine positive Gleichstellungswirkung hat. Sie springt auf gelb, wenn eine potenzielle Gleichstellungswirkung besteht. Rot signalisiert die Ampel, wenn eine Maßnahme der Gleichstellung der Geschlechter entgegenwirken könnte.

GUTACHTEN ZUR GLEICHSTELLUNGSPOLITISCHEN WIRKUNG DES BREMEN-FONDS

Nach der Bewilligung des ersten Maßnahmenpakets im Rahmen des Bremen-Fonds beauftragte die ZGF eine Auswertung der gleichstellungspolitischen Wirkung der Maßnahmen. Unter dem Titel »Gender-Monitoring der ersten Tranche des Bremen-Fonds« analysierte Dr. Regina Frey die Maßnahmen und gab dem Senat Handlungsempfehlungen für damals noch geplante weitere Tranchen des Bremen-Fonds:

So sollten im Maßnahmen-Portfolio des Bremen-Fonds die durch die Pandemie besonders betroffenen frauendominierten Arbeitsmarktsegmente und Branchen gezielt und angemessen vertreten sein. Dazu zählen beispielsweise die Branchen Tourismus, Gastronomie, Kunst und Kultur sowie die Sozialwirtschaft.

Außerdem sollte die Ausstattung der jeweiligen Maßnahmen mit Finanzmitteln als gesamtes betrachtet werden, also ein sogenanntes Gender Budgeting durchgeführt werden.

Angesichts bestehender Überzeichnungen in den Anmeldungen sowie des fortgeschrittenen Jahresverlaufs war eine Beschlussfassung weiterer langfristig wirksamer Maßnahmen im

Haushaltsjahr 2021 nicht mehr umsetzbar. Die Ressorts wurden darum gebeten, eine gendergerechte Umsetzung aller Bremen-Fonds-Maßnahmen verstärkt sicherzustellen. Um dies zu gewährleisten, werden die Orientierungsfragen aus dem sogenannten »Gender-Check« (Formular ursprünglich für die langfristig wirksamen Maßnahmen) seit Februar 2022 für alle Bremen-Fonds-Maßnahmen in das Antragsformular beim bestehenden Prüffeld »Darstellung der Betroffenheit der Geschlechter« integriert.

Der Senat hat schließlich am 8. März 2022 einen Beschluss zu weiteren langfristig wirksamen Maßnahmen des Bremen-Fonds getroffen; dabei sind diverse Maßnahmen mit positiven Gleichstellungswirkungen (unter anderem Täterarbeit und Opferhilfe, Familiencard, Landesaktionsplan Alleinerziehende) enthalten.

Aus Sicht der ZGF verlief das Verfahren, beim Aufsetzen des Bremen-Fonds Gleichstellungsaspekte zu berücksichtigen und -ziele zu erreichen, musterhaft. Allen Beteiligten war die Wichtigkeit dieser Aspekte bewusst, die Zusammenarbeit war sehr konstruktiv und das Ergebnis – unter anderem der Gender-Check im Rahmen des Vergabe-Verfahrens – bundesweit vorbildlich. In dem folgenden Vergabeverfahren hätte sich die ZGF gleichwohl neben den bewilligten Maßnahmen mit positiver Gleichstellungswirkung noch deutlich mehr Anträge und in der Folge Maßnahmen mit dieser Wirkung gewünscht.

Ansprechpartnerin für die Frauenbeauftragten des öffentlichen Dienstes

Am 18. März 2020 fanden die Wahlen für die Frauenbeauftragten und ihre Stellvertreterinnen in den Dienststellen des Landes Bremen statt. Sie finden in jeder Dienststelle, in der ein Personalrat oder ein Richterrat zu wählen ist, alle vier Jahre zeitgleich mit den Personalrats- oder Richterratswahlen statt. Das Juristinnen-Team der ZGF stand den Dienststellen als Ansprechpartnerin bei Ver-

fahrensfragen zur Wahl zur Verfügung.

Um eine reibungslose Durchführung des Wahlverfahrens zu gewährleisten, wurden die Wahlvorständ*innen im Januar 2020 von der ZGF in Kooperation mit dem Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ) geschult. Auch am Schulungsangebot für die neu gewählten Frauenbeauftragten beteiligte sich die ZGF.

Direkt oder über den Arbeitskreis Frauenbeauftragte des Gesamtpersonalrats und den Arbeitskreis Frauenbeauftragte Bremerhaven ist die ZGF für konkrete Fragen der Frauenbeauftragten zu ihren Aufgabenbereichen ansprechbar und beratend tätig. So gab es im Berichtszeitraum unter anderem Anfragen zu den Themen Beförderungen, Elternzeit und mobiles Arbeiten.



Widersprüche der Frauenbeauftragten



»BEABSICHTIGT DAS ZUSTÄNDIGE SENATSMITGLIED DEM WIDERSPRUCH NICHT ABZUHelfEN, IST DIESES GEGENÜBER DER LANDESBEAUFTRAGTEN FÜR DIE VERWIRKLICHUNG DER GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAU SCHRIFTLICH ZU BEGRÜNDEn. DIESE KANN SICH BINNEN ZWEI WOCHEN ÄUSSERN.«

§13 Absatz 2 Satz 3 und 4 Bremisches Landesgleichstellungsgesetz

Mehrfach wurde die ZGF über Widersprüche der Frauenbeauftragten der Dienststellen oder Mehrheitsgesellschaften des Landes Bremen wegen eines möglichen Verstoßes gegen Vorschriften des Landesgleichstellungsgesetzes in Kenntnis gesetzt. In den Fällen, in denen ein Widerspruch der Frauenbeauftragten erhoben wird, das zuständige Senatsmitglied nicht Abhilfe geschaffen hat und dies gegenüber der Landesfrauenbeauftragten begründet wurde, hat die Landesfrauenbeauftragte von ihrem Recht auf Stellungnahme Gebrauch gemacht.

Prüfung von Senatsvorlagen

Durch eine Genderprüfung sollen konkrete geschlechtsbezogene Sachverhalte und Handlungsbedarfe auf den ersten Blick erkenntlich werden. Die ZGF prüft alle Senatsvorlagen dahingehend, ob deren Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frauen von den fachlich zuständigen Ressorts richtig erkannt und eingeschätzt werden. Zu ausgewählten Vorlagen äußert sich die ZGF auch inhaltlich und wirkt zum Beispiel darauf hin, dass geschlechterbezogene Daten erhoben oder Inhalte in Bezug auf ihre geschlechtsspezifische Relevanz dargestellt werden. Zudem prüft die ZGF ausgewählte Vorhaben des Bundes und gibt, bei einer Mitwirkung des Senats, Stellungnahmen ab. Die Prüfung erfolgt dabei zum Teil bereits im frühen Vorbereitungsstadium durch fachliche Beteiligung, beispielsweise über Arbeitsgruppen der Gleichstellungsminister*innen Konferenz (GFMK), zum Teil auch kurzfristig im Vorfeld der Vorbereitungen zur Staatsrät*innen-Konferenz.

Bei den Vorbereitungen erfolgen in der Regel keine inhaltlichen Anmerkungen, sondern Anregungen zu den in den Senatsvorlagen bereits enthaltenen Genderprüfungen.

Queerpolitischer Beirat

Die ZGF setzt sich für den Schutz und die Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt ein. So nimmt sie als ständiger Gast regelmäßig an den Sitzungen des Queerpolitischen Beirats teil. Aufgabe des Beirats ist die inhaltliche Umsetzung des Aktionsplans gegen Homo-, Trans*- und Interphobie des Landes Bremens. Für diese Aufgabe sowie für weitere queerpolitische Vorhaben fungiert der Beirat als beratende und unterstützende Instanz und kann darüber hinaus Empfehlungen aussprechen. Der Beirat ist bei der Senatorin für Soziales angesiedelt, seine konstituierende Sitzung fand am 21. Februar 2020 statt.

Sexismus und Rassismus bei der Bremer Feuerwehr

Ende des Jahres 2020 wurden Sexismus- und Rassismus-Vorfälle bei der Bremer Feuerwehr öffentlich bekannt. Im Mai 2021 legte die daraufhin vom Innenressort eingesetzte Sonderermittlerin Karen Buse ihren Abschlussbericht »Rassismus, Rechtsextremismus und Sexismus in der Feuerwehr Bremen?« vor. Der Sonderbericht belegt, dass aufgrund erheblicher Defizite im Führungsverhalten rassistischem und sexistischem Verhalten nicht im erforderlichen Maß entgegengetreten wurde. Die ZGF hat damals angemahnt, dass die Vorgänge schnell, transparent und lückenlos aufgeklärt werden und auf personeller sowie institutioneller Ebene Konsequenzen folgen. Die ZGF beobachtet zudem weiterhin die Umsetzung des eingeleiteten Reformprozesses in der Feuerwehr Bremen. Besonders wichtig sind der ZGF dabei die systematische Analyse des Beurteilungswesens und dessen Anwendung sowie Maßnahmen zur Veränderung der Führungskultur, wie beispielsweise ein für alle Führungskräfte verpflichtendes Fortbildungskonzept zu den Themen Sexismus, Rassismus und geschlechtersensibles Führen.



»DER BERICHT DER SONDER-ERMITTLERIN HAT GRUNDSÄTZLICHE UND TEILWEISE STRUKTURELLE PROBLEME MIT SEXISMUS OFFENGELEGT. DIESE REICHEN VON SEXISTISCHEN SPRÜCHEN BIS HIN ZU SEXUELLEN VORFÄLLEN, NACH DENEN DIE TÄTER, AUCH DURCH VORGESETZTE, GESCHÜTZT WURDEN.«

Der Senator für Inneres, Bericht zu den erfolgten und bevorstehenden Reformschritten in der Feuerwehr Bremen – Neufassung, Juni 2021

Ausblick

Ein Arbeitsschwerpunkt im Bereich öffentlicher Dienst ist für die ZGF im Jahr 2022 die Erstellung des 6. Fortschrittsbericht Gender Mainstreaming. Der Bericht wird neben dem Umsetzungsstand in den Ressorts insbesondere auch die Gender Budgeting-Prozesse im Rahmen des Bremen-Fonds und die Schnittstellen zwischen Gender Mainstreaming und Diversity Management in Bremen berücksichtigen.

Handlungsbedarfe

GENDER BUDGETING

Um allen Geschlechtern den gleichen Zugang zu öffentlichen Haushaltsmitteln zu ermöglichen, setzt sich die ZGF für ein Gender Budgeting bei den Haushaltsplanungen ein. Damit das Gender Budgeting in der Bremer Verwaltung flächendeckend angewandt werden kann, sind Fortbildungen hierzu notwendig. Für Führungskräfte aller Ressorts empfiehlt die ZGF diese Fortbildungen als verpflichtend sowie die Anwendung des vom Senator für Finanzen herausgegebenen Kursbuchs »Gleichstellungsorientierte Haushaltssteuerung Gender Budgeting«.

GLEICHSTELLUNGS-CHECK BEI ALLEN GESETZESVORHABEN

Bisher braucht in der Begründung von Gesetzesvorhaben im Land Bremen keine genderspezifische Prüfung des Gesetzes aufgenommen zu werden. Um diese Lücke zu schließen, schlägt die ZGF einen Gleichstellungs-Check bei allen Bremischen Gesetzgebungsverfahren vor.



Gremienarbeit

LAND BREMEN

Arbeitskreis der Frauenbeauftragten beim Gesamtpersonalrat, ständiger Gast

Ressortübergreifende Arbeitsgruppe der Genderbeauftragten, Federführung mit Senator für Finanzen

Queerpolitischer Beirat, ständiger Gast

BREMERHAVEN

Arbeitskreis der Frauenbeauftragten des Magistrats

Arbeitskreis Frauenbeauftragte nach LGG, Federführung



Sexistische Werbung

40 40 Jahre
40 Stimmen

»Hey Baby,
hallo Süße –

mich ärgert, dass Frauen
solche und ähnliche
Sprüche immer noch
hinterhergerufen
werden.«

*Anne, 23 Jahre,
Studentin*



Sexistische Werbung

Sex sells? Von wegen. Sexistische Werbung ist nicht mehr zeitgemäß. Seit 2017 gibt es in Bremen eine Handhabe gegen solche Werbung auf öffentlichen Werbeflächen. Bürger*innen können sich mit Beschwerden über anstößige Motive an die Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) wenden.

Die prüft den Sachverhalt und gibt ihre Einschätzung an die für die Fläche zuständige Fachbehörde weiter, die das Entfernen der Werbung veranlassen kann. Im Berichtszeitraum gingen bei der ZGF 16 Beschwerden zu sexistischer Werbung ein. Im Vergleich zum vorherigen Berichtszeitraum waren die Beschwerdezahlen in den Jahren 2020/21 rückläufig. Die beanstandete Werbung stammte meist von kleineren

Handwerksunternehmen, die ihre Werbung vermehrt digital schalteten. Zu Plakaten oder diskriminierender Werbung in Prospekten sowie zu Fahrzeugwerbung gingen vereinzelt Beschwerden ein. Die folgenden Beispiele geben einen Eindruck zu Motiven, Handhabe und Vorgehen.



Plakatwerbung einer Kfz-Werkstatt

Erfolgreich gegen sexistische Werbung

Nach Eingang einer Beschwerde bei der ZGF im Februar 2020 konnte ein Verfahren angestoßen werden, um die zweite Schaltung des sexistischen Werbemotives (siehe Abbildung links) einer Bremer Kfz-Werkstatt zu unterbinden. Jedoch plakatierte das gleiche Unternehmen im März 2021 ein weiteres sexistisches Werbemotiv. Nach einer Beschwerde bei der ZGF wurde dessen Abhängung zügig veranlasst.



Werbung eines Dienstleistungsanbieters auf einem Anhänger

Ohne Handhabe

Im Sommer 2020 gingen bei der ZGF gleich drei Beschwerden zu einem Werbemotiv eines Dienstleistungsunternehmens (siehe Abbildung rechts) ein. Da sich die Werbung auf einem privaten Anhänger befindet, entzieht sie sich der Handhabe durch das Land Bremen. Das Land und die Stadtgemeinde Bremen haben nur Einfluss auf Werbeflächen, die sie an Unternehmen vermieten, nicht aber auf private Werbeflächen. Ein Problem bleibt auch sexistische Werbung im Internet.

Gesundheit

40 40 Jahre
40 Stimmen

»Schwangerschaftsabbrüche lassen sich nicht durch Verbote verhindern! Sie müssen daher entkriminalisiert werden. Im 21. Jahrhundert ist es überfällig, dass sichere Schwangerschaftsabbrüche endlich Teil der Gesundheitsversorgung in Deutschland werden.«

*Lea Pawlik, 37 Jahre,
Landesgeschäftsführung
profamilia Bremen*



Gesundheit

Bei der ärztlichen Behandlung, der Arzneimittelentwicklung und der Gesundheitsforschung muss eine geschlechterspezifische Perspektive stärker berücksichtigt werden. Häufig ist noch immer der Mann die Norm.

Zwar müssen medizinische Studien gesetzlich seit 2011 auf beide Geschlechter ausgerichtet sein, bei Herz-Kreislauf-Studien beispielsweise sind Frauen jedoch immer noch stark unterrepräsentiert. Neben der Patient*innen-Perspektive ist für die Arbeit der Zentralstelle der Landesfrauenbeauftragten (ZGF) zudem die Situation von Beschäftigten im Gesundheits- und Pflegewesen relevant: Ein großer Anteil von ihnen sind Frauen. Der Fokus der Arbeit der ZGF lag im Berichtszeitraum dabei auf einer geschlechtersensiblen Digitalisierung im Gesundheitswesen sowie auf den spezifischen Bedarfen von Frauen während der Corona-Pandemie.

Ein weiteres Arbeitsfeld ist die Frauengesundheit. Hier lag der Schwerpunkt auf der Umsetzung des nationalen Gesundheitszieles »Gesundheit rund um die Geburt« im Land Bremen, der Sicherstellung der reproduktiven Rechte von Schwangeren, der kritischen Auseinandersetzung mit der Kassenübernahme eines Pränataldiagnostik-Verfahrens sowie der Verbesserung von Versorgungsangeboten von Gewaltbetroffenen.

Geschlechtersensible Digitalisierung im Gesundheitswesen

Der digitale Wandel verändert das Gesundheitssystem grundlegend. Betroffen sind nicht nur Patient*innen bei Versorgung, Diagnostik, Therapie und Rehabilitation, sondern auch die im Gesundheitswesen Beschäftigten. Dies sind, abgesehen von der Ärzteschaft, überwiegend Frauen.

Obwohl die Berücksichtigung des Geschlechts für eine gute Gesundheitsversorgung maßgeblich ist, werden gendersensible Perspektiven oftmals bei der Entwicklung, Implementierung und bei der Evaluierung von digitalen Neuerungen und Maßnahmen nicht berücksichtigt. Die ZGF ist daher kritische Begleiterin des digitalen Wandels im Gesundheitswesen.

So fand beispielsweise im Sommer 2021 in dem von der ZGF geleiteten Forum Frauengesundheit eine Veranstaltung mit einem Fachvortrag von Hande Gencer vom Leibniz-Institut Präventionsforschung und Epidemiologie (BIPS) statt. Vortrag und Diskussion befassten sich mit dem Konzept der partizipativen Gestaltung digitaler Technologien, um deren Nutzbarkeit für die jeweiligen Zielgruppen zu verbessern.

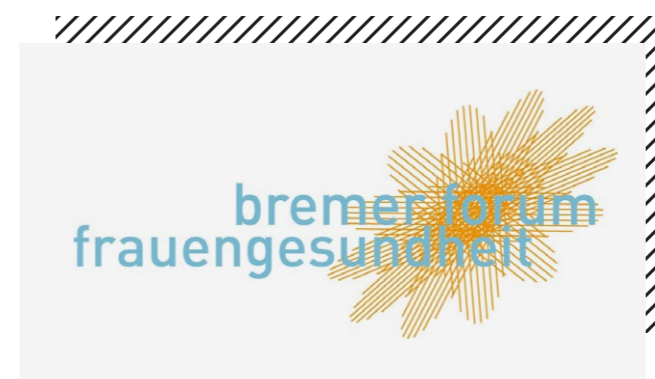
Bei einem von der ZGF durchgeführten Workshop bei der Fachtagung »Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel« im September 2021 (siehe Seite 53) diskutierten die Teilnehmenden Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung für die Frauengesundheit und formulierten Handlungsmöglichkeiten für eine geschlechtersensible Technikgestaltung im Gesundheitswesen.

Gesundheit von Frauen während der Corona-Pandemie

Der Bereich Gesundheit wurde im Berichtszeitraum maßgeblich durch die Corona-Pandemie geprägt. Das Bremer Forum Frauengesundheit erhob daher zum einen die Arbeitssituationen von Beschäftigten unter anderem in den Bereichen Pflege, in der Schwangerschaftsberatung sowie in der aufsuchenden Arbeit von zum Beispiel drogenkonsumierenden Frauen. Zum anderen wurde die gesundheitliche und psychosoziale Versorgung von Frauen während der Pandemie analysiert.

Dabei wurde deutlich: Corona betrifft auch im Bereich der Frauengesundheit insbesondere Frauen aus einkommensschwachen Haushalten, zum Beispiel durch pandemiebedingt deutlich erschwerte Zugänge zu Gesundheitseinrichtungen und -angeboten. Ein Arbeitskreis des Bremer Forums Frauengesundheit unter Federführung der ZGF entwickelte, basierend auf den Auswirkungen der Corona-Krise, Handlungsempfehlungen: So benötigt der Gesundheitsbereich auch zukünftig den Ausbau niedrigschwelliger und quartiersnaher Angebote, wobei zukünftige Gesundheitsmaßnahmen nicht nur am individuellen Verhalten ansetzen dürfen. Vielmehr müssen die strukturellen Bedingungen für Teilhabe und Gesundheit in den Blick genommen und verbessert werden.

Bremer Forum Frauengesundheit – eine gesundheitspolitische Institution in Bremen



Logo des Bremer Forums Frauengesundheit

Das Bremer Forum Frauengesundheit wird von der ZGF seit 29 Jahren geleitet und koordiniert. Das Forum versteht sich als Politikberatung. Dabei trägt es Themen sowie Lösungsansätze von der Praxis in die Verwaltung und Politik. Aktuell sind fachübergreifend 48 Institutionen im Bremer Forum Frauengesundheit vertreten: Fach- und Berufsverbände, Frauen-, Mädchen- und Bildungseinrichtungen, Beratungsstellen, Krankenkassen, Kammern und Behörden, psychologische Dienste sowie Sozial- und Pflegedienste verschiedener Kliniken. Vierzehn unabhängige Expertinnen unterstützen das Netzwerk. Im Berichtszeitraum fanden fünf Treffen des Forums statt, dabei standen unter anderem Themen wie die Belastungen durch die Corona-Pandemie, die Entwicklung einer App zur Entlastung pflegender Angehöriger sowie das Thema Pränataldiagnostik im Fokus.

Es bestehen zudem kontinuierliche Arbeitskreise, die regelmäßig über ihre Projekte im Forum berichten. Aktuell tagen Arbeitsgruppen unter anderem zu den Themenfeldern Pflege, Frauen und Sucht, Geburtshilfe sowie Gesundheitsversorgung für geflüchtete Frauen. Während der ersten Corona-Wellen bildete sich eine Interims-Arbeitsgruppe zu den Implikationen der Corona-Pandemie auf die Frauengesundheit.

Bremerhaven: Forum Frauen und Gesundheit

Das Forum Frauen und Gesundheit Bremerhaven in Trägerschaft des Paritätischen wurde mit Unterstützung der ZGF Bremerhaven gegründet und findet seit dem Jahr 2005 statt. Ebenso wie in der Stadt Bremen tauschen sich hier Fachfrauen aus den Arbeitsbereichen Frauen und Gesundheit zu frauen- und gesundheitsrelevanten Fragestellungen aus und informieren die Öffentlichkeit. Die Teilnehmer*innen des Forums kommen aus Politik, Wohlfahrtsverbänden, Magistrat, Beratungsstellen und medizinischen Bereichen. Finanziell unterstützt wird das Forum Frauen und Gesundheit durch das Gesundheitsamt der Seestadt. Das Bremerhavener Forum Frauen und Gesundheit befasste sich im Jahr 2020 mit Engpässen in der Schwangerenberatung, für die in der Folge zusätzliche Ressourcen zur Verfügung gestellt wurden. Das Forum arbeitete im Berichtszeitraum unter anderem auch zu den Themen Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen in Bremerhaven sowie Kostenübernahme von Verhütungsmitteln für Frauen mit geringem Einkommen.

Geburtshilfe im Land Bremen verbessern

In der Zeit rund um die Geburt werden wichtige Weichen für die Gesundheit von Kindern und ihren Familien gestellt. Viele Berufsgruppen können einen Beitrag dazu leisten, Eltern und ihre Kinder in dieser Lebensphase zu unterstützen. In der Praxis bestehen hier jedoch häufig Probleme: die berufsübergreifende Zusammenarbeit stößt schnell an ihre Grenzen, die Kaiserschnittraten gelten in vielen Kliniken als zu hoch und die Hebammenversorgung ist nicht für alle Mütter und ihre Kinder gesichert.

Ein Fachtag im Jahr 2019 widmete sich den spezifischen Gegebenheiten der Geburtshilfe im Land Bremen und eruierte Handlungsbedarfe mit Blick auf die Umsetzung des nationalen Gesundheitsziels »Gesundheit rund um die Geburt« auf Landesebene. 2021 konnten auf dieser Grundlage mit einem Empfehlungspapier der Initiativgruppe des »Bremer Bündnis natürliche Geburt«, der ZGF und der Landesvereinigung für Gesundheit und Akademie für Sozialmedizin Niedersachsen e.V. Impulse für eine Verbesserung der Situation im Land Bremen vorgelegt werden.

Außerdem wurde im Land Bremen mit der Akademisierung der Hebammenausbildung ein Meilenstein auf dem Weg zur langfristigen Senkung des Fachkräftemangels in der Geburtshilfe gesetzt. Die ZGF legte in diesem Zusammenhang eine Stellungnahme zur Hebammenausführungsverordnung (HebAusfV) vor.

Sicherstellung reproduktiver Rechte



»EINE KOMPETENTE, WOHNORT-NAHE MEDIZINISCHE VERSORGUNG ZUM SCHWANGERSCHAFTSABBRUCH MUSS ALLERORTS GESICHERT SEIN!«

Bettina Wilhelm,
Landesfrauenbeauftragte

Ungewollt schwangere Frauen haben ein Recht auf ein umfassendes Beratungsangebot zu Schwangerschaftsabbrüchen. Zudem sind die Bundesländer angehalten, ausreichend ambulante und stationäre Einrichtungen für Schwangerschaftsabbrüchen zu gewährleisten (§13 Absatz 2 SchKG).

Die Realität ist insbesondere in Bremerhaven eine andere: Hier existieren nur wenige Einrichtungen, in denen Schwangerschaftsabbrüche möglich sind. Für ungewollt Schwangere schränkt das den Zugang als auch die freie Wahl der Methode ein. Zurzeit müssen sie deshalb lange Wege auf sich nehmen. Die ZGF setzt sich in Absprache mit der Senatorin für Gesundheit und dem Magistrat Bremerhaven für ein besseres Angebot vor Ort ein.

Für eine langfristige Lösung dieser Versorgungslücke legte das Bremer Forum Frauengesundheit im Rahmen seiner Mitgliedschaft beim Nationalen Netzwerk Frauen und Gesundheit Wahlprüfsteine für die Bundestagswahl 2021 vor und beteiligte sich im August 2021 an der Abschlusserklärung des Fachkongresses »150 Jahre §218«.

Insbesondere der Paragraf 219a des Strafbgesetzbuches war Kritikpunkt eines Antrags bei der Gleichstellungsminister*innenkonferenz

(GFMK) im Juni 2021. Hier arbeitete die ZGF im Rahmen eines Votums der Bremer Senatorin für Gesundheit inhaltlich zu und setzte sich für die Gewährleistung der Verfügbarkeit niedrigschwelliger Informationen zu Schwangerschaftsabbrüchen ein.

Gesundheitsversorgung von Frauen mit Behinderungen & Pränataldiagnostik

Die Gesundheitsversorgung von Frauen mit Behinderungen ist seit langem ein Thema der ZGF. Die im Jahr 2011 in der Stadt Bremen eröffnete erste Ambulanz zur gynäkologischen Versorgung mobilitätseingeschränkter Frauen geht beispielsweise auf die Vorarbeit des Bremer Forums Frauengesundheit zurück. Anlässlich der Umstrukturierungen am Klinikum Bremen-Mitte bildete sich 2021 erneut eine Arbeitsgruppe, unter anderem in Kooperation mit dem Landesbehindertenbeauftragten sowie mit Praktiker*innen und Aktivist*innen, die sich für eine Optimierung der Versorgung von Frauen mit Behinderungen einsetzen. Zudem war die ZGF in die Arbeitsgemeinschaft Gesundheit und Pflege des Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN Behindertenrechtskonvention eingebunden.

Behinderung und Frauengesundheit war im Jahr 2021 Thema, da der Gemeinsame Bundesausschuss 2019 beschlossen hatte, dass der nicht-invasive Pränataltest (NIPT) ab Sommer 2022 Kassenleistung wird. Es handelt sich um einen Bluttest, durch den Schwangere einen Hinweis darauf erhalten, ob ihr zukünftiges Kind ein Risiko trägt, bestimmte Trisomie-Arten zu haben. Gegen diese Kassenzulassung gibt es ethische Bedenken, zudem ist die Aussagekraft des Tests gerade bei jüngeren Frauen eingeschränkt. Positive Befunde wiederum setzen Schwangere unter Druck, sich in kurzer Zeit

für oder gegen das Leben mit einem Kind mit Behinderungen entscheiden zu müssen. Im Bremer Forum Frauengesundheit wurde das Thema im November 2021 mit Vorträgen und Diskussionen aufgegriffen.

Gesundheitsversorgung für geflüchtete Frauen

Frauen sind auf der Flucht spezifischen Menschenrechtsverletzungen und Gewalterfahrungen ausgesetzt, die eine angemessene medizinische und psychotherapeutische Unterstützung erforderlich machen können. Die ZGF gründete bereits im Mai 2015 den Arbeitskreis Gesundheitsversorgung geflüchteter Frauen in Bremen, um Verbesserungen für ihre gesundheitliche Versorgung zu erreichen. Der Arbeitskreis bringt Fachfrauen aus mehr als 20 Institutionen – beispielsweise Landesverbände von Gynäkolog*innen und Hebammen, Gesundheitsamt, Psychotherapeuten und Ärztekammer, Beratungsstellen, Geburtskliniken, Kinderärztinnen, Leitungen aus Unterkünften – zusammen.

Zu den vordringlichen Problemen im Berichtszeitraum zählte die Unterbringung von Hochschwangeren und Frauen mit Neugeborenen in der zentralen Aufnahmestelle sowie in den Übergangwohnheimen in Bremen. Durch die Seuchenschutzmaßnahmen unter Corona verkomplizierte sich die Versorgung der Schwangeren und jungen Müttern weiter. Gleich mehrfach belastet waren Frauen aus afrikanischen Ländern durch Rassismus-Erfahrungen, schlechteren Zugang zu Ausbildung, Arbeits- und Wohnungsmarkt sowie in einigen Fällen Verdacht auf Menschenhandel.

Ein strukturelles Problem zeigt sich im gesamten Gesundheitswesen und in Beratungsstellen im Hinblick auf das Fehlen von Dolmetscherdiensten. Vor allem im Zusammenhang mit der Pflicht zur Aufklärung bei medizinischen Interventionen, bei psychischen Erkrankungen, Traumatisierungen und Anzeichen von Gewalterfahrungen ist dies als dramatisch einzustufen.

Aufbau einer zentralen Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte

Auf der Grundlage des Bürgerschaftsbeschlusses zur Einrichtung einer Gewaltschutzambulanz (GSA) im Land Bremen im Jahr 2019 befasste sich die ZGF in Kooperation mit der Senatorin für Frauen mit der Konzeptionierung eines passgenauen Angebots für das Land Bremen. Im Berichtszeitraum wurden deshalb qualitative Interviews mit vergleichbaren Einrichtungen in anderen Bundesländern geführt, eine Dokumentenanalyse erstellt sowie eine Bestandsaufnahme im Land Bremen vorgenommen.

Das daraus entstandene, bisher bundesweit einzigartige Konzept sieht eine Gewaltschutzambulanz für die Bereiche häusliche sowie sexuelle Gewalt vor. Die GSA soll die Expertise unterschiedlicher medizinischer Bereiche bündeln und eine dezentrale anonyme und vertrauliche Spurensicherung für sexualisierte sowie häusliche Gewalt vorhalten. Im Mai 2021 erging der einstimmige Beschluss zur Implementierung einer GSA am Klinikum Bremen-Mitte (KBM), die voraussichtlich im Jahr 2024 eröffnen kann. In Bremerhaven soll ein Angebot der GSA vor Ort geschaffen werden.

Ausblick

Eine nachhaltige Verbesserung der Gesundheitsversorgung erfordert einen kontinuierlichen Prozess. Entsprechend setzt die ZGF in den folgenden Jahren die Arbeit zu den oben genannten Themenfeldern fort. Ein Schwerpunkt wird dabei der Aufbau der Gewaltschutzambulanz am Klinikum Bremen-Mitte sein. Die ZGF ist in Abstimmung mit der Senatorin für Gesundheit mit der Einrichtung einer Steuerungsgruppe und der Begleitung der Koordinierungsstelle zur Einrichtung der GSA betraut. Als Mitglied im Beirat »Gesundheit rund um die Geburt« wird sich die ZGF zudem für eine Koordinierungsstelle zur Umsetzung des Handlungsleitfadens einsetzen.

Handlungsbedarfe

FRAUENGESUNDHEIT: IMPLIKATIONEN DER CORONA- PANDEMIE BERÜCKSICHTIGEN

Die kurz- und langfristigen gesundheitlichen Folgen der Corona-Pandemie auf Frauen und Mädchen sollten nach Meinung der ZGF erhoben und zielgenaue Maßnahmen entwickelt und implementiert werden. Neben Angeboten zu Gewaltschutz empfehlen sich auch Fördermaßnahmen für Frauen und Mädchen in den 14 WiN-Programmgebieten (WiN: Wohnen in Nachbarschaften) in Bremen und Bremerhaven, wie beispielsweise Bildungs- und Sozialangebote sowie Gesundheits- und Bewegungsförderung.

DAUERHAFTE FINANZIERUNG DER GEWALTSCHUTZAMBULANZ IM LAND BREMEN

Die Gewaltschutzambulanz (GSA) ist eine der zentralen Maßnahmen im Landesaktionsplan gegen Gewalt an Frauen. Im nächsten Haushalt sind für eine Anschubfinanzierung der GSA finanzielle Mittel für die Jahre 2022 bis 2024 vorgesehen. Die ZGF befürwortet im Anschluss an die Anschubfinanzierung die Sicherstellung der dauerhaften Finanzierung der GSA.

ANGEBOT DER BARRIEREFREIEN GYNÄKOLOGISCHEN AMBULANZ VERBESSERN

Durch den Umzug der barrierefreien gynäkologischen Praxis innerhalb des Klinikums Bremen-Mitte, ist der barrierefreie Zugang eingeschränkt. Zudem gibt es personelle Engpässe. Um die Missstände zu beheben, sollte noch im Jahr 2022 eine Begehung der Räumlichkeiten unter Einbezug der Expertise von »Stadtführer barrierefreies Bremen« erfolgen. Zudem sollten zusätzliche Ärzt*innen gefunden werden, die in der barrierefreien gynäkologischen Praxis Untersuchungen anbieten.

ABTREIBUNG: SICHERSTELLUNGS-AUFTRAG MUSS ERFÜLLT WERDEN

In Bremerhaven ist der Zugang zu Schwangerschaftsabbrüchen nicht ausreichend und nicht für alle Zielgruppen gegeben. Um dies mit Daten belegen zu können, rät die ZGF, die Nachfrage sowie die jeweiligen medizinischen Versorgungsangebote der Städte Bremen und Bremerhaven getrennt voneinander zu erheben und gegebenenfalls anschließend entsprechende Angebote in Bremerhaven zu schaffen. Außerdem müssen Schwangere zwischen verschiedenen Methoden zum Abbruch wählen können. Hierfür sollte auch eine telemedizinische Begleitung für medikamentöse Abbrüche gesetzlich verankert werden.





Gremienarbeit

LAND BREMEN

Bremer Forum
Frauengesundheit,
Leitung

Arbeitskreis Gesundheits-
versorgung geflüchteter
Frauen und Mädchen in
Bremen, Leitung

BREMERHAVEN

Forum Frauen und
Gesundheit Bremerhaven

BUNDESWEIT

Nationales Netzwerk
Frauen und Gesundheit



Veranstaltungen

»Geschlechtergerechtigkeit
im digitalen Wandel«, Fach-
forum bei der Fachtagung
»Female Empowerment statt
Gender Gap: Geschlechterge-
rechtigkeit im digitalen Wandel«
zu den Chancen und Heraus-
forderungen der Digitalisierung
für die Frauengesundheit
sowie Handlungsmöglichkeiten
für eine geschlechtersensible
Technikgestaltung im Gesund-
heitswesen, 7. Oktober 2021



Veröffent- lichungen

»Gesundheit rund um
die Geburt in Bremen«,
Broschüre zu Handlungsfeldern
für die weitere Umsetzung des
Nationalen Gesundheitsziels.
Herausgegeben von der
Landesvereinigung für Gesund-
heit und Akademie für Sozial-
medizin Niedersachsen e.V.,
2021



Wissenschaft

40 40 Jahre
40 Stimmen



*Prof. Dr. Antje Boetius, 54 Jahre,
Direktorin des Alfred-Wegener-Instituts*

»Internationalität und Diversität in der Wissenschaft sind ein Qualitätsmerkmal. Gender bleibt dabei ein wichtiges Thema. Nach der Promotion schwindet der Frauenanteil in Führungspositionen stark, in der Wissenschaft wie auch in Unternehmen. Es bleibt für Chancengleichheit viel zu tun.«

Wissenschaft

Grundlage für eine Gleichstellung aller Geschlechter ist eine klischeefreie Studienwahl. Junge Frauen entscheiden sich jedoch häufig für vermeintlich »typisch weibliche« Studienfächer. In den Bereichen Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik (MINT) sind nur 31 Prozent der Studierenden weiblich.

Mit 66 Prozent ist der Frauenanteil hingegen in den Geistes- und Sozialwissenschaften vergleichsweise hoch. Auch besetzen Frauen an den Universitäten verhältnismäßig selten Spitzenpositionen. Während der Frauenanteil bei den Studierenden an der Universität Bremen im Jahr 2020 bei über 50 Prozent lag, gab es unter den Professor*innen nur 30 Prozent Frauen. Die Zentralstelle der Landes-

frauenbeauftragten (ZGF) engagiert sich daher für die Förderung von Frauen in MINT-Fächern und für bessere Karriereöglichkeiten von Frauen an den Bremischen Hochschulen. Einer ihrer Arbeitsschwerpunkte im Fachbereich Wissenschaft liegt daher auf dem von der ZGF mitinitiierten Projekt »Bremer Genderoffensive Hochschulen«.





Veranstaltung bei der »Informatica Feminale«, Foto: ©Kompetenzzentrum Frauen in Naturwissenschaft und Technik an der Universität Bremen.

Bremer Genderoffensive Hochschulen

Mit ihren Stellungnahmen zum Wissenschaftsplan 2025 sowie zum fünften Hochschulreformgesetz setzte die ZGF wichtige Impulse. Bereits im Jahr 2018 war es der ZGF gelungen, die von ihr eingebrachte »Bremer Genderoffensive Hochschulen« im Wissenschaftsplan 2025 festzuschreiben. Ziel der Offensive ist es, Frauenförderung an den Hochschulen weiter voranzubringen und die Geschlechterforschung zu stärken.

Seit September 2021 nimmt die ZGF in Vorbereitung der Genderoffensive regelmäßig an dem von der Senatorin für Wissenschaft und Häfen organisierten Austausch mit der Landeskonferenz der Hochschulfrauenbeauftragten sowie dem Referat Chancengleichheit/Antidiskriminierung der Universität Bremen teil. Dabei wurden drei Handlungsfelder identifiziert, mit denen sich die Offensive ab dem Jahr 2023 befassen wird: Berufungs- und Auswahlverfahren, Positionierung von Gender- und Diversitypolicies zueinander sowie Geschlechtergleichstellung im MINT-Bereich.

Um Klischees bei der Wahl der Studienfächer abzubauen, adressiert die ZGF zum einen mit dem Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees« (Details dazu auf Seite 42 Kapitel Berufsorientierung, Abschnitt »Be oK«) zwölf- bis dreizehnjährige Jugendliche. Zum anderen unterstützt die ZGF das Kompetenzzentrum an der Bremer Universität, eine gemeinsame Einrichtung von allen naturwissenschaftlich-technischen Fachbereichen, die die Teilhabe von Frauen in MINT-Studiengängen verbessern will. So beteiligt sich die ZGF mit inhaltlichen Beiträgen an Initiativen wie der »Informatica Feminale«, einer internationalen Sommeruniversität für Frauen in der Informatik.

Berufungsverfahren von Professor*innen

In der Führungsebene im Wissenschaftsbereich ist die Gleichberechtigung der Geschlechter keineswegs erreicht: Der Anteil von Frauen an den Professuren liegt in den Berichtsjahren im Land Bremen pro Hochschule unterhalb eines Drittels. Bei der Universität Bremen beispielsweise nur bei 30 Prozent. Die im Jahr 2019 erfolgte Über-

tragung des Berufsrechts der zuständigen Senatorin für Wissenschaft an die Bremer Hochschulen war mit dem Anspruch verbunden, die Anforderungen der gleichstellungspolitischen Zielsetzungen bei dem Verfahren zu berücksichtigen, beispielsweise durch die Erhöhung des Anteils von Professorinnen.

Berufungsverfahren sind finanziell, wissenschaftlich und wissenschaftspolitisch von erheblicher Bedeutung für die Erhöhung des Anteils von Professorinnen. Im Wissenschaftsplan 2025 ist daher der Nachweis eines professionellen Berufungsmanagements sowie einer Qualitätssicherung festgeschrieben. Das beinhaltet auch die Implementierung von gender- und diversitätsgerechten Qualitätsstandards im gesamten Auswahlverfahren. Um deren tatsächliche Umsetzung zu stärken, begleitete die ZGF im Jahr 2021 Berufungsverfahren beispielsweise in den Rechtswissenschaften. Berufen wurden hier zwei Professorinnen und beide Stellenprofile sehen explizit die Lehre und Forschung zu Geschlechteraspekten vor.

Gender-Medicine muss ins Curriculum des Medizinstudiums

Der Grundstein für die Verankerung geschlechtergerechter Perspektiven in der Medizin muss bereits in der medizinischen Ausbildung gelegt werden. Auch wenn im Land Bremen kein Medizin-Studiengang vorhanden ist, setzt sich die ZGF dafür ein. Denn nur so können Forschung und Versorgung nachhaltig verbessert werden. In der Approbationsordnung steht ausdrücklich, dass bei der ärztlichen Ausbildung Grundkenntnisse in Gender Medicine vermittelt werden sollen. Wie konkret dieses Ziel umgesetzt wird, überlässt sie jedoch den Fakultäten. Hier gibt es allerdings noch große Defizite. Das zeigt ein vom Bundesministerium für Gesundheit finanziertes Gutachten: In rund 70 Prozent der medizinischen Fakultäten in Deutschland werden Medizinstudierende nur

punktuell in einzelnen Lehrveranstaltungen auf die Geschlechterunterschiede bei Krankheiten, Symptomen und Therapien aufmerksam gemacht.

Die ZGF hat in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe Frauenförderung in der Wissenschaft einen Antrag für die Integration der Gender-Medicine als obligatorisches Unterrichts- und Prüfungsfach für die Gleichstellungsminister*innenkonferenz (GFMK) im Jahr 2022 formuliert. Dieser zielt auf die Stärkung der Geschlechtersensibilität, die sich nach dem Studium durch die dann ausgebildeten Mediziner*innen in alle Bereiche der Gesundheitsversorgung durchsetzen soll. Dies ist für die Verbesserung der Versorgung von Frauen dringend notwendig, wie sich auch in der Versorgungslandschaft in Bremen zeigt.

Ausblick

Mit dem offiziellen Auftakt zur »Bremer Genderoffensive Hochschulen« wird im Jahr 2022 eine Veranstaltung ausgerichtet, zu der neben den Partner*innen der Dialoginitiative auch wissenschafts- und frauenpolitische Akteur*innen sowie die interessierte Öffentlichkeit eingeladen werden. Für eine verstärkte Gewinnung von Frauen für MINT-Studiengänge wird die ZGF mit dem Kompetenzzentrum Frauen in Naturwissenschaft und Technik kooperieren. Zudem wird sie sich zum 25-jährigen Bestehen der »Informatica Feminale« im Jahr 2022 am Jubiläumsprogramm beteiligen. Im Jahr 2022 findet die Evaluierung der Übertragung der Berufungsverfahren an die Hochschulen statt. Die ZGF wird sich in den Prozess aktiv einbringen. Zudem soll die Verankerung der Gender-Medicine im Medizinstudium durch einen Antrag, an deren Erstellung die ZGF beteiligt ist, bei der Gleichstellungsminister*innenkonferenz im Jahr 2022 erreicht werden.

Handlungsbedarfe

MEHR FRAUEN IN FÜHRUNGSPPOSITIONEN

Die Personalentwicklung von Frauen in Führungspositionen sollte aus Sicht der ZGF an den Bremer Hochschulen ausgebaut werden. Hierfür empfiehlt sich unter anderem die konsequente Anwendung der fachlichen Standards für Berufungsverfahren und diversitäts- und geschlechtergerechte Personalauswahl.

GLEICHSTELLUNG AN HOCHSCHULEN STÄRKEN

Die Frauenbeauftragten und die Geschlechtergleichstellungspolitik an den Hochschulen sollten gestärkt werden. Die ZGF schlägt hierfür eine konsequente Freistellung und Entlastung bei gleichzeitiger finanzieller Kompensation vor.

MEHR WEIBLICHE STUDIERENDE IN DEN MINT-FÄCHERN

Um langfristig einen höheren Anteil von weiblichen Studierenden zu erreichen, ist eine Frühförderung von Frauen und Mädchen zu empfehlen, zum Beispiel über den Ausbau von Schüler*innenangeboten wie Robotik-Kursen.

MINT-FÄCHER: LEHR- UND LERNBEDINGUNGEN FÜR FRAUEN VERBESSERN

Um die Lehr- und Lernbedingungen für Frauen in den MINT-Fächern an den Bremer Hochschulen zu verbessern, hält die ZGF ergänzende und fächerübergreifende Angebote wie die »Informatica Feminale« oder die Ingenieurinnen Sommeruni für sinnvoll. Die Veranstalterin, das Kompetenzzentrum Frauen in Naturwissenschaften und Technik der Universität Bremen, sollte mit einer angemessenen Ausstattung hierzu in die Lage versetzt werden.

GENDER STUDIES IN DEN FACHBEREICHEN STÄRKEN

Neben der expliziten Frauenförderung sollten zudem Geschlechterdimensionen in Lehre und Forschung ausgebaut werden. Dafür hält die ZGF die Stärkung der Gender Studies in den unterschiedlichen Fachbereichen für nötig.



Gremienarbeit

LAND BREMEN

Arbeitsgruppe zur »Bremer Genderoffensive Hochschulen«

BUNDESWEIT

Arbeitsgruppe »Frauenförderung in der Wissenschaft« der Gleichstellungsminister*innenkonferenz (GFMK)

Kultur & Gesellschaft

40 40 Jahre
40 Stimmen

»Warum gibt es eigentlich noch keine ZDF-Serie mit einer schwarzen Landärztin, die ihre Praxis in Mecklenburg-Vorpommern hat? Wie kann es sein, dass es für Mädchen mit schwarzer Hautfarbe immer noch schwieriger ist, einen höheren Schulabschluss zu bekommen? Es gibt immer noch Vorurteile und mir wird immer wieder gesagt, ich spräche aber gut deutsch. Ja klar, ich bin in Deutschland aufgewachsen und spreche gar keine andere Sprache!«

*Janina, 46 Jahre, Erzieherin
und systemische Therapeutin*



Kultur & Gesellschaft

Der Bereich Kultur & Gesellschaft ist bei der ZGF kein eigener Fachbereich, sondern wird als Querschnittsaufgabe von den Mitarbeiter*innen der ZGF betreut und bearbeitet. Dabei sind die Themen vielfältig: Von Kunstausstellung bis Literatur, von gendersensibler Sprache bis Intersektionalität.

Der Kulturbereich ist auch Arbeitsmarkt und alles andere als eine Nische: Nur der Maschinenbau und der Fahrzeugbau leisten in Deutschland einen größeren Beitrag zur Bruttowertschöpfung. Doch nicht nur aus arbeits-

politischer Perspektive ist Kultur für die Gleichstellung von Frauen wichtig. Literatur, Theater, Film und Medien können mit ihren Inhalten und Bildern Rollenklischees verfestigen oder aber aufbrechen.



Titelbild der Handreichung zur Gendersensiblen Sprache in der Bremer Verwaltung

Gendersensible Sprache

Es gibt mehr als zwei Geschlechter. Entsprechend wurde im Jahr 2018 das Personenstandsgesetz angepasst. Danach gibt es vier Optionen zum Eintrag der Geschlechtszugehörigkeit: männlich, weiblich, divers oder keine. Die ZGF erreichen viele Nachfragen zur Nutzung einer gendersensiblen Sprache, die alle Geschlechter berücksichtigt.

Für die ZGF selbst ist es wichtig, alle Menschen angemessen anzusprechen, da Sprache unser Bewusstsein formt sowie Werte und Normen ausdrückt. Mit dem generischen Maskulinum, also der männlichen Form, werden viele Menschen nicht angemessen angesprochen. Um neben weiblichen auch nicht-binäre Personen zu berücksichtigen, sollten sogenannte Gender-Sonderzeichen verwendet werden. Die ZGF empfiehlt das Gender-Sternchen oder den Gender-Doppelpunkt. Derzeit ist keines

der Gender-Sonderzeichen umfassend barrierefrei. Daher muss gelten, dass solche Zeichen verwendet werden, die die Zielgruppe am besten erreichen und repräsentieren. Die ZGF ist hierzu im Austausch mit dem Landesbehindertenbeauftragten von Bremen.

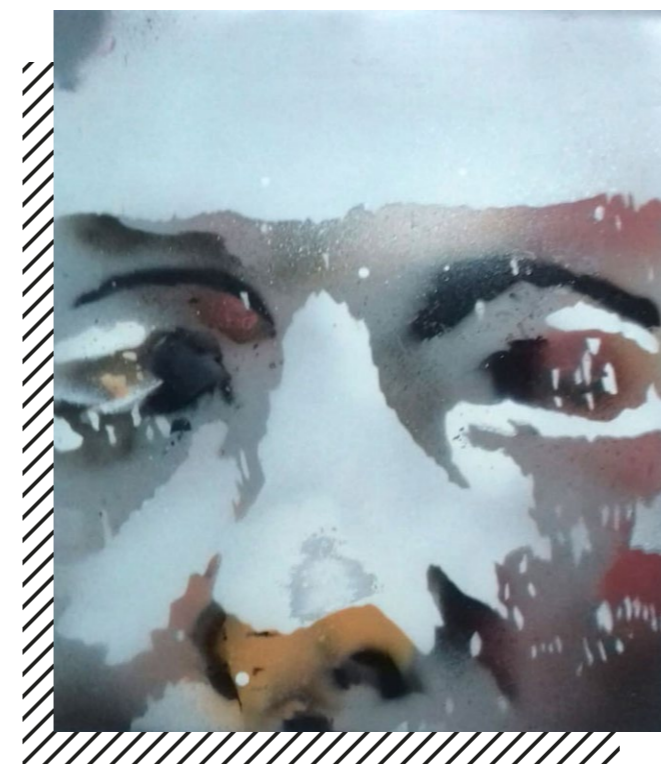
Die ZGF setzte sich seit langem dafür ein, dass es eine Orientierungshilfe für eine gendersensible Sprache in der Bremer Verwaltung gibt. Seit 2020 bietet die Handreichung gendersensible Sprache in der Bremer Verwaltung, herausgegeben vom Aus- und Fortbildungszentrum (AFZ), eine solche. Die ZGF beteiligte sich an der inhaltlichen Ausgestaltung der Publikation.

Intersektionalität

Benachteiligung geschieht auf unterschiedlichen Ebenen, die miteinander verwoben sind: Dies sind beispielweise Geschlecht, sexuelle Orientierung, Herkunft, Alter, Klasse, Behinderung, Religion. Deshalb ist die Geschlechterbrille nur eine von mehreren Perspektiven, um der Benachteiligung von Frauen zu begegnen. Vielmehr müssen vielschichtige soziale Ungleichheiten und bestehende Machtverhältnisse im frauenpolitischen Diskurs grundsätzlich mitgedacht und berücksichtigt werden. Die fachliche Arbeit der ZGF richtet sich nach diesem Grundsatz aus. Damit es gelingt, Intersektionalität besser in allen Bereichen der Behörde zu verankern und auch in der Zusammenarbeit mit Politik und Verwaltung zu vermitteln, tauschte sich die ZGF im April 2021 mit Prof. Dr. Nivedita Prasad aus. Sie ist Professorin für Handlungsmethoden und genderspezifische Soziale Arbeit an der Alice Solomon Hochschule Berlin. Ein zweiter Austausch erfolgte im Juli 2021 mit der Gender- und Kommunikationswissenschaftlerin Dr. Tanja Maier.

Kunstaussstellungen in der ZGF

Im Berichtszeitraum fand, wenn auch pandemiebedingt eingeschränkt, weiterhin das Format »Kunst in der Knochenhauerstraße« statt. In der Kunstreihe präsentiert das Bremer Frauenmuseum, das ohne eigene Räume ist, in der ZGF in der Knochenhauerstraße Bremer Künstlerinnen. Im Jahr 2020 waren das die Künstlerin Frauke Beek mit ihrer Ausstellung »Frauensleute«, die Ausstellung »ID-Entitäten/Dynamische Beziehungen« des Künstlerinnen-Kollektivs »METE CHEER« um Beate Köhler und Melissa Chelmiss, sowie die Werkschau »Stadt – Land – Fluss« der Malerin Heide Marie Voigt. Im Jahr 2021 konnte wegen der Corona-Pandemie keine weitere Ausstellung stattfinden.



Kunst in der Knochenhauerstraße, Ausstellung: Frauensleute – Spraybilder von Frauke Beek, 2020



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhem mit Kinderbuchspende für die deutschsprachige Bibliothek in Danzig, 2021

Gleichstellungsthemen in Städtepartnerschaften einbringen

Die Landesfrauenbeauftragte tauscht sich im Rahmen der Bremer Städtepartnerschaften zu Gleichstellung, Familienplanung und anderen aktuellen Themen aus. Im Oktober 2021 reiste die Stellvertreterin der Landesfrauenbeauftragten auf Einladung der Deutsch-Polnischen Gesellschaft in die Partnerstadt Danzig und berichtete dort in einem Vortrag über Frauen auf dem Bremer Arbeitsmarkt. Im Rahmen der Aktion »Mein Lieblingsbuch für Danzig« übergab sie zudem eine Kinderbuch-Spende der Landesfrauenbeauftragten an die Danziger deutschsprachige Bibliothek. Das gespendete Kinderbuch »König & König« erzählt am Beispiel eines homosexuellen Königs eine Geschichte über Toleranz und Miteinander.

Kultur unterstützten

Im Berichtszeitraum unterstützte die ZGF folgende Aktionen und Veranstaltungen:

»mOtherhood. Ein Fest für die werdende Nichtmutter«,
Performance von Katrin Bretschneider,
November 2020

»#Kultur-Happen_2021«,
Kulturwochenende des Kunstkollektivs
»METE CHEER« im Theater im Volks-
haus, November 2021

»Die Frau, die gegen Türen rannte«,
Theaterstück, Inszenierung des
Theatermachers Thomas Ulrich,
in der Schauburg, November 2021

Bremer Shakespeare Company,
Mitwirkung an der Spielzeitbroschüre
2021/2022



Plakat des Theaterstücks »Die Frau, die gegen Türen rannte«, 2021

Öffentlichkeitsarbeit

40 40 Jahre
40 Stimmen



*Lisa Ringen, 38, Quartiersleiterin
Digital Media Women Bremen/Oldenburg*

»Es ärgert mich, dass Podiumsgespräche meist mit männlichen Experten besetzt sind. Es gibt in Bremen genug kompetente Frauen, die etwas zum Thema Digitalisierung sagen können. Ich setze mich dafür ein, dass diese Gesichter und Stimmen gehört und gesehen werden.«

Öffentlichkeitsarbeit

Zu den Aufgaben, die der ZGF per Gesetz vorgegeben sind, zählt die Öffentlichkeitsarbeit zur Frauen- und Gleichstellungspolitik. Die ZGF kommentiert entsprechend frauenpolitische Prozesse, gibt Impulse, stellt Forderungen, informiert und wird regelmäßig von Medienvertreter*innen angefragt.

Das Gesicht der ZGF ist die Landesfrauenbeauftragte. Diese wird vielfach für Reden und Grußworte, ihre Mitarbeiter*innen für Fachvorträge, angefragt.

Über die Social-Media-Kanäle Instagram, Facebook und Twitter postet die ZGF Informationen und Kommentare, um sich neue Zielgruppen zu erschließen und in den direkten Austausch zu gehen. Sie veröffentlicht Informationsmaterial on- und offline zu vielfältigen gleichstellungspolitischen Themen. Dabei nutzt sie Formate wie Broschüren, Berichte, Flyer oder Podcasts. Auch organisiert die ZGF regelmäßig, häufig gemeinsam mit Kooperationspartner*innen, Veranstaltungen zu aktuellen Themen.



*Bettina Wilhelm bei der Fachtagung
»Geschlechtergerechtigkeit im digitalen Wandel«,
7. Oktober 2021, Foto: ©Cosima Hanebeck*



Podcast »Rolle rückwärts«, Tomke Claußen (links im Bild) von der Arbeitnehmerkammer und Clara Friedrich (nicht im Bild) von der ZGF im Gespräch mit Dr. Sonja Bastin von der Universität Bremen »Care und Corona: Eine Bestandsaufnahme«, Dezember 2020

Podcast »Rolle rückwärts«

Inspiziert durch die pandemiebedingten Einschränkungen und damit verbundenen Diskussionen entwickelte die ZGF Bremerhaven in Kooperation mit der Arbeitnehmerkammer Ende des Jahres 2020 ein neues Format: den Podcast »Rolle rückwärts«. Im Laufe des Jahres 2021 wurden insgesamt 16 Folgen veröffentlicht mit dem Schwerpunkt Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Adressiert wurden Themenfelder wie Gender Care Gap sowie Gender Pension Gap, Unternehmensverantwortung, geschlechtergerechte Digitalisierung, Berufsorientierung und natürlich die Auswirkungen der Corona-Pandemie. Zu Gast waren Expert*innen aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft sowohl aus Bremen und Bremerhaven als auch von der Bundesebene.



||| Podcast |||

Logo des Podcasts
»Rolle rückwärts«



Podcast »Rolle rückwärts«, Clara Friedrich (vorne) von der ZGF im Gespräch mit Swantje Hüsken, Referentin der Jugendberufsagentur (JBA) in Bremerhaven, Dezember 2021

»Zimmer frei« – ein feministisches Casting mit Bremens Bürgermeister

Früher Höhepunkt des Jahres 2020 war die Veranstaltung »Zimmer frei« mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte und der Landesfrauenbeauftragten Bettina Wilhelm am 6. März 2020 in der Bremer Schwankhalle. Wie positioniert sich der Bremer Bürgermeister, wenn es um Geschlechterfragen geht? Wo sieht er Handlungsbedarf? Welche Männer sind ihm peinlich, von welchen Frauen hat er sich was abgeschaut? Bettina Wilhelm besprach mit Andreas Bovenschulte Persönliches und Politisches und testete so seine Tauglichkeit für eine geschlechtergerechte (Wohn-)Gemeinschaft. Ein bunter Abend um ein – nicht nur – ernstes Thema vor einem Publikum von rund 100 Personen. Überraschungsgast war die Bundestagsabgeordnete der Linken Martina Renner, die aus gemeinsamen AStA-Zeiten mit Andreas Bovenschulte berichtete. Musikalisch begleitet wurde der Abend von dem Bremer Duo Suzannah Karenina.



Bürgermeister Andreas Bovenschulte (links) und Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm bei der Veranstaltung »Zimmer frei – ein feministisches Casting mit Bürgermeister«, 6. März 2020



Insta-Talk: Bürgermeister Andreas Bovenschulte und Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm, 10. Mai 2021

Stellungnahmen zu den Folgen der Corona-Pandemie

Für den Equal Pay Day am 17. März 2020 hatte die ZGF gemeinsam mit dem von ihr initiierten Bündnis von Bremer Frauen- und Mädcheneinrichtungen eine Protestaktion vor dem Rathaus geplant, um auf die vielfach unzureichende Ausstattung der Häuser bei hoher Relevanz ihrer Arbeit hinzuweisen. Der geplanten Protestaktion waren Treffen mit Akteur*innen von Frauen- und Mädcheneinrichtungen vorangegangen, die der ZGF Eindrücke zur Lage der Einrichtungen vermittelten, die sie an die entsprechenden Ressorts weitergab.

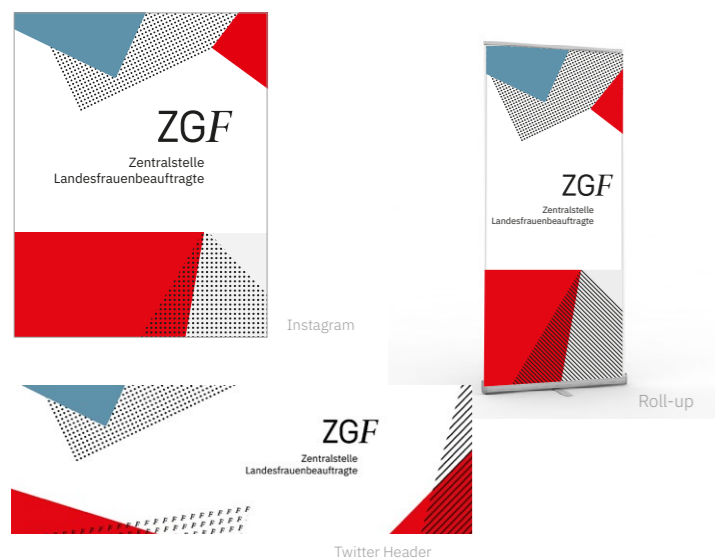
Doch mit dem ersten Lockdown musste die Aktion abgesagt werden. Stattdessen fragte die ZGF bei den Einrichtungen der Frauen- und Mädchenarbeit die ersten Folgen von Krippen-, Kita- und Schulschließungen ab und informierte sich zu den Auswirkungen der hohen Belastungen in systemrelevanten Berufen und der Verlagerung der Arbeit ins Homeoffice. Die ZGF bündelte die Ergebnisse der Umfrage, veröffentlichte sie und leitete sie an die Ressorts weiter. Es folgten weitere öffentliche Stellungnahmen zu den Auswirkungen von Corona insbesondere auf Frauen und zu notwendigen Handlungsschritten. Wie die Corona-Krise Frauen trifft und welche politischen Schlüs-

se daraus für Bremen gezogen werden sollten, war auch der Schwerpunkt eines Dialogs, den die Landesfrauenbeauftragte am 10. Mai 2021 mit Bürgermeister Andreas Bovenschulte auf Instagram führte.

ZGF im neuen Outfit

Nach über 20 Jahren wurde der Außenauftritt der ZGF im Jahr 2021 neu gestaltet. Die Bremer Designerin Katrin Adler entwarf für die ZGF ein neues Corporate Design, das die Vielfalt ihrer Tätigkeit spiegelt und sie sowohl als eigenständige Impulsgeberin und Akteurin sowie als Teil der Bremer Verwaltung verortet. Auch das Logo wurde überarbeitet. Der vollständige Name der ZGF wird hier nicht mehr verwendet, sondern der Zusatz »Zentralstelle Landesfrauenbeauftragte«. Denn die Landesfrauenbeauftragte gibt ihr als Behörden-Leitung Gesicht und Stimme.

Beispiele für das neue Corporate Design der ZGF



Großflächenplakat der ZGF-Kampagne »40 Stimmen« zum 40-jährigen Jubiläum, Oktober 2021

Geburtstag: 40 Jahre ZGF

Anlässlich ihres 40-jährigen Bestehens machte die ZGF im Jahr 2021 auf die Erfolge, aber auch auf die Missstände beim Thema Gleichberechtigung aufmerksam – online und offline. Die Kampagne auf der Website 40JahreZGF.de und in den Sozialen Medien bestand aus den drei Elementen 40 Stimmen, 40 Stationen und 40 Fragen. Die ZGF ließ unter anderem 40 Bremer*innen aus unterschiedlichen Lebenszusammenhängen, Altersgruppen und Berufssparten zum Thema Gleichberechtigung zu Wort kommen. Darunter waren bekannte Persönlichkeiten wie die Leiterin des Alfred-Wegener-Instituts Prof. Dr. Antje Boetius und die Performance-Künstlerin Ela Fischer. Anhand der Statements wurde deutlich, wie

Plakatbeispiel der ZGF-Kampagne »40 Stimmen« zum 40-jährigen Jubiläum, Oktober 2021



facettenreich Geschlechtergerechtigkeit ist und wie drängend geschlechter- und gleichstellungspolitische Fragen in den jeweiligen Lebenssituationen sind.

Mit 40 ausgewählten Stationen ließ die ZGF ihre Geschichte und Erfolge Revue passieren. Ein bebildeter Zeitstrahl zeigte auf der Kampagnen-Webseite anschaulich, welche thematischen Schwerpunkte die ZGF in den vergangenen Jahrzehnten gesetzt hat und was sie erreichen konnte. Anhand eines kurzweiligen Quiz mit 40 Fragen konnten Interessierte zudem testen, ob sie echte Frauenversther*innen sind.

Online-Kalender zum Weltfrauentag

Sowohl 2020 und 2021 koordinierte und veröffentlichte die ZGF den Online-Kalender www.weltfrauentag-bremen.de. Interessierte finden dort auf einen Blick Veranstaltungen rund um den Weltfrauentag. Waren es im Jahr 2020 noch rund 70 Veranstaltungen zu Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft, die von verschiedenen Veranstalter*innen angeboten wurden, gab es im Folgejahr unter Pandemie-Beschränkungen immerhin noch rund 30 Termine, vorwiegend Online-Veranstaltungen.

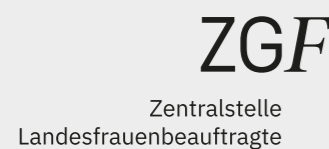
Flagge zeigen gegen Gewalt an Frauen



Aktion Flagge zeigen! Hissen der Flagge an der Bremischen Bürgerschaft. Von links: Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm, Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff, Henrike Müller (MdB) und Antje Grotheer, stellvertretende Präsidentin der Bremischen Bürgerschaft, 25. November 2021, Foto: ©Cosima Hanebeck

Um auf den Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen am 25. November aufmerksam zu machen, hisst Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm seit 2020 gemeinsam mit Bürgerschaftspräsident Frank Imhoff eine große lila Flagge mit der orangefarbenen Aufschrift "Bremen sagt nein zu Gewalt gegen Frauen" an der Bremischen Bürgerschaft. An der vom Ausschuss für Gleichstellung (GdF) beauftragten und von der Senatorin für Frauen und von der ZGF im Jahr 2020 erstmals durchgeführten Aktion beteiligen sich auch im Jahr 2021 zahlreiche weitere Akteur*innen. So wehte die Flagge unter anderem am Rathaus sowie an den Gebäuden von verschiedenen Resorts, Parteien und Institutionen.

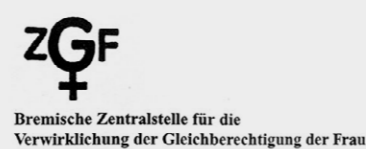
DAS ZGF-LOGO IM WANDEL DER ZEIT



seit September 2021



2000-2021



1981-1999



Postkartenmotive zum Weltfrauentag am 8. März 2021

Die ZGF beteiligte sich zudem an einer vom Jobcenter initiierten Aktion. Um auf den Internationalen Tage gegen Gewalt an Frauen aufmerksam zu machen – der im angelsächsischen Orange Day heißt – wurde der Bremer Fernmeldeturm orange angestrahlt.



Aktion Flagge zeigen! Flagge am Rathaus zum Internationalen Tag gegen Gewalt an Frauen, 25. November 2021

Ausblick

Anspruch und Ziel der ZGF ist es, zu aktuellen Themen der Frauen-, Geschlechter- und Gleichstellungspolitik zielgruppeorientiert zu informieren sowie schnell und deutlich Stellung zu beziehen. Da die Medienlandschaft im Umbruch und die Konkurrenz um mediale Aufmerksamkeit hoch ist, wird die ZGF nach dem für die Jahre 2022/2023 geplanten Relaunch ihrer Website mehr als bisher darauf setzen, aus ihrer Sicht relevante Themen zu transportieren, an Debatten teilzunehmen oder diese zu initiieren und mit ihren Zielgruppen in den direkten Austausch zu gehen. Hierzu werden derzeit verschiedene Formate on- und offline entwickelt. Frauen- und gleichstellungspolitische Themen haben zunehmend Konjunktur in Medien, auch weil sich jüngere Menschen deutlich mit überkommenen und einengenden Rollenmustern auseinandersetzen und sich hierüber in den Sozialen Medien austauschen.



Buten un Binnen, Felix Krömer im Gespräch mit Clara Friedrich, Leiterin des ZGF-Büro in Bremerhaven: »Haben wir aus #MeToo nichts gelernt, Frau Friedrich?«, 30. Oktober 2021

Reden, Vorträge und Grußworte (Auswahl)

Aufgrund der Corona-Pandemie fanden in den Berichtsjahren deutlich weniger Veranstaltungen statt. Das spiegelt sich auch in der Anzahl der Reden und Vorträge durch die Landesfrauenbeauftragte wider.

Grußwort, Verband der deutschen Unternehmerinnen (VdU) Bremen-Weser-Ems, Neujahrsempfang, Januar 2020

Vortrag, Werkstatt Bremen, Frauenversammlung, Februar 2020

Vortrag, Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, Frauenversammlung, Februar 2020

Grußwort, Gesundheitswirtschaft Nordwest e.V., Abdruck in der Broschüre »Ab durch die Decke! Frauen in obersten Führungspositionen der Gesundheitswirtschaft in der Metropolregion Nordwest«, Juli 2020

Vortrag, »Feindbild Feminismus oder Frauenhass als rechtsterroristisches Motiv«, Demokratiezentrum Bremen, Online-Veranstaltung in der Reihe »Rechter Terror in Deutschland«, September 2020

Schlusswort, Senatorin für Wirtschaft, Arbeit und Europa, digitaler Fachtag »Arbeitsmarktintegration von Alleinerziehenden«, Januar 2021

Video-Statement, Avanja – Plattform von Bremen Digitalmedia zur Gewinnung von Frauen für IT-Unternehmen, Juni 2021

Vortrag, Rotary Club Bremen-Neuenlande, »Die Corona-Krise trifft Frauen besonders stark!«, September 2021



Landesfrauenbeauftragte Bettina Wilhelm bei einer Rede in der Bremischen Bürgerschaft, 2021, Foto: ©Cosima Hanebeck

Laudation, Landesfrauenrat Bremen – Bremer Frauenausschuss (bfa), »75 Jahre bfa«, Bürgerschaft, Oktober 2021

Grußwort, Landessportbund Bremen, Ausschuss Frauen & Gleichstellung, November 2021

Grußwort, Frauenmuseum, Ausstellungseröffnung »Frauen im Blick – 30 Jahre Bremer Frauenmuseum«, Focke-Museum, November 2021

Grußwort, Senatorin für Gesundheit, Frauen und Verbraucherschutz, Landesaktionsplan – Frauen und Kinder vor Gewalt schützen, November 2021

Anlauf- und Beschwerdestelle

Die ZGF ist keine Beratungsstelle. Sie verweist Ratsuchende daher zumeist an Fachberatungsstellen. Tätig wird sie bei Nachverfolgung und Vermeidung von struktureller Diskriminierung gegenüber Frauen sowie bei Beschwerden zu sexistischer Werbung auf öffentlichen Flächen im Land Bremen. Sie berät zudem Frauenbeauftragte nach dem Landesgleichstellungsgesetz.

Frauen, die in einer persönlichen Notlage Unterstützung benötigen, können von den Mitarbeiter*innen der ZGF nicht angemessen und ziel führend betreut und beraten werden. Denn ratsuchende Frauen benötigen möglichst schnell ein passgenaues Hilfsangebot. Die Anlauf- und Beschwerdestelle der ZGF verweist in solchen Fällen konkret auf die entsprechenden Angebote und Ansprechpartner*innen im Land Bremen. Denn für Streitigkeiten in Familien, Gewalt in Beziehungen, Probleme am Arbeitsplatz, Rassismus im Alltag, Stalking nach Trennung gibt es beispielsweise Fachanwält*innen, die Arbeitnehmerkammer sowie auf unterschiedliche Themen spezialisierte Beratungsstellen.

Seit Herbst 2020 wurde das neue Profil der ZGF-Beschwerdestelle bei Ratsuchenden, Institutionen und Beratungsstellen bekannt gemacht. Im Jahr 2022 soll die Einrichtung einer Landesantidiskriminierungsstelle im Land Bremen erfolgen. Die ZGF wird ihre Arbeit mit dieser Stelle gut abstimmen und ihre Arbeit im Rahmen der Anlauf- und Beschwerdestelle entsprechend weiterentwickeln.

Bremerhaven

40 40 Jahre
40 Stimmen

»In Bremen sind Frauen dort, wo Entscheidungen getroffen werden, weiterhin unterrepräsentiert. Hinzu kommen schlechtere Bezahlung, geringere Erwerbsbeteiligung, stärkere Belastung durch Sorgearbeit, niedrige Renten. Solange die Verteilung von Macht und Geld so ungleich ist, braucht es eine institutionelle Vertretung von Frauen.«

*Peter Kruse, 54 Jahre,
Präsident Arbeitnehmerkammer
Bremen*



Bremerhaven

Die ZGF als Behörde der Landesfrauenbeauftragten hat die Aufgabe, im Land Bremen darüber zu wachen und darauf hinzuwirken, dass das verfassungsrechtliche Gebot der Gleichberechtigung erfüllt wird. Um Bremerhaven-spezifische Belange dabei angemessen zu berücksichtigen, gibt es seit 1988 ein ZGF-Büro in Bremerhaven.

Dieses nimmt Themen und Bedarfe vor Ort auf, um die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern. Der Berichtszeitraum begann für das ZGF-Büro in Bremerhaven mit einem personellen Wechsel: die langjährige Leiterin Dr. Anne Röhm ging 2019 in den Ruhestand. Seit Januar 2020 leitet Clara Friedrich das ZGF-Büro in Bremerhaven.

Zu den Arbeitsschwerpunkten der ZGF in Bremerhaven zählen neben der Frauenförderung die Bereiche Gewaltschutz, Arbeit und Wirtschaft sowie Mädchenarbeit und Berufsorientierung. Während seiner Laufzeit vom Dezember 2019 bis November 2022, ist zudem das Projekt »Be oK – Berufsorientierung und Lebensplanung ohne Klischees« personell im ZGF-Büro in Bremerhaven verortet. Neben den genannten Themenschwerpunkten bringt sich die ZGF Bremerhaven in weiteren Bereichen, zum Teil auch auf Landesebene, ein. Im Jahr 2020 etwa aus aktuellem Anlass mit der Ausrichtung einer

Digitalkonferenz zu Frauen in der Coronapandemie. Auch in die Gremien- und Netzwerkarbeit ist das Bremerhavener Büro über die Arbeitsschwerpunkte hinaus aktiv, zum Beispiel im Fachbeirat Migration. Mit verschiedenen Netzwerkpartner*innen hat die ZGF zudem im Berichtszeitraum Veranstaltungen durchgeführt, darunter beispielsweise den Online-Workshop »Nicht nur nasse Füße! Klimawandel trifft Frauen anders« in Kooperation mit dem Bremer Landesfrauenausschuss und dem #denkraumbremerhaven.

Einzelheiten zu den oben genannten Themenschwerpunkten finden sich in den jeweiligen Kapiteln der Fachbereiche in diesem Bericht wieder. Dieses Kapitel gibt einen Überblick darüber, wo sich das Büro Bremerhaven über die Schwerpunktbereiche hinaus im Berichtszeitraum frauen- und geschlechterpolitisch eingebracht hat.



Motiv zum
Weltfrauentag
Bremerhaven,
2021

Internationaler Frauentag in Bremerhaven

Die ZGF koordiniert seit langem die Veranstaltungen rund um den 8. März in Bremerhaven und richtet anlässlich des Internationalen Frauentags außerdem eine eigene Veranstaltung aus. Im Berichtszeitraum stand die Umsetzung neuer Formate im Vordergrund, um neue Zielgruppen anzusprechen. Unter dem Motto »Frauen in bewegten Zeiten« fanden im Jahr 2020 über 20 Veranstaltungen statt.

Am 8. März 2020 lud die ZGF in die Phänomente zum »Poetry Tea Time Science Slam« ein, um Frauen als Vorbilder in MINT-Fächern sichtbar zu machen. Vier Wissenschaftlerinnen aus den Bereichen Maschinenbau, Meteorologie, Nachhaltigkeitsökonomie sowie Lebensmitteltechnologie stellten den Zuschauer*innen ihre Forschung auf anschauliche Weise vor. Im Nachgang konnten

die circa 80 Veranstaltungsteilnehmenden beim Tee mit den Wissenschaftler*innen ins Gespräch kommen.

Andere zum 8. März 2020 geplante Veranstaltungen mussten aufgrund des ersten Corona-Lockdowns ausfallen. Auch zum 8. März 2021 konnten pandemiebedingt nur einige wenige Veranstaltungen als Online-Formate stattfinden. Die ZGF organisierte unter dem Motto »Alles anders, alles digital? Fortschritt, Vielfalt und #femaleEmpowerment« eine digitale Veranstaltungsreihe mit circa 100 Teilnehmenden. Vor dem Hintergrund der durch Corona ausgelösten Debatten thematisierte die Reihe die Rollenverteilung in Partnerschaften, geschlechtergerechte Digitalisierung und Resilienz.

Feministische Woche Bremerhaven

Mit der Feministischen Woche entstand im Jahr 2020 ein neues Format für frauen- und geschlechterpolitische Themen in Bremerhaven. Die ZGF unterstützte die Initiative verschiedener Verbände für ein vielfältiges Angebot zu aktuellen feministischen Themen für junge Menschen. So beteiligte sich das ZGF-Büro Bremerhaven an der Planung und Organisation der Auftaktveranstaltung mit dem Titel »Von Frauenwahlrecht bis #metoo – wo steht Feminismus heute?«, die die Entwicklung der Frauenbewegung in Deutschland in den Fokus stellte. Darüber hinaus übernahm das Büro Bremerhaven Verantwortung für einen Online-Workshop zur Einführung in den intersektionalen Feminismus.

Da auch hier aufgrund der Corona-Pandemie nicht alle vorgesehenen Veranstaltungen stattfinden konnten, entschloss sich die Planungsgruppe, die Feministische Woche im Herbst 2021 zu wiederholen. Auch hier war die ZGF federführend an der Organisation des Auftakts beteiligt. Im Gespräch mit der Musikerin Sookee ging es dabei um Popfeminismus, Privilegien, Patriarchat und die Frage, warum es den einen Feminismus eigentlich gar nicht gibt.



Plakat zur feministischen Woche Bremerhaven, 2020

Queeres Bremerhaven

Der Arbeitskreis Queer in Bremerhaven hat sich 2019 gegründet, um die Vernetzung und den Austausch zur queerpolitischen Arbeit sowie die Sichtbarkeit queerer Themen in der Stadt zu stärken. Er informiert über bestehende Angebote und vertritt queerpolitische Interessen gegenüber Politik und Verwaltung. Dabei orientiert er sich unter anderem am Landesaktionsplan gegen Homo-, Trans- und Interphobie.

Dem Arbeitskreis gehören Organisationen, Institutionen und organisierte Gruppen aus verschiedenen Bereichen an. Die ZGF Bremerhaven ist seit Anfang des Jahres 2020 im Arbeitskreis vertreten und hat aufgrund personeller Wechsel in den beteiligten Organisationen im Jahr 2021 kommissarisch die Geschäftsführung übernommen. Sie beteiligt sich außerdem in verschiedenen Arbeitsgruppen zur Bedarfsanalyse und der Umsetzung des Landesaktionsplans, um Strukturen für queerpolitische Arbeit in Bremerhaven zu stärken.

Ausblick

Frauenpolitisch hat sich in Bremerhaven – der Pandemie zum Trotz – im Berichtszeitraum viel Neues entwickelt. Aber es bleibt noch viel zu tun. Für neue Angebote, Netzwerke und Projekte, wie die Feministische Woche oder den Arbeitskreis Queer, müssen nachhaltige Strukturen und Konzepte geschaffen werden. Der Landesaktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention (siehe Seite 19) sieht zahlreiche Maßnahmen für die Stadt Bremerhaven vor, deren Umsetzung eine Querschnittsaufgabe über verschiedene Fachbereiche hinweg darstellt. Der Arbeitskreis Berufliche Perspektiven für Frauen in Bremerhaven, seit inzwischen 30 Jahren ein Ort des fachlichen Austausches, befasst sich mit den Folgen der Corona-Pandemie für Frauen auf dem Arbeitsmarkt. Neben der fachlichen Vernetzung und der Positionierung frauenpolitischer Fragen werden die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen, auch mit Blick auf die Auswirkungen der Pandemie, und der Landesaktionsplan für die ZGF Bremerhaven in den kommenden Jahren Schwerpunkte sein.



Livestream zum Weltfrauentag: Clara Friedrich im Gespräch über Künstliche Intelligenz (KI) mit Hanna Voelke (links) und Lisa Hanstein (rechts) von der EAF Berlin, Europäische Akademie für Frauen in Politik und Wirtschaft Berlin e.V., 8. März 2020

Handlungsbedarfe

PROSTITUTION: FORTBESTAND VON ANGEBOTEN SICHERN

Die über Bundesmittel erfolgte Finanzierung der Bremerhavener Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen, Marie, läuft Mitte 2024 aus. Eine Anschlussfinanzierung darüber hinaus ist dringend erforderlich, da Bremerhaven kein anderes niedrigschwelliges Beratungsangebot für diese Zielgruppe hat. Die Frauen befinden sich oftmals in vulnerablen Lebenslagen und benötigen beispielsweise Beratung bei Gesundheits- und Rechtsfragen sowie Unterstützung beim Umstieg.

EIGENSTÄNDIGE EXISTENZ- SICHERUNG VON FRAUEN

Die Quote sozialversicherungspflichtig beschäftigter Frauen im Land Bremen ist eine der niedrigsten im Bundesvergleich. Insbesondere in Bremerhaven gehen viele junge Frauen ohne Berufsabschluss in die erste Elternzeit. Die Beratungsstelle ZiBnet – Zukunft im Beruf des Arbeitsförderungs-Zentrums Bremerhaven (afz) leistet seit über 30 Jahren wichtige Arbeit, um Frauen bei der Aus- und Weiterbildung sowie bei der Berufsfindung zu unterstützen. Diese wichtige Arbeit muss endlich mit einer institutionellen Förderung finanziell abgesichert werden.

GESCHLECHTER- GERECHTE JUGENDARBEIT

In Bremerhaven wird aktuell durch den Magistrat ein Praxisleitfaden für eine geschlechtersensible Jugendarbeit erarbeitet. Er befasst sich mit den Bereichen Mädchenarbeit, Jungenarbeit und queere Jugendarbeit. Um die praktische Arbeit den Leitlinien entsprechend aufstellen zu können, ist eine entsprechende Finanzierung notwendig. Insbesondere für den Bereich queere Jugendarbeit werden zusätzliche Ressourcen benötigt. Auch die städtischen Jugendeinrichtungen müssten finanziell und personell aufgestockt werden, um entsprechende Angebote anbieten zu können.



Gremienarbeit

BREMERHAVEN

Ausschuss für Jugend,
Familie und Frauen

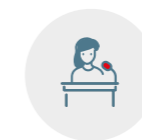
Jugendhilfeausschuss

Fachbeirat Migration

Arbeitskreis Queer

BUNDESEBENE

Bundesarbeitsgemeinschaft
(BAG) kommunaler Frauenbüros
und Gleichstellungsstellen



Veranstaltungen

»Poetry-Teatime-Science
Slam«, Phänomenta
Bremerhaven, 8. März 2020

»Frauen in der Covid 19-
Pandemie. Bremerhaven im
Blick«, Digitalkonferenz, 17.
Juni 2020

»Von Frauenwahlrecht bis
#meeto – wo steht Feminis-
mus heute?« in Kooperation
mit der Volkshochschule (VHS)
Bremerhaven, dem Stadt-
jugendring und der SJD – Die
Falken, 31. Oktober 2020

»Intersektionalität. Einführung
und Perspektiven«, Online-
Workshop, 6. November 2020

»Nicht nur nasse Füße! Klima-
wandel trifft Frauen anders«
in Kooperation mit dem
Bremer Landesfrauenrat und
dem #denkraumbremerhaven,
Online-Workshop,
12. November 2020

»Alles anders, alles digital?«,
Veranstaltungsreihe zum
Internationalen Frauentag,
März 2020

»Männlichkeit und Fürsorge –
(wie) geht das zusammen?«,
Livestream, 8. März 2021

Poetry-Teatime-Science-Slam, 8. März 2020
Science-Slammerinnen (von links nach rechts):
Elena Schiller (Alfred-Wegener-Institut, AWI),
Kirsten Buchecker (Hochschule Bremerhaven),
Nina Gmeiner (Universität Oldenburg) und
Annika Brieber (Klimahaus Bremerhaven)



Veröffent- lichungen

»Frauen in der Covid-19-
Pandemie. Bremerhaven
im Blick«, Ergebnisse der
ZGF-Digitalkonferenz am 17.
Juni 2020

Podcast »Rolle rückwärts«,
regelmäßig seit 2020

Bremer Frauenausschuss
zu Besuch bei der ZGF in
Bremerhaven, ein Gespräch
zwischen Andrea Buchelt,
Vorsitzende des Bremer Landes-
frauenrates und Clara Friedrich,
Leiterin des ZGF-Büros Bremer-
haven, TV-Beitrag, Radio Weser,
[https://www.youtube.com/
watch?v=VaDQbpWGtK4](https://www.youtube.com/watch?v=VaDQbpWGtK4)

Initiativen

Aktionsbündnis Frauen
Bremerhaven-Cuxland



Impressum

Herausgeberin:
Bremische Zentralstelle für
die Verwirklichung der
Gleichberechtigung der Frau (ZGF)
Knochenhauerstr. 20–25
28195 Bremen

Telefon:
0421 / 361 142 33

E-Mail:
geschaeftsstelle-zgf@frauen.bremen.de

Redaktion:
Ulrike Brendel

Lektorat:
Susanne Gieffers, Lena Richter

Layout:
Katrin Adler, Bremen

Oktober 2022

Website:
www.frauen.bremen.de

 [@zgf_bremen](https://twitter.com/zgf_bremen)

 [@zgfbremen](https://www.instagram.com/zgfbremen)

